

Nr. 1/97

Januar '97

CUBA LIBRE

DM 6,-

Fidel

**Fidel in Rom
Lucius Walker in Cuba
Konferenz über ausländische Militärbasen
Vor Clintons zweiter Amtszeit**

Editorial

1997 jährt sich die Ermordung Che Guevaras zum dreißigsten Mal. Die kubanische Regierung nimmt dieses Datum zum Anlaß, um es ihm als Gedenkjahr zu widmen. (In der BRD erinnern wir gleichzeitig auch an Ches Mitkämpferin in Bolivien, Tanja bzw. Tamara Bunke.)

Bei uns gibt es leider weder Che- noch Luxemburg-Jahr. Im neuen, alten Deutschland wird keinem aufrechten Revolutionär auch nur ein Tag gewidmet. Verehrt wird Che dennoch von vielen Menschen, freilich aber aus unterschiedlichen Motivationen heraus.

Während ihn die einen als "Pop-Star" (Spiegel Nr. 38/96) darstellen und mit John F. Kennedy (!), Tarzan oder Mickey Mouse vergleichen, wird er von vielen unterdrückt und klassenbewußt lebenden Menschen in aller Welt als konkretes Symbol der Überwindung von Armut, Neoliberalismus und Ausbeutung betrachtet.

Um gerade vielen jungen Menschen letztere Betrachtungsweise näherzubringen, haben wir deshalb bei der Bundesdelegiertenkonferenz in München gerade auch zum Thema "Che" Veranstaltungseckpunkte für den Herbst 1997 gesetzt, indem wir zusammen mit dem Netzwerk



Che 2c

Foto: ediciones política

Cuba ein oder zwei Schwerpunktveranstaltungen durchführen wollen. Darüber hinaus ist geplant, Regionalgruppen die Möglichkeit zu geben, in den Orten Veranstaltungen mit FachreferentInnen zu Leben und Werk des Comandante zu organisieren.

Interessant in dem Zusammenhang ist sicherlich auch die Neuerscheinung eines Buches über die Zeit Ernesto Che Guevaras in der afrikanischen Guerilla mit dem Titel: "Das Jahr in dem wir nirgendwo waren". - Dazu in dieser CL eine Rezension von Peter Nowak.

In einer Zeit des immer stärker greifenden Neoliberalismus, in der Menschenrechte und Menschenwürde fast überall auf der Welt täglich weniger wert scheinen, in einer Zeit, in der der arbeitende Mensch auch bei uns inflationär schnell seine Arbeit und seine sozialen Rechte verliert, sind die Werte eines Che Guevara mehr als nur Popkultur. Sie bleiben konkreter Maßstab des Denkens und Handelns auch in einer sich verändernden Zeit.

In diesem Sinne ein gutes und besseres Jahr 1997 verbunden mit solidarischen Grüßen der Redaktion und des Vorstands für das neue Jahr !!!

Bernhard Ostermayer

Impressum:

Herausgeber:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e. V.
Zülpicher Straße 7
50674 Köln
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120
E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de

Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.-Nr.: 120 299 990 0

Spendenkonto:

Postgiro Köln
BLZ 370 100 0
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion: Harry Hoppe, Bernhard Ostermayer, Peter Nowak, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill, Gabi Ströhlein
VisdP: Marianne Schweinesbein

Druck:

CITY-DRUCK
Eberhardshofstr. 17
90429 Nürnberg

Gestaltung, Satz:

Plärrer Technik,
Singerstr. 26, 90443 Nürnberg

EBV: preprint studio keiser,
Wiesentalstr. 32, 90419 Nürnberg

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr
Jahresabo: DM 20,-
Einzelheft: DM 6,- + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

inhalt

aktuell

- 800 Millionen müssen hungern.....4
 Politik Spaniens.....4
 Fidel in Rom, Rede.....5

O-ton

- Fidel zum Konflikt mit Spanien.....8
 Cubanisches Außenministerium dazu.....6

solidarität

- Baskische Gefangene im Hungerstreik9
 Reader.....9
 Taller de Solidaridad: Zur aktuellen Lage.....10
 Iberoamerikanischer Gipfel gegen Helms-Burton11
 Pastor Lucius Walker in Cuba12
 Ein Computer für »Justo Legon Padilla«13

berichte

- Havanna: Konferenz über ausländische Militärbasen14
 Interview: Movimiento por la Paz16
 Cubanische Delegation in Göteborg ..17
 Vor Clintons zweiter Amtszeit.....18
 Ehrungen bei einer Frankreich-Spanien-Reise21
 Eine Reise der etwas anderen Art.....22

lateinamerika

- USA lehrten Lateinamerika das Foltern.....23
 Nachbar Mexico: Irrweg Nafta.....24
 Peru: Bewaffneter Kampf der MRTA .25
 Cubanische Gefahr?.....25

ökonomie

- Interview mit stv. Wirtschaftsminister Cubas.....26
 Ökonomie im Umbruch - und die Gewerkschaften?.....27
 Interview mit Hamburger "Steuer"berater für CubaKnut H.....29

kultur

- Weltjugendfestspiele: Antiimperialistische Solidarität32
 Buchbesprechung: Kazik33

- Nicolás Guillén und die Musik33
 Buchbesprechung: Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren34

rubriken

- LeserInnenbriefe.....35

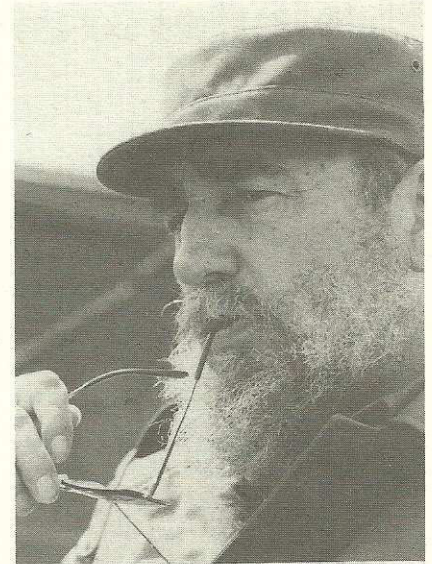
projekte

- Spendenbarometer.....35
 Hurrican-Soforthilfe erfolgreich36
 Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.....36
 Broschüre zum Gesundheitswesen - IPPNW36
 Veranstaltungsangebote36

aus der fg

- Adiós an einen Freund37
 BDK: Verlässliche FreundInnen Cubas 38
 Aktuelle Materialliste42

- Kuba kurz:.....43



Fidel 1e

Foto: ain

Programmreisen 1997

der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Die Blockade geht weiter - die Solidarität auch

Im März '96 wurde die US-Blockade gegen Cuba nochmals ausgeweitet. Mit dem "Helms-Burton-Gesetz", das u.a. juristische Sanktionen gegen ausländische Firmen beinhaltet, soll das cubanische Volk endgültig ausgehungert werden. Cuba braucht unsere Solidarität jetzt! Machen Sie sich ein eigenes Bild von der cubanischen Realität:

Mit unseren Programmreisen wollen wir durch Treffen und Gespräche mit Menschen aus unterschiedlichen Bereichen des cubanischen Lebens Eindrücke über den cubanischen Alltag vermitteln. Lernen Sie das Land, die Erfolge der cubanischen Revolution, die aktuellen Probleme und die Bemühungen um deren Lösung vor Ort kennen.

Cuba zum Kennenlernen - Havanna, Pinar del Rio, Playa del Este. Eine Woche Programmrundreise, 1 Woche Strand. Eine Reise, die Information, Einblick in die cubanische Gesellschaft und Erholung miteinander verbindet.

Flug, Ü/HP, sämtl. Transfers ab DM 2.150.--. Termine: 22.3., 5.7., 2.8., 6.9., 15.11., 20.12.

■ 800 Millionen müssen hungern

★ Industrienation USA mit höchster Kinderarmut

Die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO hat anlässlich des Welternährungstages zum "Kampf gegen Hunger und Unterernährung" aufgerufen. FAO-Generalsekretär Jacques Diouf sagte am Mittwoch in Rom, daß auf der Erde zwar genug Lebensmittel für alle Menschen produziert, aber trotzdem über 800 Millionen nicht ausreichend ernährt würden. Zwei Milliarden litten an Ernährungsdefiziten, während in einigen Ländern Übergewicht die Lebenserwartung verringere, sagte Diouf. Nach Angaben der FAO muß die Nahrungsmittelproduktion in den nächsten 30 Jahren um 75 % gesteigert werden, um mit dem Wachstum Schritt zu halten.

In den USA gibt es nach Angaben einer internationalen Hilfsorganisation mehr Kinderarmut als in jeder anderen Industrienation. Ein Sprecher der Organisation Brot für die Welt sagte, in den USA würden 13,6 Millionen Kinder hungern oder seien von Hunger bedroht. Jedes fünfte Kind lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die vor kurzem verabschiedeten Sozialgesetze würden weitere 1,1 Millionen Kinder in die Armut treiben. Die Hilfsorganisation forderte eine staatliches Hilfsprogramm gegen Kinderarmut.

Der Leiter des Entwicklungsprogrammes der UN, James Gustave Speth, hat die Industrieländer zur Steigerung der Hilfe für die Dritte Welt aufgefordert. Es sei besser, "heute Entwicklungshilfe zu leisten, als morgen Truppen zu landen", erklärte Speth in Genf aus Anlaß des "Internationalen Tages zur Bekämpfung der Armut". Heute müßten 1,3 Milliarden Menschen von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben. Dies sei ein Auslöser für Konflikte, Gewalt und politische Instabilität. Speth beklagte einen Rückgang der Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer von insgesamt 25 Prozent seit 1992. (ND vom 17.10.1996)

Der FAO-Vorsitzende äußerte bei dem Mitte November in Rom stattgefundenen Welternährungsgipfel, daß es doch bedenklich stimmen müsse, wenn der Jahresetat der FAO geringer sei, als die wöchentlichen Ausgaben für Hunde- und Katzenahrung in den Industrieländern.

Fidel hielt bei der Konferenz eine vielbeachtete Rede, die insbesondere von Delegierten aus ärmeren Regionen der Erde mit viel Beifall bedacht wurde. Er erwähnte dabei die nüchternen Fakten von weltweit 700 Mrd. Rüstungsetat trotz des Endes des kalten Krieges und den beschämend schwachen Ansätzen zur Verringerung des Welthungers.

BO

■ Aznar macht Druck:

Spanien will Kuba-Boycott der EU

Die Regierung in Madrid ist in ihrer Kubapolitik umgeschwenkt

Aznar, der bereits im Wahlkampf Anfang des Jahres angekündigt hatte, die Kubapolitik seines sozialistischen Vorgängers Felipe Gonzales zu überdenken, macht Ernst: Obwohl sich die spanische Regierung noch am 12.11.96 zusammen mit den 14 anderen EU-Mitgliedern der Kuba-Resolution anschloß, legte sie bereits 2 Tage später am 14.11.96 der Lateinamerikagruppe des EU-Ministerates einen Maßnahmenkatalog vor, mit dem wirtschaftlicher Druck auf Kubas Regierung ausgeübt werden soll, um eine Demokratisierung nach westlichem Muster zu erwirken. Aznar schlägt vor, jedwede wirtschaftliche Zusammenarbeit - sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf privater Ebene - einzustellen und alle Kredite einzufrieren. Einzige Ausnahme: humanitäre Hilfe an regierungsunabhängige Organisationen, falls diese nachweisen können, daß sie wirklich regierungsunabhängig sind.

Zeitgleich sieht der Vorstoß der Spanier vor, daß alle europäischen Botschaften in Havanna einen diplomatischen Sonderbeauftragten als ständigen Kontaktmann zu einer gegen Fidel Castro gerichteten Opposition abstellen. Kontakte, wie sie die spanische Regierungspartei, die Partido Popular (PP), bereits ausführlich pflegt.

Der Regierungswechsel brachte in Spanien somit einen enormen Rechtsruck in ihrer Kubapolitik. Kein Wunder also, daß mit solcher Unterstützung die exilkubanischen Unternehmer, um den in Miami lebenden Mas Canosa Chancen wittern, wieder mehr in die Offensive zu kommen. Sie gründeten im Oktober zusammen mit konservativen Parteigrößen aus der Aznar-Partei in Madrid eine spanisch-kubanische Gesellschaft. Klares Ziel: Lobby-Bildung gegen die Regierung in Havanna.

B.O.

Rede des cubanischen Staatspräsidenten Fidel Castro auf dem Welternährungsgipfel der FAO in Rom am 16. November

Herr Präsident,
Herr Generaldirektor der FAO
(Food and Agriculture Organisation),
Exzellenzen,

der Hunger, unzertrennlicher Wegbegleiter der Armen, ist ein Produkt der ungleichen Verteilung des Reichtums und der Ungerechtigkeiten auf dieser Welt. Die Reichen kennen keinen Hunger.

Der Kolonialismus ist einhergegangen mit Unterentwicklung und Armut, unter denen heute ein Großteil der Menschheit zu leiden hat. Ebenso geht er einher mit himmelschreiendem Überfluß und Verschwendung in den Konsumgesellschaften der alten Metropolen, die einen Großteil der Länder dieser Erde ausgeplündert haben.

Für den Kampf gegen Hunger und Ungerechtigkeit sind weltweit Millionen von Menschen gestorben. Welche Heilpfälsterchen werden wir einsetzen, damit es in 20 Jahren 400 Millionen anstatt 800 Millionen Hungernde gibt? Eine solche Zielmarke ist allein aufgrund ihrer Bescheidenheit eine Schande. Wenn Tag für Tag 35.000 Menschen verhungern, die Hälfte davon Kinder, warum werden dann in den entwickelten Ländern ganze Haine von Olivenbäumen abgeholzt, Viehherden geschlachtet und riesige Summen ausgegeben, um die Ackerböden brachliegen zu lassen?

Wenn die Welt sich mit Recht über Unglücke, Natur- oder Sozialkatastrophen empört, durch die Hunderte oder Tausende von Menschen ums Leben kommen, warum empört sie sich nicht ebenso über diesen Völkermord, der tagtäglich vor unseren Augen geschieht? Es werden Interventionstruppen aufgestellt, um den Tod Hunderttausender von Menschen im Osten Zaires zu verhindern. Was tun wir, um zu verhindern, daß Monat für Monat eine Million Menschen in der übrigen Welt sterben?

Kapitalismus, Neoliberalismus, die Gesetze eines ungezügelten Marktes, Auslandsverschuldung, Unterentwicklung, ungerechte Austauschverhältnisse sind verantwortlich für den Tod so vieler Menschen auf der Welt. Warum werden jährlich 700 Milliarden Dollar für Militärausgaben eingesetzt und nicht ein Teil dieser Ressourcen darauf verwendet, um den Hunger zu bekämpfen und gegen die Verschlechterung der Böden, die Versteppung

und Abholzung von Millionen von Hektar Wald pro Jahr, die Erwärmung der Erdatmosphäre und den Treibhauseffekt vorzugehen, der zu einem gehäuften Auftreten von Wirbelstürmen führt und Regenfälle entweder ausbleiben oder zu stark werden läßt, um die Zerstörung der Ozonschicht und weitere Naturereignisse zu verhindern, die die Nahrungsmittelproduktion und das Leben der Menschen auf der Erde gefährden?

Die Gewässer werden verschmutzt, die Atmosphäre wird vergiftet, die Natur wird zerstört. Es geht nicht nur um mangelnde Investitionen, fehlende Bildung und Technologie oder um das rasche Bevölkerungswachstum. Es geht darum, daß sich die Umweltbedingungen ständig weiter verschlechtern und die Zukunft zunehmend aufs Spiel gesetzt wird.

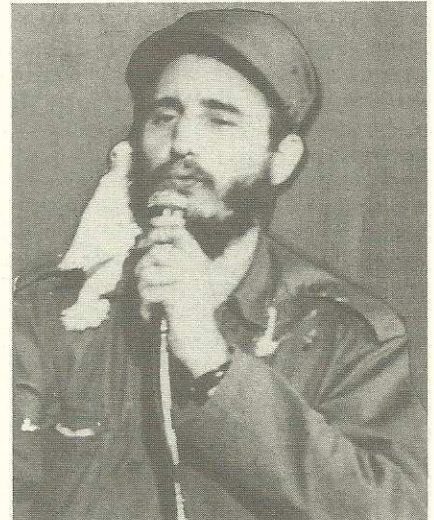
Warum werden nach dem Ende des Kalten Krieges immer ausgeklügeltere Waffen produziert? Wozu will man diese Waffen überhaupt, wenn nicht, um die Welt zu beherrschen? Wozu diese gnadenlose Konkurrenz um den Verkauf von Rüstungsgütern an unter an unterentwickelte Länder, die dadurch nicht mehr Macht zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit erhalten und in denen der Hunger das einzige ist, das es aus dem Weg zu räumen gilt.

Warum wird diese verbrecherische Politik außerdem noch durch absurde Blockaden ergänzt, die sogar Nahrungsmittel und Medikamente einschließen, um so ganze Völker durch Hunger und Krankheit zu töten? Wo bleibt die Ethik, die Rechtfertigung, die Achtung der elementarsten Menschenrechte, der Sinn einer solchen Politik?

Möge die Wahrheit herrschen und nicht Heuchelei und Lüge. Machen wir uns bewußt, daß in dieser Welt Hegemoniebestrebungen, Arroganz und Egoismus ein Ende haben müssen.

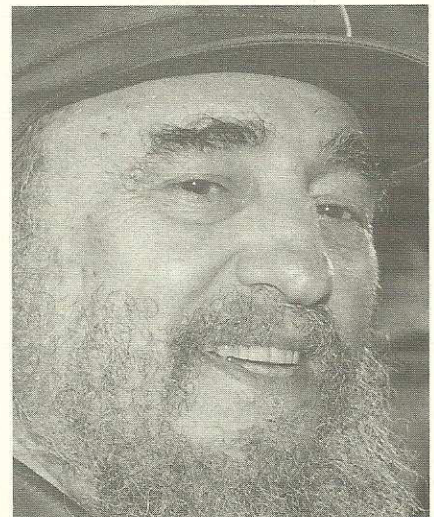
Heute schlägt die Stunde denen, die Tag für Tag an Hunger sterben. Morgen wird sie der gesamten Menschheit schlagen, wenn sie nicht willens, fähig oder in der Lage ist, weise genug zu sein, um sich selbst zu retten.

Vielen Dank.



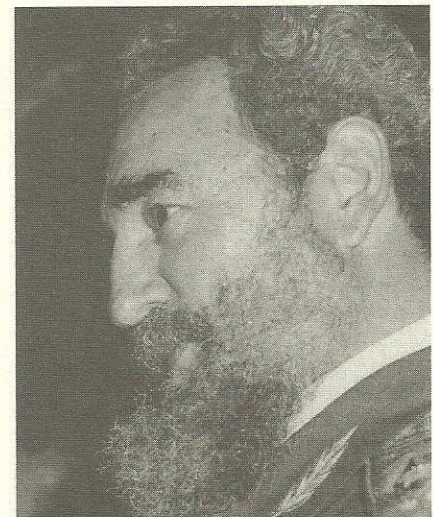
Fidel 1a

Foto: ain



Fidel 1b

Foto: ain



Fidel 1c

Foto: ain

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen der Republik Kuba

Am 30. Oktober gab Herr Coderch in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung ABC Erklärungen ab, die unangemessen sind für einen Diplomaten, der als äußerst erfahren und als Kenner der diplomatischen Regeln und Konventionen gilt.

Wenngleich er von sich selbst sagte, er kenne sich in der kubanischen Realität nicht aus, schreckte er nicht davor zurück, bereits im Vorfeld über die Lage in Kuba zu urteilen. Dies steht einem Botschafter, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, die Beziehungen zu den Behörden des Gastlandes zu entwickeln, wahrhaftig nicht zu.

Herr Coderch brachte zum Ausdruck, daß er dem Aufbau sonstiger Verbindungen besonderen Vorrang gegenüber den Beziehungen zur kubanischen Regierung einräume. Er halte es für seine Pflicht, die Türen seiner Botschaft für diejenigen Gruppen weit offen zu halten, die er als Dissidenten bezeichnete und für deren Unterstützung er sein möglichstes tun werde. Dies kann nur als offene, inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten und als unbestreitbare Verletzung der Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen gedeutet werden.

Um seinen Äußerungen eine noch empörendere Richtung zu geben, besaß er die Dreistigkeit, seiner Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß das Jahr 1998 - ein Jahr mit so umfangreicher, vielschichtiger Bedeutung für Kuba und für Spanien - der Zeitpunkt sein werde, in dem Kuba seine angebliche Freiheit wiedererlange. Darüber hinaus erdreistete er sich, eine unzulässige Analogie zu Vorgängen aus der jüngsten spanischen Geschichte herzustellen, die mit dem heutigen Kuba nichts gemein hat.

Herr Coderch äußerte sich privat über eine mögliche Manipulation seiner

Das Ministerium für Auswärtige Beziehungen informiert über den Entschluß der Regierung der Republik Kuba, das am 7. Oktober dieses Jahres erteilte Agrément für Herrn José Coderch Planas als Botschafter des Königreichs Spanien in der Republik Kuba zurückzuziehen. Verschiedene Vorgänge haben zu dieser unausweichlichen Entscheidung geführt, die nach langen, reiflichen Überlegungen getroffen wurde:

Erklärungen. Das kubanische Ministerium für Auswärtige Beziehungen ging daraufhin davon aus, daß er ein offizielles, öffentliches Dementi abgeben würde. Dies tat er jedoch nicht.

Die spanische Regierung wurde gebeten zu erläutern, ob diese Äußerungen die persönliche Meinung des Herrn Coderch wiedergäben (er hatte erklärt, er besäße noch keine Instruktionen seiner Regierung) oder ob es sich um eine Richtlinie für die Arbeit der spanischen Botschaft in Havanna handle.

Über den gegenwärtigen spanischen Botschafter in Havanna ließ der Minister für Auswärtige Beziehungen Spaniens, Herr Abel Matutes, den Standpunkt übermitteln, die Äußerungen des Herrn Coderch seien "überaus besonnen und gesprächsbereit" gewesen und "entsprachen der Politik der spanischen Regierung gegenüber Kuba."

Diese Erklärung des spanischen Außenministers stand in keinerlei Bezug zu den Inhalten der New Yorker Gespräche mit dem kubanischen Minister für Auswärtige Beziehungen. Dort waren zwar deutlich unterschiedliche Standpunkte vertreten worden, doch wurde vereinbart, daß Beamte aller Ebenen des kubanischen und des spanischen Außenministeriums Gespräche auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten führen sollten, wie dies für die Beziehungen zwischen Staaten angemessen ist.

Am 7. November äußerte der spanische Außenminister in einem Fernsehauftritt, die Politik der spanischen Regierung bestehe in der Unterstützung dessen, was er als "friedlichen Übergang zur Demokratie in Kuba" bezeichnete. Es wurde jedoch eingeräumt, daß dieser Übergang "von Castro selbst angeführt" sein könne.

Auf dem 6. Iberoamerikagipfel hatten verschiedene Vertreter der spanischen Regierung, darunter auch der Präsident höchstpersönlich, öffentlich ihre Absicht erklärt, das anstreben zu wollen, was sie mittlerweile einen "demokratischen Übergang" in Kuba nennen. Ebenso wie der spanische Außenminister am 7. November bezeichneten sie die kubanische Regierung als Diktatur und forderten Kuba auf, als Bedingung für eine Verbesserung der Beziehungen "Figuren zu bewegen".

Am 14. November wurde im Amerikahaus in Madrid (einer Einrichtung, die vom spanischen Außenministerium gefördert wird) mit engagierter Zustimmung der spanischen Regierung die Spanisch-Kubanische Stiftung gegründet, ein Ableger der Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung. Ihr gehören Mitglieder der spanischen Regierungspartei sowie führende Vertreter der kubanischen konterrevolutionären Mafia unter Leitung von Mas Canosa an, deren terroristische Vergangenheit hinreichend bekannt ist.

Im Gegensatz dazu steht die Erklärung des spanischen Außenministers Matutes vom selben Tag, nach der es nicht die Absicht der spanischen Regierung sei, die Opposition in Kuba anzuführen. Zum selben Datum legte Spanien jedoch der EU-Kommission einen Plan vor, der anscheinend gerade auf dieses Ziel ausgerichtet war. Dieser Plan war eine exakte Kopie der Empfehlungen des Sonderbeauftrag-

ten der USA, Stuart Eizenstat, der ein Aktionsprogramm zur Einmischung vorgelegt hat. Darin wird unter anderem ange-regt, in der Botschaft eines jeden Mit-gliedslandes der Europäischen Union in Havanna jeweils einen Mitarbeiter abzu-stellen, der die Beziehungen zu denjenigen Kräften pflegt, die als kubanische Opposi-tion eingestuft werden.

Auf diese Weise ist die kubanische Regierung mittlerweile zur Speerspitze für die US-amerikanischen Interessen in der Europäischen Union geworden.

Am 22. November vertrat der Staatssekretär für Zusammenarbeit des spanischen Außenministeriums, Fernando Villalonga, unbedachte Standpunkte im Hinblick auf die Lage in Kuba, die offen interventionistische Absichten durchscheinen ließen: Er erklärte, die spanische Regierung werde öffentlich und privat an ihren bishe-rigen Forderungen festhalten und identi-sche Dialoge mit allen Kräften der Opposi-tion gegen Fidel Castro führen. Es erscheine als unvermeidlich, für diesen irgendeinen Ausweg zu finden, um zu einem "paktierten Übergang" zu gelangen "und einen dramatischen Bruch zu vermei-den".

Nach Aussagen Villalongas besteht die Zielsetzung der spanischen Regierung darin, "das kubanische Regime nicht in die Enge zu treiben ... sondern was wir wollen, ist ein sofortiger Übergang, eine sofortige Öffnung, um noch größere Übel zu vermei-den".

Erklärungen und Maßnahmen dieser Art stellen zweifellos eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas dar und widersprechen dem Geist und dem Wortlaut des Wiener Überein-kommens über diplomatische Beziehun-gen.

Ein solches Vorgehen von spanischer Seite ist für die kubanische Regierung äußerst besorgniserregend und untragbar. Bereits vor der Regierungsübernahme durch Präsident Aznar hatten Vertreter der Volkspartei überaus negative Erklärungen über die künftigen Beziehun-gen zu Kuba abgegeben, die später von Mitgliedern der spanischen Regierung bekräftigt wurden.

Die kubanische Regierung hat wieder-holt Beweise für ihre Besonnenheit und Umsicht geliefert und in jedem Augenblick die öffentliche Konfrontation vermieden, da ihr eine solche Form nicht angemessen erscheint, um Differenzen jeglicher Art mit Staaten auszutragen, zu denen sie normale Beziehungen unterhält. Auf diplomati-schem Wege wurde der spanischen Regie-rung zum gegebenen Zeitpunkt der offizi-elle kubanische Protest zugeleitet.

Es wurde davon ausgegangen, daß die-ser Protest, wie auch die ständigen Äuße-rungen der Ablehnung seitens verschiede-ner, bedeutender Gruppen der spanischen Gesellschaft, die spanische Regierung zum Nachdenken über die unangemessen Umsetzung einer solchen ungeschickten Politik des Eingreifens und der Einmi-schung bringen würde.

Die spanische Regierung hat jedoch auf plumpe und grobe Art und Weise die Eskalation weiter vorangetrieben, dies unter Mißachtung der grundlegendsten ethischen Normen wie auch des Völker-rechts. Die Kurzsichtigkeit bestimmter Mitglieder der gegenwärtigen spanischen Regierung versperrt den Blick dafür, daß ihr Vorgehen nicht nur die Beziehungen zwischen Kuba und Spanien belastet, son-dern auch die Unabhängigkeit und Sou-veränität Kubas gegenüber den Vereinig-ten Staaten gefährdet. Es sieht fast so aus, als würde Spanien wie im Jahre 1898 erneut vor den Vereinigten Staaten kapitu-lieren und sich für deren Politik instru-mentalalisieren lassen.

Die kubanische Regierung kann solchen Tatsachen nicht gleichgültig zusehen. Besonnenheit und Umsicht dürften in kei-ner Weise mit Schwäche verwechselt wer-den. Wie Staatspräsident Fidel Castro sagte, wird das Schicksal eines Landes nicht auf einem Schachbrett verspielt.

Kuba hat von jeher eine offene, transpa-rente Außenpolitik verfolgt und für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehun-gen zu allen Völkern Sorge getragen, ins-besondere auch zu dem spanischen Volk, die in dem Bewußtsein, daß eine normale Beziehung zwischen Spanien und Kuba den legitimen Interessen beider Völker entspricht.

Für das kubanische Volk, dessen Würde angegriffen wird und dessen Souveränität man versucht, aufs Spiel zu setzen, wäre es jedoch unerklärlich, wenn wir eine Politik der Provokationen und der Einmischung hinnehmen würden.

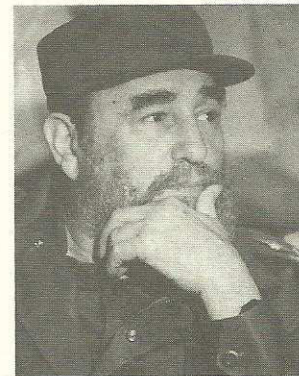
Im Verlauf seiner Geschichte hat Kuba große Schwierigkeiten bewältigen müssen. In den letzten dreißig Jahren mußte es Tag für Tag, Stunde um Stunde, Minute für Minute Widerstand leisten und Angriffen und Drohungen des größten Imperiums unserer Zeit standhalten.

Aus Achtung vor sich selbst, vor ande-ren Regierungen, zu denen sie herzliche Beziehungen unterhält, und vor allem aus Achtung vor einem Volk, das in der Lage gewesen ist, bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Souveränität härteste Prüfungen zu bestehen, kann die kubani-sche Regierung keinesfalls diese Politik der spanischen Regierung hinnehmen.

Mit der Rücknahme des Agré-ments für den designierten Bot-schafter des Königreichs Spanien hat die kubanische Regierung gegenüber der spanischen Regie-rung erneut ihren unbestreitbaren Willen und ihren erwiesenen guten Glauben bekräftigt, um weiter an der Aufrechterhaltung und Weiter-entwicklung der Beziehungen zwischen Kuba und Spanien im Sinne der legitimen Interessen der Völker beider Staaten zu arbeiten.

Das Ministerium für Auswärtige Bezie-hungen bekräftigt erneut öffentlich diesen Willen und hofft, daß die spanische Regie-rung ihr Verhalten gegenüber Kuba noch einmal überdenken möge.

Havanna, 26. November 1996



Fidel 1d
Foto: ain



Fidel 1f
Foto: ain



Fidel 1i
Foto: ain

Ausführungen des Chefkommandanten Fidel Castro zum Abschluß der Auswertungsversammlung der Kommunistischen Partei Cubas in Havanna über den Konflikt mit Spanien.

Wie Sie wissen, habe ich auf einer Pressekonzferenz in Rom erwähnt, daß kürzlich jemand sogar behauptet habe, man hätte Sonderrechte, weil wir früher zum spanischen Staatsgebiet gehörten. Wir hingegen sagen, daß wir Sonderrechte auf eine größere Unabhängigkeit von jener Metropole haben als jedes andere Land, weil wir das spanische Imperium mit dem Blut Maceos und mit dem Blut Martí besiegt haben! (Ausgedehnter Applaus). Dreißig Jahre heroischer Kämpfe, damit sie uns danach für dreißig Silberlinge verkaufen!

Ein anderer dieser Herren meinte, wenn Kuba wie auf einem Schachbrett seine Figuren bewegte, so würden auch sie Figuren bewegen, und ich entgegnete ihm, das Schicksal eines Landes werde nicht auf einem Schachbrett verspielt.

Sehen Sie sich an, welche Vorstellungen dahinter stecken, wie wenig sie die Kubaner kennen! Wir haben gegen die größte Macht der Erde und der Geschichte gekämpft, und hier haben noch nicht einmal die Blätter an den Bäumen gezittert.

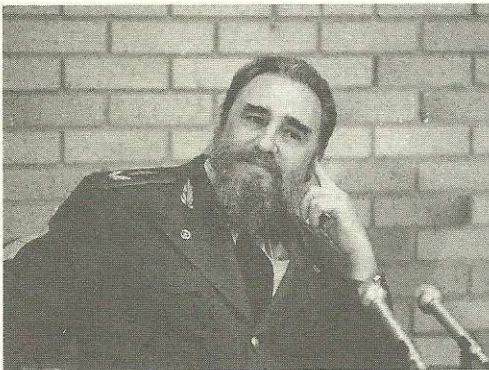
Wer kann uns zum Zittern bringen? Wer kann uns irgend etwas aufzwingen? Für wen halten sie sich? Wir gehen vor nie-

mandem in die Knie, und wir erbetteln von niemandem ein Almosen. (Applaus) Ich spreche hier nicht vom spanischen Volk, einem edelmütigen, großzügigen, freundschaftlichen Volk, in dem so viele Menschen mit Cuba solidarisch sind. Ich spreche von denjenigen, die hierher zurückkehren und die Rolle von Valmaseda oder die Rolle von Valeriano Weyler spielen wollen, oder aber die Rolle derjenigen, die uns an die Vereinigten Staaten verkauften, bevor sie die von uns im Kampf eroberte Unabhängigkeit akzeptierten. Nein, man darf das spanische Volk nicht mit solchen Leuten verwechseln.

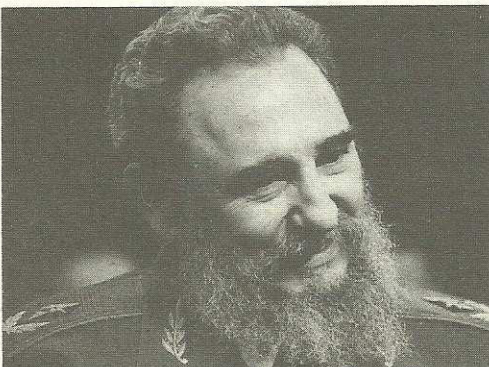
Seit der Epoche des Indio Hatuey ist einige Zeit vergangen. Ihm versprachen sie das Blaue vom Himmel herunter. Und uns, was können sie uns anbieten? Einen Himmel, während sie uns auf dem Scheiterhaufen verbrennen? Ist das der Himmel, den sie uns anbieten wollen: vier Jahrhunderte der Ausbeutung, vier Jahrhunderte der Ausrottung der indianischen Bevölkerung, vier Jahrhunderte der Sklaverei, Jahrzehnte blutiger Kriege? Können wir das alles vergessen? In jedem Fall dürfen wir uns bei ihnen bedanken, denn all

das hat uns gelehrt, das zu sein, was wir heute sind, und damit Schluß.

Die jetzigen Probleme sind entstanden, nachdem die Terroristenmafia von Miami eine rege Reisetätigkeit entwickelt hat und überall hingejettet ist, nachdem viel Geld für politische Kampagnen geflossen ist. Das ist die Demokratie, die sie uns anbieten wollen. Deshalb sage und bekräftige ich, daß wir vor nichts und vor niemandem zu Kreuze kriechen, daß wir bereit sind, gegen die ganze Welt Widerstand zu leisten, so wie wir gegen die Vereinigten Staaten Widerstand geleistet haben, um unsere Interessen und unsere Souveränität zu verteidigen, (Applaus) um unser Recht zu verteidigen, ein gerechtes und freies Land zu sein, um unser Recht auf unsere eigenen Ideen und unsere Errungenschaften zu verteidigen. Wir werden uns aber niemals gegen die ganze Welt verteidigen müssen, denn nicht die ganze Welt steht auf der Seite der Unterdrücker, nicht die ganze Welt steht auf der Seite der Ausbeuter, und nicht die ganze Welt steht auf der Seite derjenigen, die die Erde beherrschen und knechten wollen. ■



Fidel 1k
Foto: ain



Fidel 1g
Foto: ain

Nicht länger GEHEIM...

"Der Spiegel" nennt uns ein "Fachblatt", für den sogenannten Verfassungsschutz sind wir ein "links-extremistisches Enthüllungsblatt". Tatsache ist, wir sind unabhängig und unbequem. Wir bekommen keine Finanzspritzen aus Geheimdienstzirkeln, Parteizentralen oder Konzernetagen. Unser einziges Kapital ist die Unterstützung unserer LeserInnen.

Und wir setzen das fort, was wir uns bereits in unserer 0-Nummer 1985 zum Ziel gesetzt hatten: Berichte über Verfassungsschutzschnüffeleien und Anwerbungsversuche, Demokratieabbau oder Polizeiwillkür haben in GEHEIM genauso ihren Platz wie Enthüllungen über die "dirty tricks" der CIA oder seiner Partnerdienste, so z.B. CIA-Destabilisierungen gegen Cuba oder Terrormaßnahmen des spanischen Staates im Baskenland. Zudem setzt GEHEIM das fort, was in den USA verboten wurde: die Enttarnung von unter diplomatischem Deckmantel arbeitenden CIA-Agenten - das "Naming Names".

GEHEIM erscheint vierteljährlich und in GEHEIM schreiben Betroffene und Augenzeugen, Wissenschaftler und Spezialisten, JournalistInnen und ehemalige CIA-Agenten; so u.a.: Philip Agee, Freddy Balzan (Nicaragua), Enrique Barrueco (Spanien), Konrad Ege (USA), Ekkehard Jürgens, George Martin Manz (Canada), Kunhanandan Nair (Indien), Jari Lindholm (Schweden), Jeff Marishane (Südafrika), Peter Niggel, Thilo Weichert, Stephan M. Tanneberger, Dr. Rolf Gössner, Hans Peter Bordin, Michael Opperskalski, Ulrich Vultejus...

Wer ein Probeexemplar möchte, der schicke bitte DM 8 in Briefmarken oder als Scheck an: Redaktion GEHEIM, z.Hd. M.Opperskalski, Postfach 270324, 50509 KÖLN; Tel (& Fax): 0221-175755, Fax (& Modem & Tel): 0221-1703980

» Wir wollen, daß alle in Europa erfahren, was mit unseren Gefangenen geschieht«

Im September fand ein fünftägiger Hungerstreik baskischer Angehöriger politischer Gefangener in verschiedenen europäischen Städten statt. In Deutschland war Berlin der Ort für Veranstaltungen und Kundgebungen. Dort sprach Peter Nowak mit Karmele Aramburu, einer der Hungerstreikenden.

Sie haben sich mit 100 baskischen Menschen in Berlin am Hungerstreik beteiligt. Was war das Ziel ihrer Aktion?

Die Aktion wurde von Senideak-Gureak getragen, das ist baskisch und heißt schlicht Angehörige. Senideak-Gureak ist ein Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen aus dem Baskenland. Ich spreche hier nicht individuell für mich sondern für dieses Komitee. Insgesamt beteiligten sich europaweit 540 Angehörige an dieser Aktion in Paris, Brüssel, Genf, Kopenhagen, Rom, Lissabon und Berlin. Wir haben uns dazu entschlossen, nachdem seit dem 9.9.96 40 baskische Gefangene in spanischen und französischen Gefängnissen in einen unbefristeten Hungerstreik getreten sind. Wir wollen mit dieser Aktion die Aufmerksamkeit auf die Situation der baskischen Gefangenen lenken. Dazu machten wir in Berlin Informationsveranstaltungen, am letzten Freitag eine Kundgebung, Besuche bei Organisationen und politischen Parteien, führten Gespräche mit Abgeordneten der Grünen und der PDS.

Wie ist die Situation dieser Gefangenen?

Das größte Problem ist die Zerstreung der 550 Gefangenen auf 62 Gefängnisse in ganz Spanien und 7 Gefängnisse in Frankreich. Teilweise sind die Gefangenen über 3000 km von ihrer Heimat entfernt auf den Kanarischen Inseln oder auf der nordafrikanischen Kolonie Ceuta inhaftiert. Für die Angehörigen bedeutet das für einen Besuch von 20 Minuten eine Hin- und Rückfahrtzeit von insgesamt bis zu 3 Tagen.

Ein weiteres Problem ist die Isolation der Gefangenen. Dazu gehört neben der Zer-

streuung die Beschränkung der Anzahl und der Dauer der Besuche und die Einschränkung brieflicher Kommunikation.

Die Gefangenen leiden zudem an mangelnder medizinischer Versorgung. Daran sind schon insgesamt 9 Gefangene gestorben, 7 in Spanien und 2 in Frankreich. Zur Zeit sitzen 3 Gefangene mit schweren Erkrankungen noch immer im Knast, obwohl das spanische Strafgesetz in diesem Fall die Freilassung vorsieht. In den Gefängnissen sind unsere Angehörigen außerdem häufig Prügel, körperlichen Mißhandlungen und Drohungen ausgesetzt.

Was sind die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen?

Ihre zentrale Forderung ist die Rückverlegung aller Gefangenen nach Euskadie (Baskenland) und die Zusammenlegung in ein Gefängnis. Außerdem wird die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und die Respektierung der elementarsten Menschenrechte, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit gefordert.

Wie sind Ihre weiteren Pläne nach dem Ende des Hungerstreiks?

Wir wollten mit unserer Aktion den Menschen in Europa Informationen über die Situation unserer Gefangenen geben, damit der Druck auf die spanische Regierung größer wird. Dafür werden wir auch nach dem Ende unseres Hungerstreiks kämpfen.

Mit Karmele Aramburu sprach Peter Nowak

Reader zum 1. europäischen Treffen für menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus ★

Vom 31. Mai bis 2. Juni 1996 fand in Berlin das 1. europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus statt. CUBA LIBRE berichtete mehrmals. Der Kongreß entstand auf Initiative der süd-mexikanischen EZLN und diente auch der Vorbereitung des Intergalaktischen Treffens zwei Monate später in Chiapas.

Dieses Treffen steht quer zur Entpolitisierung und Abkehr vom Internationalismus und sollte auch für Menschen von Interesse sein, die durchaus der politischen Ausrichtung des Treffens und der gesamten Chiapas/EZLN-Solidarität kritisch gegenüberstehen.

In einem Reader sind die Reden, Arbeitsgruppenpapiere und Diskussionspapiere des Kongresses zusammengefaßt. Die Zusammenstellung der Texte hat die Berliner Mexiko-Gruppe übernommen. Die Texte sind so abgedruckt, wie sie von den AutorInnen verschickt wurden. Eine Bearbeitung fand nicht statt. Wahrscheinlich wäre damit angesichts des engen AktivistInnenkreises auch die Gruppe überfordert. Allerdings wird, durch einem Verzicht auf die Bearbeitung, die Lektüre manchmal erschwert. So gibt es mehrmals unnötige Wiederholungen oder der Text bezieht sich direkt auf den Kongreß und ist für Nichtteilnehmende schwer verständlich, so wenn auf mehreren Seiten um die Bedeutung der Delegiertenplenar dargelegt wird oder wenn Arbeitsgruppenergebnisse im Telegrammstil vorgelegt werden. Trotzdem gibt es genügend informativer Texte zu den unterschiedlichen Themenkomplexen. Der Beitrag von Delf Hartmann war in der letzten Ausgabe der CUBA LIBRE veröffentlicht.

Die Lektüre des Readers lohnt sich deshalb, weil ja das Berliner Treffen keine Eintagsfliege war. Die politischen Zusammenhänge, die sich dort gefunden haben, arbeiten daran weiter. Im Dezember war ein weiteres Treffen in Zürich und für den nächsten Sommer ist in einer europäischen Hauptstadt ein Folgetreffen des Intergalaktischen Kongresses geplant.

Bestellung des Readers zum "1. europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" über: Mexikogruppe im FDCL (Forschungsstelle Chile und Lateinamerika), Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Peter Nowak

Liebe Freundinnen und Freunde,

in unserm neuen Zwischenbericht Nr. 8 1/2, der gerade erschienen ist, wollen wir Euch kurz und knapp über unsere Arbeit im vergangenen Jahr informieren. Neben dem obligatorischen Spendenaufruf - wir haben in diesem Jahr für fast 100.000 Mark Ersatzteile und Material gekauft und sind jetzt so gut wie blank - gibt es aktuelle Informationen über die Projekte, über die Kooperation mit anderen Gruppen und einen hier im folgenden abgedruckten Artikel, der sich mit den Auswirkungen der "Neuen Weltordnung" (auch) auf Cuba befaßt.

Zur aktuellen Lage

1978 formulierte die Weltgesundheitsorganisation noch das Ziel, daß bis zum Jahr 2000 für alle Menschen soziale Sicherung, Gesundheitsversorgung, ausreichende und ausgewogene Ernährung und psychisches Wohlbefinden gewährleistet sein soll. Heute beträgt die Anzahl der Hungernden über 800 Millionen, und es sterben jährlich 13 Millionen Menschen an Unterernährung.

Im November dieses Jahres war auf dem Welternährungsgipfel in Rom nicht mehr von der Beseitigung von Hunger und Armut die Rede, sondern lediglich von einer Reduzierung der Unterernährung um die Hälfte bis zum Jahr 2015, also für 400 Millionen Menschen.

Immer häufiger finden UNO-Konferenzen zu drängenden wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Problemen statt. Das erweckt den Eindruck, als ob unablässig und fieberhaft am Wohlergehen der Menschheit gearbeitet würde. Der neueste Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) vermittelt dagegen ein anderes Bild: Etwa eineinhalb Milliarden Menschen leben in völliger Armut, doppelt so viele in erbärmlichen Verhältnissen. Obwohl der Wohlstand in der Welt nach 1945 um das Siebenfache gestiegen ist, entwickeln sich die armen und die reichen Länder immer weiter auseinander.

In den neunziger Jahren begann mit der weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus die sogenannte Globalisierung von Wirtschaft, Handel und Kapital. Was als "Siegesszug der freien Marktwirtschaft" und "Befreiung von der kommunistischen Geißel" (Spranger) gefeiert wurde, schlägt sich in dem UNDP-Bericht folgender-

maßen nieder: "Allein im Zeitraum von 1990 bis 1995 gingen die Durchschnittseinkommen in 21 Ländern, vor allem in Osteuropa und der GUS, um ein Fünftel oder mehr zurück". In allen Staaten Osteuropas ist die Lebenserwartung gesunken. Die Kindersterblichkeit, ein wichtiger sozialer Indikator, entwickelt sich in Ländern der ehemals "Zweiten Welt" auf das Niveau von "Drittwelländern" mit niedrigerem sozialen Standard zurück.

Angesichts der schockierenden Zahlen des Berichts fordert das UNDP die reichen Länder zu einer Kampagne gegen die Armut auf. Die haben sich aber schon zu einer Kampagne gegen die Armen, zur Verteidigung ihres Reichtums gegen den Rest der Welt, entschlossen: Trotz ihrer Verpflichtung, mit 0,7% ihres Bruttosozialprodukts zur Entwicklung der armen Länder beizutragen, stellten im vergangenen Jahr die 21 wichtigsten OECD-Länder zusammen gerade noch 0,27% ihres Bruttosozialprodukts dafür zur Verfügung. Immer mehr arme Länder werden von den Listen der Geberländer gestrichen. Es ist bezeichnend, daß gerade in den vergangenen vier Jahren die Summe, die von den OECD-Ländern für Entwicklungshilfe ausgegeben worden ist, um ein Viertel gesunken ist, denn nach dem Verschwinden der Sowjetunion müssen die kapitalistischen Länder nicht mehr so tun, als wären sie daran interessiert, daß sich die Länder der "Dritten Welt" zu gleichberechtigten Partnern entwickeln.

Heute erfüllt die Entwicklungshilfe ganz offen die Funktion einer Investition in die eigene Entwicklung und Sicherheit. Sie soll in den Entwicklungsländern günstige Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen Interessen der Industriestaaten

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel für:

- Druckindustrie
- Textilindustrie
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft
- Gesundheitswesen
- Stadtreinigung

Durch Eure Spende ermöglicht Ihr den Kauf dringend benötigter Ersatzteile!

Wer schafft die Ersatzteile nach Cuba?

Wir suchen ständig Cuba-FahrerInnen, die bereit sind, Briefe und Ersatzteile für Betriebe und Institutionen in Havanna im Handgepäck mitzunehmen. Voraussetzungen sind lediglich: etwas Zeit, einige Sprachkenntnisse und Engagement.

Bitte meldet Euch bei uns!

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon (0 61 51) 6 40 66
Telefax (0 61 51) 6 40 66



Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60
Konto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

schaffen und verhindern, daß deren Lebensstandard und Sicherheit durch die Auswirkungen der Armut, durch Flüchtlinge, Kriege, Seuchen und Umweltzerstörung gefährdet wird.

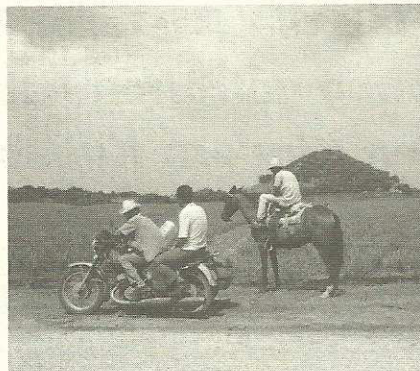
So ist auch die "amerikanisch-europäische Zusammenarbeit zur Förderung der Demokratie in Cuba" (Brittan, EU-Handelskommissar) nichts weiter als der Versuch, jetzt auch Cuba wieder in die Rolle einer rechtlosen, ausbeutbaren Bananenrepublik zu zwingen; ein Land, das nach wie vor vielen Menschen in den Ländern des Trikont als lebendiges Beispiel für eine eigenständige und soziale Entwicklung gilt.

Die USA verfolgen gegenüber Cuba weiterhin ihre Politik des "Alles oder Nichts". Ihre nun seit 35 Jahren andauernde Finanz-, Handels- und Wirtschaftsblockade, ihr Druck auf Unternehmen, Regierungen und Organisationen sie dabei zu unterstützen, haben der cubanischen Wirtschaft bereits erheblichen Schaden zugefügt. Das eigentliche Ziel, der Sturz der cubanischen Regierung durch eine vom Mangel zermürbte Bevölkerung, haben sie nicht erreicht. Zu diesem Zweck wurde das Helms-Burton Gesetz verabschiedet, das eine kaum noch zu steigernde imperiale Anmaßung darstellt: Es behandelt nicht nur Cuba wie einen der US-Gesetzgebung unterstehenden Staat, sondern bedroht auch ausländische Investoren, die in Cuba an ehemaligem Besitz von US-Bürgern beteiligt sind. Mit der Verabschiedung des Helms-Burton Gesetzes und zwei weiterer exterritorialer Gesetze mit ähnlicher Regelung in Bezug auf Libyen und Iran haben sich die USA nicht nur die Gegnerschaft Europas, Lateinamerikas und Kanadas, sondern auch die Ablehnung der ganzen Staatengemeinschaft (außer Israel und Usbekistan) eingehandelt.

Die europäischen Länder gehen nach dem bereits im Osten erprobten Rezept "Wandel durch Handel" vor. Angesichts der bedrohlichen Wirtschaftslage spekulieren sie darauf, der cubanischen Regierung politische Zugeständnisse abzupressen. So machte die Europäische Union zum Beispiel den Abschluß eines für beide Seiten vorteilhaften Kooperations- und Handelsabkommens von "tiefgreifenden wirtschaftlichen Änderungen und der Einführung eines pluralistischen Systems" abhängig.

Europa versucht, über Investitionen, Hilfslieferungen, Entwicklungsprojekte und politische Stiftungen in Cuba wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu gewinnen um so den Kapitalismus durch die Hintertür durchzusetzen.

Durch die existierenden Blockadebedingungen ist Cuba der Zugang zu vorteilhaften Krediten ausländischer Regierungen oder der Weltbank versperrt. Um so bemerkenswerter ist die anhaltende Tendenz zur ökonomischen Erholung, die sich im ersten Halbjahr 1996 in einem Wirt-



campesinos

Foto: Bill Mahl

schaftswachstum von 9,6% äußerte. In wichtigen Bereichen der Landwirtschaft und Industrie gab es bedeutende Zuwächse: Zuckerproduktion 33,6%, Tourismus 40%, Zement 23%, Stahl 19%, Tabak 30%, Zitrusfrüchte 10%, Salat und Gemüse 25%, Ölraffinerung 49%, Industrieproduktion (ohne Zucker) 10,9%. (Carlos Lage)

Außerdem war eine allgemeine Tendenz zu höherer Effizienz und Organisation in der Wirtschaft zu verzeichnen. Bei der Zuckerproduktion z.B. ist die erhöhte Effizienz vor allem auf die Ausstattung der Erntemaschinen mit neuen Motoren zurückzuführen, für deren Kauf allerdings ein kurzfristiger, teurer Kredit aufgenommen werden mußte. Nur wenige Länder wie Frankreich, Spanien oder die holländische ING-Bank gewährten Cuba in letzter Zeit überhaupt Kredite und ließen sich dieses "Investitionsrisiko" mit bis zu 30% höheren Zinsen bezahlen. Damit geht ein erheblicher Teil der Deviseneinkünfte, die Cuba eigentlich für den Konsum der Bevölkerung und für Reinvestitionen bräuchte, für Zinsen und Tilgung dieser teuren Kredite verloren.

Wenn es außerdem noch zu erheblichen Ernteinbußen bei wichtigen Devisenbringern wie Zucker, Tabak oder Zitrusfrüchten kommt, können die Kredite nicht mehr zurückgezahlt werden und die Schuldenfalle schnappt zu. Im Fall des Hurrikans "Lili", der im Oktober dieses Jahres große Anbauflächen verwüstete, konnte zumindest für die Zuckerproduktion das Schlimmste abgewendet werden. Nachdem das auf den Boden gedrückte Zuckerrohr in mühevoller Handarbeit wieder aufgerichtet wurde, besteht nun Hoffnung, daß das Ziel von 5 Millionen Tonnen bei der nächsten Zafrá doch erreicht wird.

All die Fortschritte, die Cuba trotz der mörderischen "Neuen Weltordnung" in den letzten Jahren erreicht hat, sind nur darauf zurückzuführen, daß der größte Teil der Bevölkerung mit absolutem Willen und unter großen Anstrengungen die erkämpften sozialen Menschenrechte verteidigt. Es darf aber nichts darüber hinwegtäuschen, daß die grundlegenden Probleme, unter denen auch Cuba zu leiden hat, nur da gelöst werden können, wo sie erzeugt werden.

Ihr könnt den Zwischenbericht Nr. 8 1/2, aber auch das Heft Nr. 8 mit ausführlichen Projektbeschreibungen und Reiseeindrücken vom Frühjahr '96, bei uns anfordern:

Solidaritätswerkstatt e.V.
Taller de la Solidaridad
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: 06151 - 64066



Spenden (steuerabzugsfähig) an:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Postbank Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60
Konto 48 78 02 - 603

Einhellig gegen Helms-Burton



»Bekämpfen wir das Helms-Burton-Gesetz!«

Foto: Raul Arroche

Die iberamerikanischen Länder sprechen sich im Abschlussdokument ihres VI. Gipfeltreffens gegen das von den USA verabschiedete Helms-Burton-Gesetz aus.

Die "Erklärung von Viña del Mar" wurde ohne Einschränkungen von allen teilnehmenden Staatsoberhäuptern aus Lateinamerika, der Karibik, Portugal und Spanien unterschrieben. Die Abschnitte, die sich auf das umstrittene Gesetz beziehen, sehen in der nordamerikanischen Vorgehensweise eine Verletzung der Regeln und Prinzipien internationalen Rechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Normen der Welthandelsorganisation. Die iberamerikanischen PolitikerInnen verwiesen zudem auf den Verstoß gegen das fundamentale Prinzip des Respekts vor der Souveränität der Staaten.

»Wir sind sicher, daß die Pastoren für den Frieden die richtige Entscheidung getroffen haben: die nächste Karawane wird den Kindern Kubas gewidmet!«

★
Auszüge aus der Rede Lucius Walkers auf der Solidaritätsveranstaltung der 6. Freundschaftskarawane USA-Cuba im Theater des Instituts für Gentechnik und Biotechnologie am 19. September 1996, "Jahr des hundertsten Todestages von Antonio Maceo".

Die vollständige Rede ist veröffentlicht in *Granma Internacional*, November 1996.

Comandante, Präsident Fidel Castro!
 Brüder Sergio Corrieri, Raúl Suárez,
 Odén Marichal!
 Brüder und Schwestern!

Es ist für mich Anlaß zu großer Genugtuung, euch die von uns allen tief empfundene Dankbarkeit für den freundlichen Empfang auszudrücken, den man uns zuteil werden ließ. Tatsächlich war die Aufnahme, die wir bei euch allen und jedem einzelnen von euch fanden, bei den Organisationen, die ihr repräsentiert, und bei allen Cubanern, die wir kennengelernt haben, sehr freundlich.

Insbesondere bewundern wir das hohe Niveau, das in der Zusammenarbeit zwischen Institutionen erreicht wurde, das sich im Erfolg dieser sechsten Karawane widerspiegelt. Ich möchte ganz speziell die exzellente ökumenische Zusammenarbeit erwähnen, die uns eine Reihe von Kirchen entgegenbrachte, zu denen das Zentrum "Martin Luther King", der Kirchenrat Cubas, die Bruderschaft der Baptistischen Kirchen Cubas, die Bischofskirche, die Freie Evangelische Kirche, die Christliche Kirche sowie verschiedene Pfarrer und Weltliche der Presbyterianischen Kirche, der Reformierten Christlichen Kirche, Pfarrer von Kirchen der Pfingstbewegung und die Lutherische Kirche Cubas gehören.

Ihr könnt sehen, welche Ausmaße diese Kooperation angenommen hat, die unsere Arbeit ermöglicht. Hinzufügen muß ich außerdem das Büro für Religiöse Angelegenheiten der Kommunistischen Partei, das Cubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP), das Ministerium für Aus-



Lucius Walker übergibt der Klinik »Justo Legon Pardilla« einen Computer mit Spezialsoftware

Foto: J. Hambruch

wärtige Angelegenheiten (MINREX), INFOMED und viele andere Einrichtungen in Cuba ...

... Es ehrt mich zutiefst, euch den Dank für eure Arbeit aussprechen zu können, die es ermöglichte, daß eine Anstrengung, die vor acht Monaten begann, in einem Ausdruck der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe gipfelte. Es war ein Vorhaben, für das man eigentlich nicht mehr als acht Stunden gebraucht hätte, doch es hat uns acht Monate gekostet, es zu verwirklichen. Aber Geduld und Ausdauer sind nötig, um Frieden zu erreichen. Und bei dieser Kampagne waren die Geduld und die Ausdauer meiner vier Begleiter im Hungerstreik sowie der verschiedenen Kirchen und natürlich die ununterbrochenen Anstrengungen des gesamten nationalen Netzes, die unter den zugespitzten Umständen den Rückhalt der "Pastoren für den Frieden" bildeten. ...

... Natürlich dürfen wir auch nicht das beharrliche und fleißige Engagement von sprichwörtlich Hunderttausenden Personen in den USA vergessen, Gläubige und Nichtgläubige, Kirchenmitglieder und Nichtmitglieder, Protestanten, Katholiken, Juden und Moslems, die die Massenbasis unserer Arbeit bilden. Im Namen von ihnen allen noch einmal: Danke! (Beifall)

Ich muß euch sagen, überall wo wir hinkamen, sahen wir die wunderbaren Kinder Cubas. Wenn ich aus diesen hier verbrachten Tagen ein Bild auswählen sollte, dann wählte ich zweifellos das Antlitz und die Kraft der cubanischen Kinder, die das Ergebnis eurer Revolution, die Hoffnung eurer Zukunft sind, das Versprechen einer besseren Zukunft für die Welt. Gesunde

Kinder mit einem großen Selbstbewußtsein, intelligente, kohärente und sehr fähige Jugendliche, die wissen, daß sie geliebt werden, die wissen, daß sie etwas besonderes sind und die auch wissen, daß sie die spezielle Verantwortung tragen, eine neue Welt aufzubauen.

In den Kindern liegt euer wertvollster Schatz. Wir konnten die wahrhafte Bedeutung der cubanischen Revolution erkennen, und gerade weil die Kinder zu uns mit einer derartigen Überzeugungskraft gesprochen haben, habe ich viele Mitglieder unserer Delegation sagen gehört, daß sie sich mit noch mehr Engagement dafür einsetzen werden, diese Revolution zu unterstützen und zu verteidigen. (Beifall) Wir haben viele Gespräche geführt und auf privater Ebene den Schmerz geteilt, den uns die Tatsache bereitet, daß die hiesige Realität nicht auch die Realität unseres Landes ist, denn dort ist die Realität nicht für alle gleich, wie sie es offensichtlich hier in Cuba ist. Und dank dieser Kinder wissen wir, daß in Cuba die Revolution niemals sterben wird. Als wir sie sahen, wurde uns klar, daß wir "Pastoren für den Frieden" in der Interreligious Foundation for Community Organization (IFCO) eine richtige Entscheidung getroffen haben: die nächste Karawane den Bedürfnissen der Kinder Cubas zu widmen. (Beifall) ...

... Während meiner Besuche in Cuba in den letzten Jahren nahm ich wahr, daß eine größere Anzahl von Personen die Kirchen besucht - dies erzähle ich in den USA, und viele glauben mir nicht, so daß ich sie einlade, herzukommen, und sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen -

aber sicher ist, daß eine größere Anzahl von Personen in die Kirchen geht. Wir beten zu Gott, daß diejenigen, die zur Kirche gehen, das nicht tun, um sich ihrer revolutionären Verantwortung zu entziehen, sondern eher, um sich einem revolutionären Prozeß anzuschließen.

Wir haben ein Plakat in unserem Büro, das wir vielen Freunden in Form von Aufkleber schenken, und dessen Motto lautet: "Sei Revolutionär, praktiziere deinen Glauben!" Es ist unmöglich, den Glauben zu praktizieren, jenen Glauben, den uns die Bibel im Neuen Testament lehrt, ohne Revolutionär zu sein. (Beifall) ...

... Und in meinen Überlegungen während des Hungerstreiks dachte ich an Jesus, der weiter vorwärtsging, obwohl er wußte, daß ihn das Kreuz erwartete. Ich dachte an Fidel Castro nach der Landung der Granma und nach dem Angriff auf die Moncada-Kaserne, und erinnerte mich, daß in beiden Fällen die Verpflichtung, den revolutionären Kampf voranzubringen, die Oberhand behielt.

Über diese Dinge sprachen wir in unserer "Kapelle" am Straßenrand, und Brian, Lisa, Jim und Seya stimmten mit mir darin überein, daß dies der Moment war, um voranzuschreiten, und sie wurden für das Netzwerk unserer Arbeit in diesem Sinne zum Vorbild dafür, daß dies der Moment war, um voranzuschreiten, und sie wurden für das Netzwerk unserer Arbeit in diesem Sinne zum Vorbild dafür, daß es in diesem so schwierigen Moment in der Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und Cuba notwendig war, unsere Priorität bei der regen Betätigung zur Erlangung des Friedens und der Freundschaft zwischen den USA und Cuba erneut unter Beweis zu stellen; zu arbeiten, damit das Helms-Burton-Gesetz aufgehoben wird; weiter zu arbeiten, um der Blockade ein Ende zu setzen. ...

... Reichen etwa unsere Besuche, Resolutionen und noblen Worte? Oder ist es an der Zeit, aggressiver, prophetischer, herausfordernder zu sein; an der Zeit, ein größeres Risiko auf sich zu nehmen, um ein für allemal dieser dummen, menschenfeindlichen und kriminellen Blockade gegen Cuba Einhalt zu gebieten? Und wenn wir so denken, dann müssen wir vorwärtsschreiten. Gibt es etwa keinen Track II - das scharfsinnigste und teuflischste Werk der USA-Politik - dem wir die Stirn bieten müssen?

Wo es einen Track II gibt, muß es selbstverständlich auch einen Track I geben, und ich möchte die Personen, mit denen ich spreche, daran erinnern, daß sich unter diesem ausgeklügelten Deckmantel die Absicht versteckt, die Kirchen und Solidaritätsbewegungen, die NGO's im allgemeinen zu benutzen, um von den USA das Image eines Landes zu verbreiten, das Cuba hilft, während es auf seinen Bemühungen beharrt, es zu zerstören. ...

... Die Bemühungen, unsere Kräfte zu unterwandern, gehen weiter; die

Bemühungen, unsere Führungskräfte zu kaufen, unsere Leute zum Überlaufen zu bewegen, über Massenmedien Lügen zu verbreiten. ...

... Möge man mir abschließend erlauben zu sagen, daß wir beim Meditieren über diese Fragen auch darüber meditieren müssen, wie wir aggressiver und wirksamer in unserer solidarischen Arbeit sein können, und nicht darüber, wie stark unser Feind ist. Der größte Teil derer, die auf der Welt wirtschaftlich und politisch mächtig sind, behalten diese Macht, solange das Volk es ihnen erlaubt. Laßt uns weder Torricelli, noch Helms, noch Burton etwas erlauben! Laßt uns Mas Canosa und der Nationalen Cubanisch-Amerikanischen Stiftung nichts erlauben! Laßt uns keine Gelegenheit versäumen, um die Sache dieser Revolution voranzubringen, denn wenn sie es schaffen, sie hier aufzuhalten, dann werden wir sie in den USA nie erreichen!

Als Bürger der USA haben wir auch unsere eigenen Interessen, wenn wir das Aufblühen dieser wunderbaren menschlichen Wesen verteidigen, die wir in diesen Tagen gesehen haben. Wir möchten, daß Ihr alle wißt, cubanische Brüder, daß wir wirklich eure Brüder sind, daß wir wirklich eure Freunde sind, daß wir immer, vereint auf dieser Erde, für euch kämpfen werden. (Beifall)

Ganz gleich, ob nah, ob fern; wir sind eure Freunde, wir sind eure Brüder, und wenn man euch blockiert, blockiert man auch uns. Für euch verbürgen wir uns mit unserer Ehre, unserem Leben, unserer Würde, unseren Mitteln. Unsere Solidarität mit euch wird nicht nachlassen, solange noch ein Fünkchen Energie in uns ist. Es gibt keinen Berg, der hoch genug, keinen Fluß, der breit genug, kein Tal, das tief genug, keinen Helms, der mächtig genug, keinen Torricelli, der teuflisch genug, keine Blockade, die stark genug wäre, um zu verhindern, daß wir bei der Schaffung eines neuen Menschen, einer neuen Gesellschaft, und nicht nur in Cuba, sondern auf der ganzen Welt, zusammenhalten werden.

Gott segne euch!

Die monatlich erscheinende deutsche Ausgabe der Granma Internacional kann in der

BRD beim Verlag VVCO, Postfach 66, 12414 Berlin abonniert werden.

Einzelexemplare können auch über die Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba in Köln, Zülpicher Str. 7,

50674 Köln bezogen werden.

...Ein Computer für das Krankenhaus "Justo Legon Padilla"

435 Computer für das cubanische Gesundheitswesen hatten Reverend Lucius Walker und seine Pastoren für den Frieden in den USA organisiert. Als sie im Frühjahr dieses Jahres in San Diego mit der wertvollen Ware über die Grenze nach Mexiko wollten, beschlagnahmten die US-Behörden die Fracht. In einem wochenlangen Hungerstreik (92 Tage) erzwangen Lucius und einige MitstreiterInnen die Herausgabe der humanitären Gabe. Den heldenhaften Einsatz für die Solidarität mit Cuba konnte selbst die US-Regierung nicht länger ignorieren, ihr starrsinniges Verhalten vor der Öffentlichkeit im eigenen Land nicht mehr rechtfertigen.



Lucius Walker im Säuglingszimmer

Foto: J. Hambruch

Die 435 Computer im Gepäck, kamen Lucius Walker und etwa hundert Mitglieder der Pastoren für den Frieden im September in Havanna an. Das cubanische Volk, an der Spitze Comandante en Jefe, Fidel Castro, bereiteten den Freunden der cubanischen Insel einen unvergeßlichen Empfang.

Gleich nach der Ankunft machte sich die nordamerikanische Delegation auf die Reise, fing an, die Computer auf Krankenhäuser im Land zu verteilen. Auch das Krankenhaus "Justo Legon Padilla" in Pinar del Rio, größtes Hospital für Gynäkologie und Geburtshilfe in Cubas westlichster Provinz, sollte einen der begehrten Apparate erhalten.

Im einem feierlichen Festakt, an dem fast alle 500 Mitarbeiter des Krankenhauses teilnahmen, übergab Lucius Walker Direktor Reinaldo Menendez Garcia, der sichtlich bewegt war, das Gerät. Dr. Garcia machte in seiner Rede deutlich, wie wichtig für die Menschen in seinem Land dieses Signal der Solidarität sei, gerade auch deshalb, weil es aus den USA komme. "Sie können Schiffe und Flugzeuge blockieren, aber niemals die Liebe und Solidarität unter den Menschen", sprach er unter dem nicht enden wollenden Beifall der Menge.

In einer anschließenden Führung hatten Lucius Walker und die Abordnung der Pastoren für den Frieden Gelegenheit, das Krankenhaus ausgiebig zu besichtigen. Lucius dankte den CubanerInnen für ihr Durchhalten und nannte Cuba und seine Revolution "ein Beispiel für die Menschheit".

J.H.

■ Internationale Konferenz zum Thema:

Ausländische ★ Militärbasen

Längst nicht nur um die in Cuba von den USA okkupierte Militärbasis Guantánamo ging es bei dieser Konferenz, die vom 28. bis zum 30. November 96 in Havanna stattfand. Die ca. 100 VertreterInnen von etwa 50 verschiedenen Organisationen aus 34 Ländern waren nach Havanna gekommen, um über die konkreten Auswirkungen solcher Militärstützpunkte in zahlreichen Staaten zu referieren – und mit Nachdruck deren Auflösung zu verlangen.

Die Vorsitzende des cubanischen Frauenverbandes FMC, Vilma Espin, charakterisierte in ihrer Eröffnungsrede die 1.500 Militärbasen, die 1993 - längst nach dem propagierten Ende des "Kalten Krieges" - gezählt wurden, als einen Beleg dafür, daß Krieg auch weiterhin als Mittel der Politik eingesetzt wird. Sie manifestieren den Herrschaftsanspruch bestimmter Staaten über andere und dienen den neuen Formen kolonialistischer Machtausübung, Selbstbestimmungsrecht und Souveränität von Staaten werden verletzt und die Entwicklung eines weltweiten Friedensprozesses verhindert.

Verhindert werden soll aber vor allem ein sozialer Wandel in vielen Ländern, der sich gegen die Ursachen der praktizierten Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Imperialismus u.a. der USA richten könnte. Mit den Militärbasen wird nicht nur die territoriale Integrität verletzt, es sind Plätze, die zu Spionagezwecken ebenso genutzt werden wie zu allerlei subversiven Umtrieben. Vilma Espin verwies auf 5.300 verschiedene Provokationen, allein aus der US-Militärbasis in Cuba, Guantánamo heraus.

Die Sitzungen der beiden Kommissionen fanden im Gebäude der "Cubanischen Bewegung für den Frieden und die Souveränität" statt, die – zusammen mit der Nino Pasti Stiftung aus Italien – diese Konferenz vorbereitet hatte.

Militärbasen in Lateinamerika und generelle Auswirkungen solcher Militärstützpunkte waren zentrales Thema der


einen Arbeitsgruppe. Die Verletzung der nationalen Souveränität der Völker, ihrer territorialen Integrität und damit verbundene Aggressionen, Unterdrückungsmechanismen und Interventionen wurden ebenso dargelegt, wie die erhebliche Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung. Leben und Gesundheit der Bevölkerung werden durch gefährliche Vergiftungen der Umwelt mit u.a. radioaktiven, chemischen, toxischen und explosiven Materialien gefährdet und große ökonomische Belastungen werden den Ländern aufgebürdet.

Diese militärischen Einrichtungen sind als absolut illegal zu werten, ebenso wie alle Abkommen, die zu deren Rechtfertigung konstruiert wurden. Außer am Fall von Guantánamo wurde dies vor allem auch an den Beispielen von Panama und Puerto Rico mit vielen Fakten belegt.

Die Basen in Asien, Afrika, Ozeanien und Europa waren Grundlage vieler lebhafter Diskussionen in der zweiten Kommission. In Asien, vor allem für China, Japan, Korea sind Militärbasen eine beständige Aggression insbesondere der USA. Auch der Fall Zyperns wurde eingehend vorgestellt.

Einig waren sich die Delegierten, daß der Kampf gegen die Basen intensiviert werden muß. Dazu gilt es:

■ die antiimperialistische Bewegung wieder zu stärken und neue Orientierungen zu geben;



CONFERENCIA INTERNACIONAL SOBRE BASES MILITARES EXTRANJERAS

■ Völkern, die um ihre Unabhängigkeit kämpfen ist konsequente Solidarität zu leisten;

■ der gemeinsame Kampf ist mit dem der Friedensbewegungen zu verknüpfen.

Aussagekräftig und handlungsorientiert lesen sich auch Passagen der verabschiedeten Schlußdeklaration:

“In der aktuellen historischen Zeitspanne in der die Globalisierung, die Transnationalisierung, der Neokolonialismus, der politische und militärische Führungsanspruch in der Welt grassieren, bleiben die ausländischen Militärbasen weiterhin eine Geißel der Menschheit.

Wenn man sagt, daß es heute weltweit etwa zweitausend ausländische Militärbasen gibt, so ist dies viel und schwerwiegend – aber noch schwerwiegender wird es, wenn man weiß, wie groß die wirklichen Dimensionen sind, die sie erreicht haben und was dies bedeutet. Denn es handelt sich um Basen, in denen sich solche Aktivitäten abspielen: Manöver, bei denen die Basen verlassen werden und die manchmal gegen ebendie Länder gerichtet sind, in denen sie sich befinden. Es sind Zentren mit Aufmarschkraften, die schnell koordiniert werden können, Ausbildungs- und Trainingszentren der Streitkräfte. Es handelt sich um logistische Anlagen sowie um Posten zur Observierung, Zentren zum Abhören der Radiokommunikation, Komplexe von technischen Dienststellen zum Abfangen geheimer Radiokommunikation anderer Länder, etc.

Es ist notwendig, die Basen in ihrer historischen Dimension einzuschätzen; sie sind ein Produkt des vergangenen und des heutigen Kolonialismus sowie des Neokolonialismus; die objektiven Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung dürften zur Erläuterung ihrer Präsenz und der Interessen, die sie hervorbringt, ausreichen.

Es gibt immer übergeordnete Zentren, die sie steuern; so verfügen die Vereinig-

ten Staaten über etwas, was sie Militärische Hauptbasis nennen, und was eine beträchtlichen Anzahl von Streitkräften umfaßt, die in sechs einheitliche Kommandos aufgeteilt sind: Kommando Europa (Deutschland); Kommando Atlantik (Norfolk, Virginia); Kommando Pazifik (Honolulu, Hawaii); Zentrales Kommando (Vereinigte Staaten); Bereitschaftskommando (Vereinigte Staaten) und Kommando Süd (Panama).

Was die Schiffsbasis Guantánamo in Cuba angeht, so handelt es sich um ein militärisches Sperrgebiet und ein permanentes Zentrum für Spannungen, Provokationen und Verletzungen, die keinerlei gesetzliche Basis noch irgendeine moralische Rechtfertigung haben. In der Konzession der Basis von Guantánamo erscheinen Elemente wie das Fehlen der Rechtsfähigkeit der cubanischen Vertragspartner von 1901 hinsichtlich der von den Vereinigten Staaten geforderten Zugeständnisse, die Nötigung, die Blockade und die Bestechung, die zu solchen Übereinkünften führten, eine nicht existierende Zustimmung. Es handelt sich um eine unrechtmäßige Vermietung, der uneingeschränkte Gültigkeitsdauer und unangemessene Nutzung verliehen wurde.

Irak, die Balkanregion, Afghanistan, die Völker des Mittleren Ostens, Ruanda, Palästina und andere Nationen sind Opfer der grausamen Konflikte, die von den ausländischen Militärenklaven angeheizt werden, die in Drittländern eingerichtet sind.

Die Vorwände, die zur Schaffung der Militärbasen dienen, sind vielfältig: "den Kommunismus bekämpfen", "die Freiheit erhalten", "die Demokratie und Souveränität unterstützen", die immer eingeschränkt werden. Oftmals beschwören sie "die Sicherheit", sei es die "nationale Sicherheit" oder die "Sicherheit der Hemisphäre" oder die "kollektive Sicherheit". Tatsächlich wurde das Helms-Burton-Gesetz im Namen der Sicherheit der Vereinigten Staaten von diesen gegen Cuba erlassen.

Sie schaffen sich auch Mechanismen um "die nationalen Interessen" oder "vitale Interessen" zu verteidigen: So erklären die Vereinigten Staaten für sich den Mittleren Osten zur Zone vitaler Interessen. Die Ketten der nordamerikanischen Basen, überall in der Welt, bilden die Infrastruktur einer ganz aggressiven Strategie zur Verteidigung jener vitalen Interessen,

wozu auch die Frage der sogenannten "Konflikte niedriger Intensität" zählt.

Die "Internationale Konferenz über Ausländische Militärbasen" verabschiedet eine Reihe von Beschlüssen, die große Bedeutung haben.

Die Beendigung des Kalten Krieges trifft mit einer Vermehrung der Basen zusammen, aber wenn deren politische und soziale Dimension ihren militärischen Wert erkennen ließ hat man sie als großartige Maßnahme erscheinen lassen in den imperialistischen Medien. Die militärische Strategie folgt der politischen.

Die Konferenz erklärt, daß es weltweit einen gigantischen Komplex von Basen gibt und dringt auf die Notwendigkeit, sich bewußt zu werden, was das bedeutet, wel-



ches Phänomen das darstellt, welche Verletzung der Souveränität und Unabhängigkeit der Völker und was für eine Verletzung internationalen Rechts dies mit sich bringt.

Die wertvollen Ergebnisse dieser Konferenz, Informationen, Erfahrungen und Erörterungen müssen eingebracht werden in den Kampf um die Eliminierung der Basen in allen ihren Erscheinungsformen. Sie müssen einfließen in die Macht des Wunsches der Völker nach wirklichen Freiheiten, weil sie sich bewußt sind, daß die Basen jeden wesentlichen Bereich im Leben der Völker beeinträchtigen.

Daher darf man nicht verkennen, daß diese Konferenz einen wichtigen Schritt bedeutet, hinsichtlich der Erkenntnisse über die Existenz der Basen, ihre Bedeutung, die Mechanismen zur Mobilisierung auf allen Ebenen und die Rolle, die sie in der heutigen Welt spielen.

Diskussionen, Debatten, Kundgebungen sind zu veranstalten, um die Arbeiten und die Beschlüsse dieser Konferenz bekannt zu machen. Die Völker mit die-

sem Anliegen und auch für Abrüstung und Frieden zu mobilisieren, die Reihen zu schließen und eine starke Front zu bilden mit allen fortschrittlichen und aufrechten Personen und Organisationen, das ist ein Eckpfeiler im Kampf der Völker gegen den Imperialismus und die ökonomische Globalisierung

Die TeilnehmerInnen der Konferenz halten es angesichts der gefährlichen Rolle, die die ausländischen Militärbasen in den verschiedenen Regionen der Welt spielen, für notwendig, in eine kontinuierliche Aktion gegen diese Militärpräsenz in aller Welt einzutreten. Sie unterstützen die Entfaltung von verstärkten Initiativen zur Bekämpfung, zur Aufklärung und zur Entlarvung auf jedem Kontinent und in jedem Land.

Die KonferenzteilnehmerInnen verpflichten sich, in regelmäßigen Abständen weitere Konferenzen über dieses Thema zu unterstützen, das für das Anliegen, Frieden in der Welt zu schaffen, so bedeutungsvoll ist. Sie halten die Schaffung eines Informations- und Recherche-Zentrums zum Thema Militärbasen für wichtig, das auch ein Zentrum für den

Frieden ist, für die Souveränität der Völker und ein Zentrum des Antiimperialismus. Die Konferenz vereinbart, die Festlegung eines Internationalen Tages gegen die ausländischen Militärbasen, der jährlich veranstaltet werden soll.

Die Beseitigung der ausländischen Militärbasen in allen Ländern ist eine Forderung der Menschheit, in zahlreichen regionalen und internationalen Foren erhoben wurde, einschließlich der Bewegung der Blockfreien Staaten und anderer neutraler Staaten in unserer Zeit.

Wie hat doch ein Dichter gesagt: "Nichts ist schwieriger, als die Sklaven zu befreien, die sich frei glauben."

Die Konferenz von Havanna muß ein Ausgangspunkt dafür sein, daß Treffen dieser Art regelmäßig durchgeführt werden, die es ermöglichen, daß die Menschheit von den Geißeln der Aufrüstung, der ausländischen Militärbasen, der Armut und der Ungleichheit befreit werden durch die Suche nach einem gerechten und würdigen Frieden, wie es die Völker fordern." ■

Interview mit Ulman Carmona Ramos

Movimiento Cubano por la Paz y la Soberanía de los Pueblos

Welches sind die gegenwärtigen Ziele eurer Organisation, der "Cubanischen Bewegung für den Frieden und die Souveränität der Völker"?

Die Ziele des Movimiento Cubano por la Paz y la Soberanía de los Pueblos sind dieselben, die unsere Gründer dazu bewegten, in unserem Land ein ständiges nationales Komitee entstehen zu lassen, als sich zwischen dem 6. und 9. August 1949 im Rahmen einer Konferenz in Havanna annähernd 2.500 Delegierte versammelt hatten, um die Ergebnisse des 1. Weltfriedenskongresses zu behandeln, der in Paris und Prag im April 1949 stattgefunden hatte. Jenes nationale Komitee war Ursprung und Rückhalt für unsere gegenwärtige Organisation, die zu ihren Mitgliedern noch einige jener historischen Gründungsmitglieder zählt.

Unsere Bewegung unterstützt die Prinzipien der Carta der Vereinten Nationen (dort hat sie auch beratende Funktion bei der ECOSOC) und die Ziele des Weltfriedensrates im Kampf für den Frieden, die Abrüstung, die Unabhängigkeit der Völker, die Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt und den Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Diskriminierung, Eingriffe gegen die Souveränität der Völker, die Politikformen der bewaffneten Gewalt und jeglicher Unterdrückung.

Angesichts der gegenwärtigen internationalen Entwicklungstendenzen richten wir unsere größten Anstrengungen darauf, die neue imperialistische Strategie anzuklagen und den politischen Führungsanspruch der USA und ihrer Verbündeten, ihre Strategien der Vorherrschaft, die sie durch ungezügeltten Neoliberalismus und Globalisierung stützt.

In seiner nationalen und internationalen Arbeitsplanung kämpft das Movimiento por la Paz auf der Grundlage eben dieser Prinzipien. Es klagt an, leistet Widerstand und appelliert an die internationale Solidarität gegen die internationale Blockade, die der Yankee-Imperialismus seit über 35 Jahren gegen Cuba betreibt, deren konkretester Ausdruck das Helms-Burton-Gesetz der nordamerikanischen Regierung ist, das die Regierungen der Welt verpflichtet, sich an dieser kriminellen Blockade zu beteiligen.

Das MCP sieht es als das Recht des cubanischen Volkes, sein sozialistisches Projekt in Frieden aufzubauen.

Wieviele Mitglieder zählt diese Organisation und wie arbeitet sie konkret?

Sie besitzt einen kleinen Arbeitsstab, der zur Zeit nicht mehr als etwa 20 Mitglieder umfaßt. Der Großteil ihrer Arbeit liegt in der Aktivität ihrer Mitglieder, die Tausende von Friedenskämpfern verbindet, die

organisiert sind durch zehn Arbeitskommissionen (Kommissionen von Schriftstellern und Künstlern, Juristen, Journalisten, Erziehern, Wissenschaftlern, Historikern, etc.), denen herausragende Fachleute vorstehen, die den Jahresarbeitsplan der Organisation auf nationaler und internationaler Ebene ausarbeiten.

Das Movimiento ist Mitglied im Weltfriedensrat und sein derzeitiger Präsident ist auch stellvertretender Präsident der Weltorganisation und Koordinator für die Region Amerika.

Die Organisation gibt zwei Publikationen heraus: eine Zweimonatszeitschrift (Paz y Soberanía) und ein Monatsbulletin (Sintesis Informativa), das auf die Region Amerika orientiert ist.

Das Movimiento unterhält ausgedehnte Beziehungen mit der internationalen Bewegung der NGOs in aller Welt, mit denen wir vielfältige Aktionen entwickeln, die von gemeinsamen nationalen und internationalen Interessen getragen sind.

Seit einigen Jahren führen wir ein Projekt namens "Tourismus für den Frieden" durch. Damit bieten wir Friedensfreunden aus aller Welt organisierte Cuba-Besuche mit einem Programm an, das darauf gerichtet ist, objektiv die Realität des Landes kennenzulernen.

Alljährlich wird von uns im Monat November eine Internationale Konferenz zu einem relevanten Thema auf hohem Niveau und unter weltweiter Beteiligung organisiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur das Thema der Konferenz von 1995 hervorheben: "Die Verbrechen gegen die Menschheit in der westlichen Hemisphäre", oder entsprechend 1996 "Ausländische Militärbasen". Gegenwärtig wird die Konferenz für 1997 vorbereitet über "Neue Weltordnung, Frieden, Souveränität und Entwicklung".

Welches waren die Intentionen und Ziele der Konferenz über die Ausländischen Militärbasen?

Die Idee, die diese Konferenz inspirierte und die getragen wurde von vielen gleichartigen Organisationen, wie der Nino-Pasti-Stiftung, der Bewegung für Frieden und Entwicklung in Mexico (MOMPADE), dem Friedenskomitee der Schweiz und dem portugiesischen Rat für Frieden und Zusammenarbeit und die unterstützt wurde von vielen anderen nationalen und internationalen Organisationen, war es, die Menschheit aufzurütteln hinsichtlich der Gefahr für den Frieden und die Entwicklung, die von diesen Militärenklaven national, regional und international ausgeht. Dabei sollten alle Gesichtspunkte betrachtet werden: ökonomische, politische, soziale, die Umwelt betreffende, etc.

Darüber aufzuklären, wie das vorgebliche Ende des "Kalten Krieges" kein Ende bedeutet hat für diese Enklaven, die sich erheben als Stützen einer anderen Bipolarität.

Wie stand doch hinter der Suche seitens der ausländischen Mächte nach neuen Feinden, umgekehrt das Interesse, diese Basen zu rechtfertigen (Drogenhandel, ethnische Konflikte etc.) um weiterhin ihre Eroberungs-, Expansions-, und Hegemonieziele zu verbergen.

Das letzte Ziel dieser Versammlung ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, die die Wachsamkeit und das Bewußtsein dieser Realität erfordern: die Globalisierung und Zusammenführung des Kampfes der Friedensbewegungen und der fortschrittlichen Kräfte, um die Beendigung der ausländischen Militärbasen, im Rahmen eines gemeinsamen Aktionsplanes.

Welche Forderungen gibt es hinsichtlich der Militärbasis Guantánamo?

Die einzig mögliche Forderung hinsichtlich dieser Militärenklave in Cuba ist die nach endgültiger Auflösung dieser Base und nach der Rückgabe des seit 1903 besetzten Territoriums an das cubanische Volk.

Vom rechtlichen Gesichtspunkt aus sind es mehrere Fakten, die ihren illegalen Charakter aufzeigen. Sie wurde gebildet durch einen fehlerhaften Pachtvertrag, der den souveränen Willen von Regierung und Volk verfälschte, da dessen Akzeptierung die Bedingung war für den Rückzug der Okkupationstruppen der USA, die 1898 in unser Land eindringen unter dem Vorwand des Unabhängigkeitskrieges, in dem wir Cubaner uns von den Spaniern befreit hatten und dessen absehbaren Sieg wir schon vor der Ankunft der Yankee-Truppen erreicht hatten.

Seit 1959, mit dem Sieg unserer Revolution, haben die revolutionäre Regierung und das Cubanische Volk die Auflösung der Base gefordert.

Seit damals hat die nordamerikanische Militärbasis in Guantánamo nur als Brennpunkt der politischen und militärischen Spannungen zwischen den beiden Ländern gedient, als Zentrum für Provokationen und Aggressionen gegenüber dem Territorium unseres Landes und gegen den Willen unseres Staates als Ausgangspunkt für zahlreiche Aggressionen und Provokationen in der ganzen Region.

Im Rahmen dieser Konferenz über Ausländische Militärbasen werden verschiedene cubanische Beiträge das Thema der Yankeebasis Guantánamo behandeln, und aus verschiedenen Blickwinkeln anklagen. Wir streben danach, daß eine Erklärung der Konferenz diesbezüglich verabschiedet wird und unsere nationale Forderung dadurch auch von der internationalen Solidarität unterstützt wird. ■

Cubanische Delegation in Göteborg Über 2.300 TeilnehmerInnen am Friedenslauf gegen Rassismus

Der seit mehreren Jahren durchgeführte "Fredsløppet" (Friedenslauf), als Manifestation gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, konnte am 14. September dieses Jahres über 2.300 aktive TeilnehmerInnen verzeichnen. Anwesend und an der Vorbereitung beteiligt war auch ein Elternpaar, deren 15-jähriger Junge vor 12 Monaten von Nazischlägern brutal zusammengeprügelt und schließlich ertränkt worden war.

arbeitet) teilen sich 50%, die andere Hälfte geht an ein palästinensisches Krankenhaus im Libanon.

Die cubanische Delegation umfaßte 2 Läufer und einige Begleiter, auch Asdrual de la Vega, Botschaftssekretär der Cubanischen Botschaft in Stockholm ★ war gekommen. Da unter den VeranstalterInnen auch Bundesvorstandsmitglieder der Schwedisch-Cubanischen Freundschaftsgesellschaft waren, konnten an diesem Wochenende neben dem offiziellen Programm auch Informationsgespräche zwischen diesen und den VertreterInnen von Netzwerk Cuba und FG BRD-Cuba stattfinden, in denen es u.a. um die für 1997 ins Auge gefaßte europä-



Startschuß

Cubanische Läufer: (1)468 und 1186

Auf der Zielgeraden

Fotos: M. Schweinesbein

Der Lauf selbst ist ein durchaus sportliches Ereignis, viele Kinder und Jugendliche starten in einem Dutzend verschiedenen Altersklassen. Der Kurs für die Kleinsten ist 1,2 km lang, die Größeren laufen 2,2 oder 3,4 km, die Erwachsenen können zwischen 5 und 10 km wählen. Die Zeiten werden genau gemessen und für die ersten SiegerInnen ihrer jeweiligen Klasse gibt es Anerkennungspreise. Da die LäuferInnen meist mit der ganzen Familie dort erschienen sind, wimmelt es im zentralen Park Göteborgs, wo sich Start und Ziel, Informationsstände linker Organisationen (gesehen u.a.: Schwedisch-Cubanische Freundschaftsgesellschaft) sowie Verpflegungszelte befinden, nur so von Menschen. Während der Läufe gibt der Sportmoderator nicht nur die einzelnen Ergebnisse bekannt, sondern spricht beiläufig auch immer wieder den politischen Charakter des Friedenslaufes an.

Dieser kommt auch in einem Solidaritätsmarsch zum Ausdruck, an dem sich auch nicht (mehr) ganz so Sportliche beteiligen können und der mit Transparenten und den Fahnen der internationalen Delegationen als bunter Demonstrationzug auf einer eigenen Route stattfindet.

Veranstalter des "Fredsløppet" ist "Proletären FF", ein Sportverein Göteborgs, der, seinem Namen entsprechend, den roten Stern mit Hammer und Sichel in der Vereinsfahne trägt [und mit der KPML(r) Schwedens, als kommunistische Partei immerhin zweitstärkste Kraft in einzelnen Kommunalparlamenten, eng verbunden ist]. Seit seiner Gründung 1972 hat sich

"Proletären" auch unter den übrigen Sportvereinen einen guten Namen gemacht, unter anderen deshalb, weil sich die mitgliederstarke Organisation auch die Interessen kleinerer Vereine vertritt, wenn es z.B. darum geht, staatlichen Streichungen bei der Sportförderung entgegenzutreten.

Seit einigen Jahren lädt "Proletären" auch internationale Gäste zum Friedenslauf ein. Anwesend waren in diesem Jahr VertreterInnen aus Cuba, der Westsahara, der PalästinenserInnen im Libanon, der Kurden, des ANC Südafrika, aus den Philippinen, aus der BRD, aus Polen, aus Belgien sowie Bergarbeitergewerkschafter aus Tuzla in Bosnien. Letztere hatten im Vorjahr die Einnahmen aus den Startgeldern für ein humanitäres Projekt gespendet bekommen. Begünstigte in diesem Jahr: Das Kurdische Rote Kreuz und die Kurdistan-Solidarität (die in Schweden

weite Aktion ging, die in Offenburg beim Bundestreffen der Cubasolidarität diskutiert worden war.

Die Idee des Friedenslaufes konnte so bereits in andere Länder getragen werden: 1996/97 finden ähnliche Läufe statt in Cuba, Frankreich, Nordkorea, Palästina, Polen und Westsahara. So wird 1997 erstmals auch in Belgien der Startschuß fallen. Bereits zur Vorbereitung kommt aus Cuba voraussichtlich die weltbekannte Läuferin Ana Fidelia Quirot, die die flämischen und wallonischen Studentenorganisationen, die diese Veranstaltung durchführen, unterstützen wird.

In einer abschließenden Konferenz nahmen alle anwesenden Delegationen vor allem dazu Stellung, welche Möglichkeiten sie in ihren Ländern sehen, konkret für eine aktive Friedenspolitik einzutreten, die sich auch dem Rassismus entgegenstellt. Die Verbreiterung dieser Bewegung wurde als gemeinsames Anliegen gesehen und die Durchführung von "Friedensläufen" in verschiedenster Art und Weise hat sich als probates Mittel dazu erwiesen. Blicke die Frage, ob es nicht auch für unser Land eine wirkungsvolle Aktionsform sein könnte, in die Sportvereine, Jugendverbände und andere Organisationen des demokratischen Spektrums einbezogen werden könnten.



Die internationalen Gäste kurz vor der Abreise. »2. Reihe links: Die Compañeros aus Cuba

Foto: Martin Österlein

Vor Clintons zweiter Amtszeit

Ein Blick nach vorn und zurück

Für wen sollte man stimmen? Die Wahlentscheidung war unter ehrlichen Linken sehr umstritten. Es war klar, für Bob Dole nicht, ebensowenig für Ross Perot, den kleinen Milliardär aus Texas. Aber Bill Clinton? Man mußte ein sehr gutes Verdauungssystem haben, wenn man den schlucken wollte!

Und doch plädierten viele Linke, das Kreuzchen wieder beim "kleineren Übel" zu malen - oder vielmehr das entsprechende Hebelchen runterzudrücken, dann Wählen geschieht in den USA fast überall per "Wahlmaschine". Meine Finger rebellierten dagegen genau wie mein Magen, zumal es recht früh deutlich wurde, daß mit oder ohne meine Stimme Clinton gewinnen würde. Doles etwas grimmiges Naturell zog gar nicht, sowenig wie seine "Redekunst": ein Kolumnist übertrieb nur wenig, als er klagte: "... wenn er nur wenigstens einen Satz mit Subjekt und Prädikat hätte sprechen können!"

Doles einzige Hoffnung lag in den Skandalen um Clinton, wovon es zur Auswahl eine Menge gab. Doch seine und Hillarys Finanzmanipulationen, als sie in der Gouverneursresidenz in Arkansas wohnten, waren zwar anrühlich, doch derart kompliziert, daß keiner sie durchschaute. Ja, unehrlich waren sie bestimmt, aber das, dachten viele Wähler, wären schließlich die meisten Politiker, Dole gewiß auch. Wenn man danach ging ...!

Und die immer wieder vorgekauften Sex-Skandalchen mit Bill Clintons rumgeilen Flittchen? Nun, gewiß war was dran, glaubten viele. Aber wenn man Präsidenten nach strengem Moralkodex in Sexualfragen immer entlassen müßte, da hätte die USA-Geschichte ganz anders ausgesehen. Eine Wahl im vorigen Jahrhundert wurde von dem Reim mitbestimmt: "Sag mal, Bubi, wo ist dein Papa? - Er sitzt im Weißen Haus, Hahaha!" In einem Fall hieß es, der Präsident hätte seine Frau geheiratet, als sie noch nicht geschieden war - also Bigamie! Was gar zu Duellen führte! Sogar der fast heilige Franklin Roosevelt .. aber genug von dem Quatsch!

Wichtiger wohl der Vorwurf, wenige Wochen vor dem Ende des Wahlkampfes: die Demokratische Partei hätte große Summen von schwerreichen Wirtschaftsvertretern aus Indonesien und Taiwan angenommen, mit vermuteten Rückschlüssen auf Clintons Außenpolitik. Hier

konnten die Dole-Leute noch auf Anti-Ausländergefühle bauen (wie man das von viel näheren Wahlkämpfen kennt), doch angesichts der eigenen schmierigen Geldquellen (wie etwa der riesigen Tabaktrusts) mußten sie ihre Vorwürfe sehr vorsichtig formulieren.

Solche krummen Sachen kosteten Clinton Stimmen, konnten Dole aber nicht viel helfen. Was eher Magenverstimmung verursachte, waren Clintons politische Entscheidungen. Oft galten sie als Kompromisse, Versuche, den Wind aus Republikanischen Segeln zu nehmen, um die sogenannten Mittelschichten ja nicht wieder an Dole zu verlieren, wie sie frühere Demokratische Kandidaten an Nixon, Reagan und Bush verloren hatten. Um die ärmeren Schichten brauchte er sich wenig zu kümmern, glaubte Clinton, die wären sowieso sicher; das war die Strategie seine Wahlberaters Dick Morris, der wegen des eigenen Sex-Skandals den Hut (und wohl die Hose) schon im August nehmen mußte - nachdem er die Richtung mitbestimmt hatte. Doch mit Kompromissen ist es so eine Sache: manchmal biegt man sich derart nach hinten, daß man schon rückwärts läuft - oder hinfällt. Clinton selbst ist nicht hingefallen, doch motivierte er so wenig Stimmen, daß es die Demokraten nicht schafften, genügend Senatoren- und Abgeordnetensitze wiederzugewinnen, um die Änderung des negativen Sitzverhältnisses im Kongreß zu erreichen. Die Differenz zu den Republikanern haben sie im Repräsentantenhaus verringert, doch nicht genug. Im Senat stehen sie noch ein wenig schlechter da als zuvor.

Die Clinton-Befürworter unter den Linken meinten vor der Wahl: würde er verlieren, könnte es viel schlimmer werden mit den Medicare (ärztliche Versicherung für Rentner), den Wohlfahrtsgesetzen, der Abtreibungsregelung, Umweltfragen, Rassismus, Einwanderergesetzen und vielem mehr. Die wahrscheinlich neu zu ernennenden Richter am Obersten Gerichtshof - das sind lebenslange Posten - würden wieder ganz rechts stehen, wobei



wichtige Entscheidungen zu erwarten sind und der Gerichtshof jetzt schon sehr rechtslastig. Doch Clinton hat schon Richter ernannt, die keinesfalls als fortschrittlich auffallen, er hat mehrere der ohnehin nicht zahlreichen guten Leute aus der Regierung gefeuert, weil sie von rechts angeschossen wurden. Er unterschrieb einige Horrorgesetze, die einfach unverzeihlich sind. Die "Welfare Reform", ein Gesetz über Fürsorge, die nach einer gewissen Zeit arbeitslose Mütter von aller Hilfe ausschließen kann und kranke Kinder in vielen Fällen ausschließt, das Verbrechensgesetz, das mehr Eingekerkerte, mehr Gefängnisse und mehr Todesstrafen vorsieht, bei einem erschweren, bisweilen unerreichbaren Revisionsverfahren für Menschen, deren Todesstrafe öfters auf schwachen, häufig rassistischen Füßen steht - das waren wohl die schlimmsten "Kompromisse" mit den Republikanern.

Und außenpolitisch? Stark setzte er sich für das Nordamerikanische Freihandelsabkommen oder NAFTA ein, das schon die Beschäftigung vieler US-Arbeiter kostete und zugleich die Wirtschaft Mexicos ruinierte.

Und erst das Helms-Burton-Gesetz, nicht mehr nur gegen Cuba, sondern gegen alle Firmen der Welt, die mit Cuba Handel treiben wollen! Ein völkerrechtswidriges, rachedurstiges Gesetz, von den rückständigsten Republikanern ausgeheckt und deshalb von Clinton unterschrieben, um die reaktionären Exilcubaner - und dadurch die Wahlmänner - der wichtigen Bundesstaaten New Jersey und vor allem Florida zu gewinnen.

Gewiß, anders als die offizielle Position der Republikanischen Partei, befürwortete er immer das Recht auf Abtreibung; Clinton wußte, daß ihm dadurch die

Mehrheit der Frauenstimmen zukäme und fürchtete weniger die sowieso pro-Republikanischen Kräfte der Fundamentalisten. (Es waren auch die Frauenstimmen, die ihm den Sieg ermöglichten!) Er hat es vermieden, die blutrünstigsten "Sparpaket"-Pläne der Republikaner gutzuheißen, die staatliche, verbilligte medizinische Sorge für Rentner und Mittellose anzugreifen, wie es etliche Republikaner taten. (Doch von einem richtigen nationalen Versicherungssystem ist er längst durch "Kompromisse abgegangen. Also wieder umgekippt.)

Nein, ganz so wie Tweedledum und Tweedledee, die streitsüchtigen, doch eineiigen Zwillinge aus "Alice im Wunderland" sind die zwei Parteien nicht. Es gab schon Unterschiede. Doch waren sie stark genug, um eine Wahlstimme zu verdienen?

Linken und Liberalen, die für Clinton plädierten (übrigens gute, besorgte Menschen, auch manchmal gute Freunde), meinten, wenn er einmal gewählt wird, da braucht er keine Kompromisse mehr mit den Rechten einzugehen, er darf ja sowieso nicht ein drittes Mal gewählt werden, also wird er manchen Horror gegen die ärmsten Amerikaner bald korrigieren. Nur abwarten, meinten sie.

Wir warten! Seine neue Amtszeit beginnt erst am 20. Januar. Doch die ersten Anzeichen deuten nicht auf einen geläuterten Präsidenten. Wer Madeleine Albright zur Secretary of State macht (Außenministerin) bekommt vielleicht ein paar Pluspunkte als Feministinnenfreund - die Albright ist zwar keine Feministin, aber wenigstens eine Frau, die erste in diesem Posten. Doch wer sich an die Frau erinnert, die ebenso "iron lady" genannt wurde, weiß, wie wenig das bedeuten kann. Albright war es, die den Beschluß vorantrieb, Bomben auf Serbisch-Bosnien zu werfen, wobei bis heute nicht eindeutig klar ist, wer die mörderischen Raketen auf den Marktplatz in Sarajevo feuerte, die den Anlaß (oder das Alibi) für die Angriffe lieferten. Sie war besonders hart im Angriff gegen Boutros Boutros-Ghali, wie die Republikaner forderten - ein Musterbeispiel an Unverfrorenheit, wenn der allgrößte Geldschuldner der UNO sagt, Boutros Ghali hätte die Finanzen nicht sparsam geführt.

Clinton ernannte W. Anthony Lake, seinen bisherigen Sicherheitsberater, zum neuen Chef der CIA. Lake war Architekt der Geheimpraxis, gegen das Waffenverbot der Vereinten Nationen Waffenlieferungen aus dem ansonsten verteuerten Iran, über Kroatien an die muslimische Regierung Bosniens zu leiten. Da er dies

nicht nur vor der UNO, sondern vor dem Kongreß und sogar der CIA geheimhielt, könnte er Ärger bei der Amtsbestätigung im Senat bekommen.

Als ob Clintons Politik allein nicht zweifelhaft genug wäre, seine schwachen Positionen, kaum anders als die der Republikaner in vielen Bereichen, bedeuteten eine der langweiligsten Wahlkampagnen der Geschichte. Weniger Amerikaner denn je gingen zur Wahl, seit 1924 gab es keine so geringe Wahlbeteiligung von

leicht mit 75% der Stimmen; Jesse Helms behält den Vorsitz des mächtigen Außenpolitischen Ausschusses des Senats, da er in North-Carolina wieder siegte, nicht stark (53%), doch ausreichend. Um noch einen Wermutstropfen hinzuzufügen, Toricelli, bisheriger Abgeordneter und berüchtigt wegen seines Embargo-Gesetzes gegen Cuba, wird nun Senator von New Jersey (ebenfalls 53%), was mehr Gewicht hat (und zwar als Demokrat, nicht als Republikaner). Man muß also Schlimmes fürchten.

Wenn ein Tiroler als Demokrat gewählt wird (und ein Clinton), muß gefragt werden: gab es denn keine andern Parteien?

Doch. Auch abgesehen von Perot, gab es 19 unabhängige Kandidaten oder kleine Parteien, sogar eine Vegetarische und eine Recht-auf-Leben-Partei (für ein Abtreibungsverbot). Manche schafften es nur in wenigen Bundesstaaten, auf die Wahlliste zu kommen, wie etwa die Workers World Party, eine linke Partei mit sehr revolutionärem Vokabular (und sehr aktiv bei der Cuba-Solidarität), doch zu sektiererisch für die meisten

Linken. Weder die Kommunistische Partei noch ihr gemäßigter Abspalter, die Committees of Correspondence, stellten Präsidentschaftskandidaten auf.

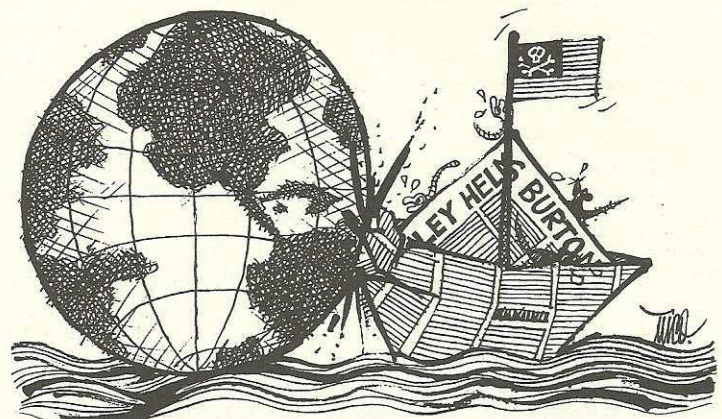
Die Unabhängigen und Kleinparteien erhielten zusammen etwa 1,3 Millionen Stimmen, ungefähr zwei Prozent der Gesamtzahl. Die größte davon, mit 385.000 Stimmen, war eine konservative Gruppierung, die Libertarian Party, die gegen eine zentrale Regierung polemisiert. Die drittgrößte, die Steuerzahlerpartei (157.000), baut auf dem verbreiteten Ärger dieser großen Volksgruppe.

Die zweitgrößte, die Grüne Partei, bekam 379.000 Stimmen; sie war und ist weitaus mehr als nur eine Umweltpartei, teilweise wegen des allen Amerikanern bekannten Mannes, der ihr Kandidat war:



weniger als 50% der Wahlberechtigten - das half den Republikanern bei den Kongreßwahlen. Es sind immer die ärmeren Leute, die zuerst Wahlabstinenz üben, weil sie zu viele andere Tagessorgen haben, oder weil sie keinen zwingenden Grund erkennen, für den einen oder andern Kandidaten zu stimmen. Durch die schlechte Zusammensetzung des Kongresses also und Clintons versöhnlerische Pläne, gibt es wenig Hoffnung auf Besserung.

Was die Cuba-Politik betrifft, so ist es zu früh, um zu wissen, ob Clinton trotz Weltopposition auf der Durchführung des Helms-Burton-Gesetzes besteht. Es scheint, daß der US-Druck schon eingesetzt wird, um diese Opposition zu spalten und zu schwächen. Abgeordneter Dan Burton gewann die Wiederwahl in Indiana



Ralph Nader. Schon als sehr junger Mann in den 60er Jahren begann sein Kampf gegen die großen Industrien, vor allem die Autofirmen, wegen ihrer kundenfeindlichen, umweltfeindlichen und oft direkt gefährlichen Produkte. Der erste Feind war General Motors: Nader

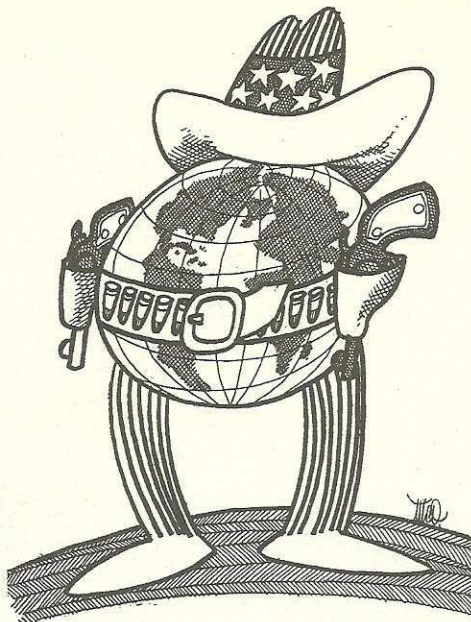
wies nach (Leute in den Werken lieferten ihm Material darüber), daß einer ihrer Wagen besonders gefährlich war. Er mobilisierte eine Kampagne, die ein Verkehrs- und KFZ-Sicherheitsgesetz durchbrachte. Ein GM-Agent gab zu, er hätte den Auftrag bekommen, "etwas ... gegen diesen Kerl irgendwo zu finden ... Nimm ihn uns aus den Haaren ... bring ihn zum Schweigen. Frauen wurden auf ihn angesetzt, sein Lebenslauf durchgekämmt - doch Nader war Mr. Clean; es gab nichts, und in einer Klage gewann er 280.000 \$ Schadenersatz wegen dieser Methoden. Er kämpfte gegen die Fleischindustrie, die Papiermühlen, Banken und Kreditverleiher ... und bekam eine Reihe von Schutzgesetzen durch. Geholfen wurde ihm von einem Team von Anwälten, unterbezahlt, ausgebeutet, doch freiwillig dabei, zumal er selbst auch auf alles verzichtete und bescheiden lebte, wie ein Eremit. Sie hießen "Naders Raiders".

Nun, endlich willigte er 1996 ein, Präsidentschaftskandidat zu werden. Er war der Kandidat gegen die großen Monopole und die Regierungsbürokraten, die mit ihnen kollaborierten. Doch Nader war eben streng bis zur Exzentrizität und lehnte es ab, eine große Wahlkampagne zu führen. Er sagte, 5.000 Dollar reiche für die Kampagne, sie müsse sowieso von der Basis geführt werden. Dabei blieb er - nur wenige Reden, keine Wahlpropaganda - und erhielt also nur die etwa 380.000 Stimmen.

Einige andere Parteien kandidierten gar nicht. Eine heißt die New Party, eine fortschrittliche Gruppe, die auf Lokalkandidaten setzt, bevor sie größere Schritte unternimmt. Die neue Workers' Party wurde von Vertretern einer Anzahl kämpferischer, zum Teil noch links-tradierter Gewerkschaften gegründet, die weg von der Abhängigkeit von den Demokraten wollten. Es war eine streitbare, potentiell wichtige Tagung; nur beschlossen auch sie - gegen manchen Widerstand - mit eigenen Kandidaten zu warten.

Die sogenannten "Dritten Parteien" haben eine lange Geschichte in den USA. Immer wieder versuchten systemunzufriedene Wähler, aus dem Zweiparteienkosett auszubrechen. Doch nur eine hat es jemals geschafft: die damals junge, Republikanische Anti-Sklaverei-Partei 1860 mit Abraham Lincoln.

James Weaver von der Volkspartei (den "Populisten") bekam 1892 mehr als eine Million Stimmen, der große Sozialist Eugene Debs erhielt 1920, nach zwei Versuchen, fast eine Million, obwohl er wegen Protests gegen die Beteiligung am Ersten Weltkrieg im Gefängnis saß. 1924 beka-



men La Follette und seine Progressive Party 4,8 Millionen, Henry Wallace und eine neue Progressive Party erhielten 1948 nur enttäuschende 1,1 Millionen Stimmen.

Es gab mehrere Gründe für das Mißlingen. Erstens, wenn sie echt fortschrittlich waren, hatten sie das ganze Geld und die Medien gegen sich. Zweitens, es war sehr schwierig, die verschiedenen Protestgruppen zu einigen, vor allem die äußerst wichtigen, sich auch überschneidenden Gruppen der organisierten Arbeiter und der Afroamerikaner und anderer Minderheiten. Schließlich die Tatsache, daß, wenn fortschrittliche Politiker ein Amt gewinnen, es immer Demokraten sind. Sie haben dann die bekannteren Namen, die zu einer neuen Partei nötig sind. Doch gerade sie fürchten, die gewonnenen Ämter zu riskieren (und wahrscheinlich zu verlieren), zugunsten einer neuen Partei, die zunächst kaum Chancen hat. Sie bleiben lieber beiden Demokraten. Zur Zeit gibt es nur einen einzigen Kongreßabgeordneten in Washington, Bernard Sanders aus Vermont, der weder Republikaner noch Demokrat ist.

Es wächst schnell eine Stimmung gegen die beiden alten Parteien, die viele Amerikaner von der Wahl abhält, und die auch Perot benutzt, oder eigentlich mißbraucht hat.

Es ist wichtig zu vermerken, daß manche dramatischen Kämpfe um den Kongreß auch diesmal von fortschrittlichen DemokratInnen gewonnen wurden. Die Afroamerikanerin Cynthia McKinney in Georgia (neben Newt Gingrichs Wahlbezirk) hatte einen harten Kampf, zumal nur ein Drittel der Wähler in ihrem neuen Wahlbezirk Afroamerikaner waren, viele weiße Wähler dafür für die Republikaner gestimmt hatten. Doch durch eine Mitarbeit vieler Frauen, schwarzer und weißer, armer und wohlhabender, gewann sie mit 58 Prozent der Stimmen.

Der Mann von Carolyn McCarthy von Long Island (New York) wurde vor einigen Jahren getötet, der Sohn

schwer verletzt (er ist seitdem behindert) durch den Amoklauf eines Mannes in einem Pendelzug. Sie zog nicht die, von vielen Medien verbreitete, Schlußfolgerung - härtere Strafen gegen die Täter - sondern die, daß die echten Täter die Hersteller und Verkäufer von mörderischen Waffen wären, obwohl sie wissen, wie gefährlich sie sind. Auch sie siegte mit 57 Prozent.

Es gab ähnliche Fälle auch anderswo; wo richtig gekämpft wurde, konnte durchaus gewonnen werden. Auch Jesse Jackson junior, der Sohn des bekannten Pfarrers und Politikers, bekam einen Abgeordnetensitz in Chicago - mit gar 94 Prozent des meist afroamerikanischen Wahlbezirks.

Interessant war, daß seit der Wahl eine neuen Vorsitzenden des AFL-CIO Verbandes, John Sweeney, zwar nicht der Ideale, doch der Beste seit Jahrzehnten, eine Kampf Stimmung entstand, die sehr wirksam war, wo sie eingesetzt wurde.

Die Frage bleibt: können sich die relativ wenigen Abgeordneten der Demokratischen Partei, die von Big Business unabhängig sind, und die verzettelten Kräfte in mehreren kleinen Parteien, vor allem aber die verschiedenen - oft recht unzufriedenen - Gruppen in den USA, Afroamerikaner, Arbeiter, Latinos, viele Frauen, Umweltschützer, Schwule, Lesben, die alten Linken, sich einmal zusammenfinden, um die Opportunisten der beiden alten Parteien scharf zu bedrängen und vielleicht einmal zu ersetzen?

Diese Schlüsselfrage, die seit Jahren nicht positiv zu beantworten war, bleibt heute noch offen.

Bill Rogers



Karikaturen: Tricontinental 134

Ehrungen bei einer Frankreich-Spanien-Reise

Nach steilem, serpentinenreichem Aufstieg hielt der Bus hoch oben in den südfranzösischen Gevennen. Unweit einer einfachen Herberge, mit Ausblick auf weite Berggipfel, stand eine mannshohe Stele. Der Text war französisch, die meisten der etwa fünfzig Namen darauf waren deutsch. Die Jahreszahlen waren Kriegsjahre, doch handelte es sich um Männer, Partisanen, die im Zweiten Weltkrieg nicht als, sondern gegen die Besatzer kämpften. Viele starben dabei in diesen Bergen.

Wir trafen mit älteren Franzosen zusammen; einer, der damals beide Beine verlor, war hier in den Bergen bis vor kurzem Bürgermeister. Er, wie die anderen, erinnerte sich an seine deutschen Kameraden, jene die fielen, und jene, die mit als die ersten in das befreite Toulouse zogen.

Was machte ein Bus aus Berlin in dieser entlegenen Gegend, und warum ehrte man die Partisanen mit Blumen und einer Schweigeminute? Anlaß für die Reise war der sechzigjährige Gründungstag der Internationalen Brigaden in Spanien.

Man hätte erwarten können, daß nur Achtzigjährige dabei sein würden. Doch alle Altersstufen waren vertreten. Die Jüngste, die aus ihrer 8. Klasse irgendwie beurlaubt wurde, kam mit ihrem Vater - und betrachtete bewegt den Namen des Großvaters auf der Stele. Es war nur ein Veteran des Spanienkriegs von 1936 - 1939 dabei, aber fünf, die im Zweiten Weltkrieg bei Anti-Hitler-Streitkräften kämpften und Söhne und Töchter der damaligen Soldaten. Andere waren Historiker oder solche, die jene Freiwilligen verehrten.

Neben Berlinern (aus allen Stadtteilen) waren einige aus Kamenz, Leipzig und Erfurt in den neuen Ländern und aus Oldenburg, Hannover und Frankfurt in den alten. Zuerst war ein wenig Scheu zwischen den Gruppen, doch die lange Fahrt von Berlin bis zum ersten längeren Halt in Besancon - sechzehn Stunden lang - schüttelte sie zusammen und ließ zunehmend erkennen, daß sie zusammengehörten. Das Plaudern des graubärtigen, doch trotzdem sehr jugendlichen Rolf aus Frankfurt/Main lockerte sehr die Atmosphäre. Er war es auch, der zwei antifaschistische Fahnen mitbrachte, die uns bei mehreren Feierlichkeiten flankierten.

So auch im südlichen Le Vernet. Dort, wo geflüchtete Spanienkämpfer, später deutsche Emigranten, Juden und Roma von den französischen Behörden eingesperrt und meist später der Gestapo übergeben wurden, wo Tausende von Menschen aus 50 Ländern um ihr Leben fürchteten, bleiben ein schlichte Denkmal und knapp hundert Gräber, mit Namen und Nationalität: spanisch, deutsch, italienisch, polnisch, russisch.

Andrée aus Berlin sagte einige Worte: ihre Eltern waren hier Gefangene, sie glaubt gar, daß sie hier in der Krankenbaracke, der einzigen privaten Stelle, gezeugt wurde. Sie war es auch, die zuerst Steinchen auf die Grabstätten legte, eine alte jüdische Sitte. Ringsherum waren Felder, Wald, eine Scheune. Antifaschisten in Toulouse sagten, hier entstehe bald ein Museum. Dafür wurden Bücher und Bilder überreicht.

Wir besuchten im nächsten Städtchen einen Stadtfriedhof. Der alte Alex Frank, der sonst, trotz seiner mehr als 80 Jahre, laut und klar übersetzte, erzählte endlich ein wenig von sich: Er war geborener Belgier. 1940, als die Nazitruppen einmarschierten, brachten er und seine Frau, beide mit Zwanzig, jüdische Kinder in Güterwaggons aus der unmittelbaren Gefahr nach Südfrankreich - zunächst in Ställe und Scheunen. Neunzig Kinder, zwischen 3 und 14, die es galt zu ernähren, zu kleiden, zu erziehen und vor allem, vor den Nazis zu schützen. Bei achtzig gelang es. Der Älteste ging zu den Partisanen und starb als 16jähriger im Kampf. "Er pflegte unsere Ziege," sagte Alex zärtlich, als er Blumen an die Stelle legte, wo der Name zu lesen war, "und war in Mathe sehr begabt."

Eine kleine Gruppe fuhr zu dem ähnlichen Lager in Gurs; hier sah Werner aus Berlin zum erstenmal das Grab seiner Mutter.

Die Reise bestand nicht nur aus Friedhofsehrungen. Wir bewunderten die Landschaft in Südfrankreich, vom Rhone-Tal bis zur Camargue, und faszinierende alte Städte wie Nîmes, Aigues-Mortes, Toulouse. Dort, nach dem Besuch des superben romanischen Domes, erblickten wir eine Gruppe von bunthaarigen, hundeliebenden Punks, genau wie auf der Rathausstraße in Berlin und in anderen deutschen Städten. Einige Protestdemonstrationen von bedrohten Arbeitern oder bedrückten Bauern erinnerten an heimatliche Probleme. Eine Demo hielt uns auf dem Weg nach Spanien auf; wir mußten den Besuch in der winzigen Bergrepublik Andorra verkürzen. Doch Ossis wie Wessis winkten aus den Busfenstern, als wir uns endlich vorbeischlängelten.

Nordspanien, genauer Katalonien, war warm und freundlich. Wir bewunderten das uralte Tarragona - noch stehen römische Stadtmauer und Amphitheater - und reisten weiter zum Ebro, wo die letzten großen Kämpfe in Spanien gewonnen - und dann doch verloren gingen, und wo unser Spanienveteran Helmut Huber von der Schlacht erzählte, wo er seinen besten Freund verlor.

Im November waren die Interbrigadisten nach Madrid eingeladen, um die einst versprochene Ehrenbürgerschaft Spaniens nun doch zu erhalten. Von 40.000 - 50.000 aus fast allen Ländern, die einmal Madrid und Barcelona vor Francos Faschisten und den Helfern, die Mussolini und Hitler ihm zuschickten, mit schützen wollten, leben noch etwa 400, davon fast 50 in den neuen und knapp 20 in den alten Ländern Deutschlands. Alle sind sie recht alt geworden; einige sollten es doch wieder nach Madrid schaffen.

Am Denkmal in Gandesa, das einst bitter umkämpft wurde, senkten wir wieder die Fahnen - eine davon hielt ein Mann, dessen

Vater und Mutter in Spanien gekämpft hatten. Die Tochter eines der ranghöchsten deutschen Spanienkämpfer an der Seite der Republik, Hans Kahle, legte einen Kranz nieder. Wir sprachen mit zwei älteren Frauen, die in der Nähe saßen. Eine zeigte im Gesicht die Narben von einer Maschinengewehrsalve, mit 15 war sie in die Kampfhandlungen geraten. Sie war bewegt über diese Ehrung von weit her, war bei ihren alten Ansichten geliebt und sang kurz denkehrreim eines Liedes von der Republik.

Die quirlige Großstadt Barcelona, mit ihren uralten Gäßchen und Kirchen, der eigenwilligen, modernistischen Architektur (von Gaudi und anderen), den Museen - hatten Wochen verdient; wir hatten Stunden. Doch auch in Barcelona besuchten wir, an der Seite des Stadtberges Montjuic (wo die Olympischen Spiele stattfanden), eine Gedenkstätte für Tausende von Menschen, die Francos Leute erschossen und in einen Steinbruch schaufelten. Hier ist das Grab des Deutschen Hans Beimler, jüdische Interbrigadisten wurden mit einem Denkmal geehrt, es gab Stelen für alle Todeslager, die vielleicht verhindert worden wären, wenn die Spanische Republik vor den Faschisten hätte gerettet werden können.

Alte Katalonier sagten traurig, daß junge Spanier kaum etwas von ihrer Geschichte erfahren.

Just dieses Problems wegen planten kurz vor der Heimreise einige Reiseteilnehmer mit Vertretern aus Frankreich (und einer Überlebenden der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" aus München) ein großes Treffen im März 1977 in der Europastadt Straßburg. Es soll die gemeinsamen Kämpfe von französischen und deutschen Antifaschisten behandeln und bekannt machen. Wenn es von den letzteren nicht allzu viele gab, bewiesen sie doch durch ihren Mut, wie Deutsche auch damals für eine gute Sache kämpfen konnten. Mein Zimmerkamerad aus Berlin, ein ruhiger, abgewickelter Ingenieur, erwähnte nur kurz: Auch seine Eltern saßen jahrelang im Lager und Zuchthaus, weil sie Hitler bekämpft hatten.

Auf der Heimreise redeten alle, nun gute Freunde, weniger von vergangenen Fehlern, als von der Notwendigkeit, zu verhindern, daß Haß gegen Juden, Roma, Türken, Kurden oder Andersdenkende wieder zu Tragödien und Katastrophen führt. Wir fuhren ja an den großen Büros des rassistischen Le Pen vorbei! Die Ernst Busch Spanienlieder - auf der Hinreise nur Hintergrundmusik - wurden nun, leise oder laut, mitgesummt und mitgesungen.

Eine Reise der etwas anderen Art

Eigentlich hatten wir das Gefühl, daß die Zeit der Reisen nun erstmal vorbei sei. Ich studierte in Gießen im 7. Semester Medizin, Steffi in Marburg Soziologie und vor zwei Monaten hatte unsere Tochter das Licht dieser Welt erblickt. Die Nicaragua-Solidarität hatte uns die Jahre zuvor immer wieder nach Mittelamerika geführt, wo wir in verschiedensten Projekten gearbeitet hatten. Nun sollte sich unser Leben also gründlich ändern. Das war Ende 1995 und ohne so recht daran zu glauben, schrieb ich einen Brief an die Geschäftsstelle der FG nach Köln, um nach der Möglichkeit eines Arbeitsaufenthaltes in einem kubanischen Krankenhaus zu fragen. Nicht ohne zu erwähnen, daß ich mit Frau und kleinem Kind reisen wollte. Das Abenteuer begann!

Nach einigem hin und her, diversen Schriftwechseln und vielen Telefongesprächen signalisierte das cubanische Institut für Völkerfreundschaft grünes Licht. Uns war mulmig. Pauline würde in den Sommersemesterferien gerade mal elf Monate alt sein, sollten wir unser Kind und uns den Unwägbarkeiten einer solchen Reise aussetzen? Die Flüge waren schon im April gebucht worden, aber die Entscheidung fiel dann doch erst ein paar Tage vor dem Abflug: Wir machen es.

Mit einem großen Sack Windeln und Milchpulver kamen wir Anfang September in Havanna am Flughafen an. Ein Gießener Freund von uns war schon einige Wochen vor uns zu einem einjährigen Studienaufenthalt nach Cuba aufgebrochen. Über eine Nummer, die mir seine Frau gegeben hatte, schickte ich ein Fax nach Havanna mit der Bitte, uns am Flughafen abzuholen und eventuell ein Quartier zu organisieren. Da ich nicht wußte, wo sich das Faxgerät befand, schrieb ich ein paar Zeilen auf Spanisch dazu, in dem ich die solidarischen Grüße unserer DKP-Kreisorganisation übermittelte. Nun, jenes Fax befand sich in der Nationalleitung des



Pauline und ihre neuen Freunde
Foto: J. Hambruch

Komitees zur Verteidigung der Revolution, deren erster Sekretär es sich nicht nehmen ließ, uns am Flughafen in Empfang zu nehmen. Herzlicher hätte eine Begrüßung kaum ausfallen können. Natürlich konnten wir die Bitte, in seiner Wohnung im fünften Stock eines Hochhauses in Centro Habana zu übernachten, nicht abschlagen. Fernando hatte fünf Jahre als Mitarbeiter der cubanischen Botschaft in der DDR gearbeitet und freute sich sehr, deutsche Kommunisten bei sich aufnehmen zu kön-

nen. Pauline spielte mit seinen beiden kleinen Kindern, und mit Rum und vielen Diskussionen ging unser erster Tag in Cuba zu Ende.

Das befürchtete Transportproblem löste sich am nächsten Tag auch wie von selbst, Fernando brachte uns am Nachmittag mit seinem Lada in das gut zweihundert Kilometer entfernte Pinar del Rio. Dort wurden wir schon vom Leiter des ICAP, Francisco Pando, in Empfang genommen. Ebenfalls zur Stelle war Dr. Reinaldo Menendez Garcia, Direktor des größten Krankenhauses für Gynäkologie und Geburtshilfe in Pinar del Rio, Cubas westlichster Provinz. Eine Unterkunft für uns war bereits organisiert, am nächsten Tag sollte meine Arbeit im Krankenhaus "Justo Legon Padilla" beginnen.

Alldieweil hatte man aus unserer Wohnung ein Lebensmittellager gemacht. Wir müssen den Eindruck großer Esser gemacht haben, denn die Genossen brachten säckeweise Reis und Bohnen, und, da wir ja nun Deutsche sind, riesige Mengen Kartoffeln. Mein Hinweis, wir wollten ja nur vier Wochen und nicht vier Jahre bleiben, wurde mit einem Lächeln quittiert.

Überhaupt gehört die Wärme, die Herzlichkeit und Freundlichkeit und die Sorge um unser Wohl zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der kommenden Wochen, die sich mit den großartigen Errungenschaften des cubanischen Sozialismus zu einer unvergeßlichen Erfahrung mischten. Morgens um halb acht sollte mich der Wagen des Krankenhauses, das gut drei Kilometer von unserer Wohnung entfernt war, abholen. In Anbetracht der Treibstoffknappheit habe ich es vorgezogen, zu Fuß zur Arbeit zu gehen, was mir jeden Morgen Eindrücke der erwachenden Stadt bescherte. Kinder in Schuluniformen auf dem Weg zum Unterricht, Arbeiter auf dem Weg in ihre Betriebe, Alltag in Cuba eben.

Nachdem ich auf der allmorgendlichen Versammlung der Ärzte und leitenden Schwestern vorgestellt worden bin, wurde ich sogleich in das Krankenhausleben integriert. 270 Betten hat das Haus, insgesamt etwa 500 Beschäftigte kümmern sich um das Wohl der Patienten, darunter ca. 90 Ärzte. 5800 Geburten pro Jahr bei einer europäisch anmutenden Säuglingssterblichkeit von 4,8 auf tausend Lebendgebo-



Neugeborenes - »piel a piel«
Foto: J. Hambruch

rene zeichnen das Hospital aus. Genau wie meine cubanischen Kommilitonen auch, untersuchte ich Patientinnen, nahm an den Visiten teil, arbeitete im OP und durchlief so alle Stationen in "La Maternidad", wie das Haus von der Bevölkerung genannt wird. Dabei fiel mir einerseits die hohe wissenschaftliche Qualifikation der Gesundheitsarbeiter auf, andererseits der partnerschaftliche Umgang zwischen Ärzten, Schwestern und Studenten, der recht wenig an unsere hierarchische Ordnung erinnert. Alle ziehen an einem Strang, und wichtiger Bestandteil der morgendlichen Treffen ist die peinlich genaue Auswertung der Statistik des Hauses, um eventuelle Fehlentwicklungen gleich zu erkennen und beseitigen zu können.

Natürlich spürt man an allen Ecken und Enden die schwierige ökonomische Lage Cubas, und der Besucher fragt sich erstaunt, wie die Menschen hier sechs Jahre nach dem Ende des sozialistischen Weltsystems, unter den Bedingungen der unmenschlichen USA - Blockade, die nicht einmal die Einfuhr einer Aspirin erlaubt, diese Leistungen bringen. Gummihandschuhe, bei uns zum einmaligen Gebrauch bestimmt, werden sterilisiert, getrocknet und wiederverwendet. Der Mangel ist allgegenwärtig, und dennoch liegt die Lebenserwartung der Cubaner bei Geburt heute bei 76 Jahren, einmalig in Lateinamerika.

Ganz besonders deutlich war für mich der Eindruck in der Neonatologie des Hauses, der Frühgeborenenstation. Mit dreißig alten, aber gut in Schuß gehaltenen Inkubatoren kämpft hier Dr. Ramon Acosta mit seinem Team um das Leben

lateinamerika

USA lehrten Lateinamerika das Foltern



Pentagon bestätigt: Lateinamerikanische Militärs sind bis zum Jahr 1991 auf einer Armeeschule der USA darin unterrichtet worden, wie sie mit Einschüchterungen, Folter und Hinrichtungen gegen Guerilleros vorgehen können (1).

Die US-Armee hat die Militärs Lateinamerikas in den achtziger Jahren systematisch für Folterungen und Exekutionen ausgebildet. Was seinerzeit, zur Zeit der Guerillakriege, stets dementiert wurde, hat jetzt das Pentagon offiziell bestätigt: Sieben spanischsprachige Ausbildungshandbücher, nach denen die Militärschule »School of the Americas« von 1982 bis 1991 Offiziere ausbildete, gaben Anweisungen, wie bei der Bekämpfung linker Guerilleros »Einschüchterung, Kopfgelder für tote Feinde, Schläge, Inhaftierungen, Exekutionen und Wahrheitsdrogen« helfen sollten.

Die School of the Americas hat seit 1946 fast 60.000 Polizei- und Armeeeoffiziere aus ganz Amerika ausgebildet. Bis 1984 geschah das in der US-kontrollierten Panamakanalzone; anschließend wurde die Ausbildung nach Fort Benning im US-Staat Georgia verlegt. Zu den berüchtigtsten Absolventen zählen der Gründer der Todesschwadronen von El Salvador, Roberto D'Abuisson, 19 salvadorianische Soldaten, die 1989 an der Ermordung von sechs Jesuitenpatres beteiligt waren, und General Antonio Noriega, der von den USA durch eine Invasion gestürzte Staatsschef Panamas.

Ein Pentagonsprecher gab am 20. September die Existenz der Mordanleitungen zu - »Das Problem wurde 1992 entdeckt, ordnungsgemäß gemeldet und gelöst«, sagte der Oberstleutnant. Anschließend sei das Curriculum verändert und um ein »Pflichttraining zu Menschenrechten« erweitert worden.

So ganz überrascht kann das Pentagon allerdings 1992 von der Existenz dieser Handbücher nicht gewesen sein: Jahre zuvor, während des Kriegs der Contras in Nicaragua, war bereits ein Exemplar von den Sandinisten erbeutet und in der lokalen Presse im Faksimile abgedruckt worden. Eher richtig ist wohl, daß 1992 die Guerillakriege in dieser Region vorüber waren und man die Handbücher nicht



ABC-Schützen in der neuen Schuluniform

Foto: J. Hambruch

eines jeden Frühchens. Frühgeborene mit weniger als 700 Gramm der 26. Woche werden hier gerettet. Die cubanischen Ärzte liegen mit diesen Erfolgen nur knapp unter den Werten führender Industrienationen, und das unter den vom USA - Imperialismus diktierten, schwierigen Bedingungen.

Selbstredend, daß hier niemand für die Leistungen des staatlichen Gesundheitswesens auch nur einen Peso bezahlen muß.

Hinzu kommt ein hervorragendes System der Aufklärung und Prävention. In einer allgegenwärtigen Kampagne werden junge Mütter dazu angehalten, ihre Kinder mindestens die ersten vier Lebensmonate voll zu stillen. Gleich nach der Geburt wird das Neugeborene zum erstenmal an die mütterliche Brust gelegt und bleibt auch die ganze Zeit über bei der Mutter, ein Programm, das die Cubaner »Piel a Piel«, Haut zu Haut, nennen. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse über die Kindesentwicklung der ersten Lebensmonate fließen hier in die Alltagspraxis ein. Das Krankenhaus hat die Auszeichnung »Freund von Mutter und Kind« erhalten, die die WHO weltweit nur wenigen Häusern bislang verliehen hat.

Wie im Flug verging die Zeit, die letzten Tage konnte ich im Kreißsaal arbeiten und dem ein oder anderen cubanischen Kind auf die Welt helfen. Für das, was ich in

Cuba in der kurzen Zeit lernen konnte, würde ich hier Monate brauchen, eine Erfahrung, die sehr nützlich sein wird.

Pauline feierte zwischenzeitlich ihren ersten Geburtstag in Cuba. Mit einer riesigen Torte und Besuch aus der Nachbarschaft und dem Krankenhaus wurde sie überrascht. Unsere anfänglichen Bedenken, mit unserm kleinen Kind ein fremdes, weit entferntes Land zu besuchen, hatten sich bald in Luft aufgelöst. Cuba ist ein kinderfreundliches Land, und bis auf einen Tag Durchfall, der unsere Freunde sofort in Angst und Schrecken versetzte, ging es ihr hier fast besser als zu Haus.

Die Gießener Gruppe der Freundschaftsgesellschaft wird das Krankenhaus »Justo Legon Padilla« und seine Mitarbeiter im Kampf um die bestmögliche gesundheitliche Versorgung der Menschen weiter begleiten und unterstützen. Auf unsere Einladung zusammen mit dem Bundesvorstand der FG wird Direktor Reinaldo Menendez im nächsten Jahr nach Deutschland kommen und über die Lage Cubas und sein Gesundheitswesen berichten.

Ich habe eine Diavortrag über die Reise in Gießen gehalten, wer auch daran interessiert ist, möge sich bei der Geschäftsstelle melden oder direkt bei mir.

Jan Hambruch, Tel.06409-6459

Spanisch lernen - Cuba kennenlernen

Sprachkurse an der Universität Havanna. 2 oder 4 Wochen, mit Begleitprogramm, Flug, Ü/HP, Transfers, incl. Einschreibgebühren ab DM 2.395.--
Termine: ganzjährig, jew. Monatsanfang.

Neu! Kombination Spanisch-Kurse und Tanzen lernen

Vormittags Sprachunterricht an der Universität Havanna, nachmittags Tanzkurs, Flug, Ü/HP, Transfers, ab DM 2.590.--
Termine: ganzjährig, jew. Monatsanfang.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Zülicher Str. 7, 90674 Köln. Unser Gesamtreiseprogramm 1997 erscheint Anfang Januar.

Weitere Information, Buchung und Beratung: Tel. 0241-406435, tagsüber.



In »La Maternidad«: Mutter und Kind in guten Händen

Foto: J. Hambruch

mehr brauchte. Da fiel es leicht, eine offizielle Untersuchung anzustrengen und darin festzustellen, die empfohlenen Methoden der Gewaltanwendung seien »Folge eines bürokratischen Versehens«.

So als ob die Reagan-Regierung seinerzeit den Anti-Guerilla-Kampf und seine grausamen Methoden dem Zufall überlassen hätte. Die Untersuchung, die aus dem Büro des Pentagon stammt, das für die Überwachung der Geheimdienste zuständig ist, kommt doch tatsächlich zu dem Ergebnis, hier sei zehn Jahre lang »veraltertes Ausbildungsmaterial ohne die benötigte Genehmigung des Inhalts« verwendet worden.

Als erster kommentierte Joseph P. Kennedy, demokratisches Mitglied des Repräsentantenhauses, die Erklärung des Pentagon. Die Handbücher zeigten, »was wir immer vermutet haben, daß nämlich Steuergelder zugunsten körperlicher Mißhandlungen eingesetzt wurden. Die School of the Americas sollte geschlossen werden.«

Bleibt nur zu hoffen daß sich diese Erkenntnis durchsetzt. Daß aber die USA ganz ihre Finger von Lateinamerika lassen und ihre ökonomischen wie militärischen Druckmittel zukünftig nicht mehr gegen die Interessen der ArbeiterInnen insbesondere in Lateinamerika einsetzen werden, bleibt dennoch vorläufig weiterhin ein frommer Wunsch.

Die CIA zeigt sich wenig interessiert daran, ihre subversiven Methoden zu revidieren. Immer wieder tauchen Berichte auf, wo die Einmischung in die Innenpolitik fremder Staaten sichtbar wird. Kürzlich erst wurde in Haiti bekannt, daß 2 CIA-Agenten im Oktober 1994 den Mord an dem ehemaligen haitianischen Justizminister Guy Malary planten. Beide waren Mitglieder der extremen rechten paramilitärischen Front für den Haitianischen Fortschritt (FRAPH)(2). Welche Destabilisierungsmaßnahmen Kuba durch die "Central Intelligence Agency" erleben mußte, berichten u.a. Ron Ridenour in seinem Buch "Backfire" und Phillip Agee in diversen Publikationen erschütternd und faktenreich.

B. O.

(1) TAZ- Die Tageszeitung 23.9.96

(2) P O O N A L - Pool de las nuevas Agencias de América Latina (Edición alemana)

Nachbar Mexiko: Irrweg NAFTA

Das hat man nun davon, wenn man sich von der ökonomischen Einbindung durch die USA Positives erwartet. Mit der Unterzeichnung des NAFTA-Abkommens (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) 1993 verfolgte Mexiko den Plan, stärker von der geographischen Nähe zu den USA zu profitieren:

Vor allem zwei Vorteile hatte man sich davon versprochen: man würde dadurch an günstiges US-amerikanisches Getreide rankommen und andererseits sein eigenes Obst und Gemüse auf den einträglichen Märkten nördlich des Rio Grande verkaufen können.

Es war kaum ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages vergangen, als eine Finanzkrise im Dezember 1994 zum Verfall des Peso führte und sich damit die Kosten für Nahrungsmittelimporte verdoppelten. 1996 ließ die weltweite Verknappung die Preise für Getreide, vor allem für Mais und Weizen, noch einmal auf das Doppelte steigen.

Dennoch hielt die mexikanische Regierung unerschütterlich daran fest, daß die auf Marktvorteilen beruhenden Exporte Priorität haben müßten, gegenüber den Erzeugnissen für den Inlandsverbrauch. Die Weigerung der Regierung, den Getreideanbau durch günstige Kredite und erleichterten Zugang zur Wasser- und Düngemittelversorgung zu fördern, zog eine Verminderung der Ernteerträge um 20% nach sich, wodurch sich Hunderttausende Bauern gezwungen sahen, ihren Betrieb aufzugeben.

Zu der Zeit, als der Vertrag ausgehandelt wurde, subventionierte Mexiko sowohl die Produktion als auch den Verbrauch von Grundnahrungsmitteln wie Mais und Bohnen. Dadurch konnte 1993 so viel weißer Mais produziert werden, wie für die Ernährung seiner 80 Millionen Einwohner nötig war - eine gute Ausgangsbasis für die Selbstversorgung des Landes. 1996 wird das Land schätzungsweise 6 Millionen Tonnen gelben Mais importieren, das entspricht rund 40 Prozent der Binnennachfrage.

Die Krise in der Lebensmittelversorgung führt inzwischen zu unberechenbaren Ausbrüchen des Volkszornes. So kommt es gehäuft zu Plünderungen von Getreidetransporten und vermehrt zu Protestaktionen. Zuletzt erst im November

1996 wurden drei Campesinos bei ihrem Protest um höhere Maispreise ermordet. Neben Protestmärschen bestanden die Aktionen unter anderem in der Blockade zahlreicher Straßen im Bundesstaat. Durch das brutale Einschreiten der Polizei kam es nicht nur zu den drei Toten, sondern auch zu zahlreichen Verletzten. Aus fünfzehn Landkreisen in Chiapas kam die Nachricht, daß die Demonstrationen und Straßenblockaden dennoch weitergehen werden.

Doch das schlimmste steht vielleicht noch bevor, wenn die Preise wieder sinken und der Markt just dann überschwemmt ist, wenn die mexikanischen Bauern ihre Ernte verkaufen müssen. Die mexikanische Bevölkerung weiß inzwischen, was sie von der Liberalisierung des Handels zu halten hat. Ende August haben mehr als 200 regierungsunabhängige Organisationen ein nationales Forum für die Selbstversorgung Mexikos mit Nahrungsmitteln organisiert. Zu ihren gemeinsamen Forderungen zählten die Neuverhandlung von NAFTA und der Agrarvereinbarungen des GATT sowie die Aufnahme von Gesprächen über eine Konvention zur Sicherung der Welternährung.

Einen schleichenden Machtverlust für die verschärfte neoliberale Politik Präsident Zedillos scheinen überdies die letzten Kommunal- und Parlamentswahlen in verschiedenen Provinzen anzuzeigen, wo die regierende Partei der institutionellen Revolution (PRI) starke Verluste erlitt.

Bernhard Ostermeier

(Informationen aus: *Le monde diplomatique* 11/96 / Poonal Nr. 266)

Warum hält die MRTA noch am bewaffneten Kampf fest?

Interview mit Norma Velazco, Vertreterin der Bewegung Tupac Amaru aus Peru

Allgemein gilt die Periode des Guerillakampfes in Lateinamerika als beendet. Gibt es auch der MRTA Bestrebungen, den bewaffneten Kampf zu beenden?

Wir respektieren die Entscheidungen der GenossInnen in El Salvador oder Guatemala, den bewaffneten Kampf zu beenden. Auch wenn wir Kritik an den Entscheidungen haben, denken wir, daß die GenossInnen die Situation ihres Landes am besten kennen.

Die Militanten der MRTA aber lehnen Friedensgespräche mit der Regierung kategorisch ab. Das betrifft alle MRTA-Mitglieder von der Basis bis zur Führung. Wir sind weiterhin der Überzeugung, daß der revolutionäre Kampf für die Veränderung der Gesellschaft notwendig ist. Die MRTA ist eine politisch-militärische Untergrundorganisation, deren Mitglieder in vielen Massenorganisationen aktiv sind. Da sie innerhalb der Bevölkerung leben und klandestin arbeiten, kennen sie die Lebensbedingungen der Bevölkerung und können an den konkreten Lebensbedingungen der Bevölkerung anknüpfen. 7 Millionen PeruanerInnen leben in totaler Armut, mehr als 50% der Kinder leiden unter chronischer Unterernährung. 5000 Betriebe wurden geschlossen, mehr als 70 % der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos. Das heißt für uns Kapitalismus.

Welchen Stellenwert hat da der bewaffnete Kampf für die MRTA noch?

Unsere jetzige Aufgabe nach dem Rückzug der Volksbewegungen in den

letzten Jahren ist die Förderung des revolutionären Bewußtseins. Wir müssen neue Räume schaffen, um eine neue Phase im Kampf gegen den Kapitalismus zu entwickeln. Aber die Reorganisation der Volksorganisationen wird begleitet von bewaffneten Organisationen, die der Regierung Nadelstiche zufügen. Diese militärischen Aktionen werden aber von der Presse und der Regierung Perus totgeschwiegen. Denn dann müßten sie anerkennen, daß die MRTA noch existiert und entgegen der Regierungspropaganda nicht zerschlagen wurde. Die MRTA hat der peruanischen Armee mehr Verluste zugefügt als das ecuadorianische Militär im Krieg. In den letzten 3 Jahren wurden 2 Kasernen sowie 4 Militärhubschrauber zerstört.

Wie ist die Situation der politischen Gefangenen in Peru zur Zeit?

Nach dem Fujimori-Putsch 1992 wurde in Peru eine zivilmilitärische Diktatur errichtet. Sondergesetze gegen die linken Bewegungen wurden verabschiedet, die der Polizei, Armee und Justiz alle Möglichkeiten der Repression in die Hand geben. Es gibt Tausende politischer Gefangener in Peru. Es sind Mitglieder der Bauern-, StudentInnen-, Frauen- und Gewerkschaftsbewegung. Die Festgenommenen werden innerhalb von 24 Std. verurteilt, ohne jede Möglichkeit der Verteidigung. Ein Jahr müssen die Gefangenen in totaler Isolation leben. Danach können sie eine halbe Stunde Besuch pro Monat

bekommen, aber nur von unmittelbaren Angehörigen. Bis auf einen halbe Stunde Hofgang pro Tag sind die Gefangenen in einer kleinen Zelle eingeschlossen. Sie haben weder Radio noch Fernsehen. Es gibt für sie auch kein Recht auf medizinische Behandlung. Die Ernährung ist sehr schlecht. Oft sind die Lebensmittel verdorben und die Wächter mischen Scherben, Ratten oder Kakerlaken darunter. Die Bedingungen in den Knästen sind für Männer und Frauen gleich. Aber für die Frauen kommt die sexuelle Belästigung und Erniedrigung dazu. Außerdem leiden sie besonders unter dem Wassermangel. Alle Gefangenen bekommen zum Baden, Wäsche waschen und Trinken nur 2 Liter Wasser pro Tag.

Welche Solidaritätsaktionen mit den Gefangenen laufen zur Zeit?

Zur Zeit hat die internationale Solidarität, die für die Gefangenen eine große Hilfe war, stark nachgelassen. Trotzdem wollen wir einen kleinen Schritt machen. Am 2., 9., und 16.12. haben jeweils von 15 - 18 Uhr vor dem peruanischen Konsulat in Hamburg eine Protestkundgebung stattgefunden. Die Forderung lautete nicht Freilassung der Gefangenen, dazu sind wir im Moment nicht stark genug. Wir fordern nur die Einhaltung der Menschenrechte für die Gefangenen.

Interview: Peter Nowak

Rabehl und die kubanische Bedrohung

In den Tagen der StudentInnenbewegung stand er zwar immer im Schatten Rudi Dutschkes. Trotzdem gehörte er zu einem der prominenten KämpferInnen in der zweiten Reihe der Bewegung - Bernd Rabehl. Lange Jahre war es um ihn still geworden. Nur als er wegen seines politischen Engagements eine Professorenstelle nicht bekam, tauchte eine kleine Meldung in den Medien auf. Schon damals wunderte sich mancher, denn schließlich habe Rabehl schon längst mit den politischen Vorstellungen aus der Zeit der StudentInnenbewegung gebrochen, wußten Eingeweihte. Und tatsächlich, Ende der 80er Jahre als ehemalige Apo-AktivistInnen als geläuterte DemokratInnen in Talkshows vorgeführt wurden, da tauchte auch der Prof. Dr. Bernd Rabehl wieder auf. Seit dieser Zeit bedient er in Abständen mal den linken Freitag, mal die konservative TAZ mit Warnungen vor der Gefahr aus Kuba. Als zu spät gekommener Antikommunist muß er sich mit der Karibikinsel mangels näherliegender Objekte als Gefahrenquelle begnügen.

Und die ist ihm ja nicht so unbekannt. "Als besondere Gäste des Staates (Kuba P.N.) erhielten wir, eine Delegation des Bundesvorstands des SDS (Sozialistischer Studentenbund), Zugang zu den Staatsbetrieben, Ministerien und Jugendlagern"; schreibt Rabehl im "Freitag" 42/1991. Und der Kommentar des Geläuterten: "Über die Wunschlandschaft Kuba sollte unser Einzug in die marxistisch-leninistische Ideologie gelingen. Das Propagandaschiff Kuba sollte die rebellische Jugend animieren, sich auf die Seite des Realsozialismus zu schlagen im Weltbürgerkrieg." Zwar scheinen diese Propagandabemühungen nicht sehr erfolgreich gewesen zu sein. Trotzdem konnte Rabehl von Kuba nicht lassen. "Gute 10 Jahre später machte ich auf einer Reise nach Lateinamerika wieder Station auf Kuba", fährt Rabehl fort. "Inzwischen beherrschten die Tellermützen und die Uniformen aus der UdSSR das Stadtbild von Havanna;" das sah der damalige Gastprofessor in Brasilien auf den ersten Blick. Und er erkannte gleich eine neue Gefahr, die von Kuba

ausging. Diesmal war es nicht mehr die rebellische Jugend die zur Weltrevolution gebracht werden sollte. "In Brasilien traf ich die kubanischen Agitatoren Ende der achtziger Jahre. Sie kamen in Verkleidung von Gewerkschaftlern, Künstlern und Wissenschaftlern. Sie priesen die sozialistische Alternative in Lateinamerika. Sie fanden durchaus Anklang in Kreisen der brasilianischen Linksideologie. Viele von ihnen hatten Einladungen auf die Insel der Seligen angenommen. ... Meine Einwände kamen nicht an. Für mich waren die Errungenschaften Kubas, die allgemeine Erziehung und Alphabetisierung des Volkes ... Bestandteile einer totalitären Diktatur."

In einem Artikel unter der Überschrift "bernd rabehl - eine deutsche karriere - vom apo-aktivisten zum apo-logeten der neuen weltordnung" schrieben Studenten des Otto-Suhr-Institutes in der bundesweiten Hochschulzeitung "Faust" 1/92.; "Es ist zynisch, wenn ein Dozent mit seinem hohen Gehalt, der wie viele hier von der Ausbeutung des Trikont profitiert, die sozialen

Errungenschaften, die sich Kuba erkämpft hat, als 'unwichtig' abtut." Fünf Jahre später hat sich die Situation für die Karibikinsel bekanntlich nicht verbessert. Doch B. Rabehl ist noch immer beschäftigt mit der Abwehr der kubanischen Gefahr. Diesmal haben sich die kubanischen Agitatoren zur

Abwechslung einmal verkleidet in einen Mann mit einer Pasamontana. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 4.9.96 schrieb Rabehl unter der Überschrift "Die inszenierte Rebellion" über das Intergalaktische Treffen in Chiapas, von Rabehl immer konsequent fehlerhaft Chiappas geschrieben. "Ein neuer Che Guevara erregt die jugendlichen Gemüter heute wieder. Ein Subcomandante Marcos lädt ein in die mexikanische Chiappas-Provinz ... Junge Leute strömen zuhauf, um eine neue Internationale zu gründen ... Es riecht nach Moder, nach Wiederholung, Projekten und Romantik ... Dieses Mal hat sich ein Möbelfabrikantensohn aus Nordmexiko kostümiert, als Guerillero ... die indianischen Bauern und die jugendlichen Schwärmer aus Westeuropa sind sein Volk, dem er 'dienen' und die er anführen will." Schon so viele Zeilen und noch kein Wort über die kubanische Gefahr, was ist los, Bernd Rabehl? Aber er enttäuscht uns nicht. Nur wenige Zeilen weiter heißt es: "Nichts Eigenständiges, Spontanes, Kreatives, Emanzipatives schimmert durch. In Chiappas wird die leitende, jedoch geheimnisvolle Hand aus Kuba sichtbar, dem nordamerikanischen Feind eins auszuwischen und nach dem Vorbild ... von 1967/68 eine antiamerikanische Jugendrevolte loszutreten in den beiden Amerikas und Europa und abzulenken von dem morbiden Sozialismus im eigenen Land."

Die Revolten mit der geheimnisvollen Hand brauchen wahrscheinlich Ferndeuter wie Rabehl zu ihrer Enttarnung. Der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, der selbst als Delegierter in Chiapas war, konnte die nicht erkennen. Im Freitag 40/96, der gleichen Wochenzeitung, die fünf Jahre zuvor noch Rabehl als Plattform für seine Thesen diente, nimmt Wolf die FAZ-Attacken Rabehls auseinander. "Mich störte nur am Rande die Unkenntnis mit der in diesem Beitrag über die zapatistische Bewegung geschwafelt wird und die von der konsequent falschen Schreibweise des mexikanischen Bundesstaates Chiapas über die Verwechslung der Azteken mit den Mayas ..." Er skizziert den Werdegang des Autors, den er treffend auf eine Formel bringt: "Vom SDS-Rebell zum FAZ-Rabehl". Wobei gerade auch angesichts der späteren deutschnationalen Aktivitäten eines Rudi Deutsches die Frage bleibt, ob die Wandlung tatsächlich so groß ist.

Spätestens zu den Weltfestspielen werden wir Rabehls Warnungen vor der kubanischen Gefahr für die Jugend der Welt wieder lesen können, in welcher Zeitung auch immer.

Peter Nowak

ökonomie

Interview mit dem stellvertretenden Wirtschaftsminister

(Havanna, 15. Oktober 1996, prensa latina-POONAL).- Die kubanischen Wirtschaftseinrichtungen gingen bei ihren Planungen für den Energieverbrauch in diesem Jahr von Ölpreisen um die 135 Dollar pro Tonne aus. Doch in weniger als einem Monat stieg der Ölpreis auf über 175 Dollar pro Barrel und es ist noch nicht abzusehen, wie er sich weiter entwickeln wird. Für Prensa Latina sprach Eduardo Jimenez García mit dem Vizeminister für Wirtschaft und Planung, José Gonzalez Francés, über die Auswirkungen auf die kubanische Wirtschaft.

Bedeutet der Preisanstieg weniger Ölimporte als vorgesehen?

Der Gesamttreibstoffverbrauch wird den Vorausschätzungen nach trotz allem entsprechen. Denn das Wirtschaftswachstum wird bei etwa fünf Prozent liegen, wie wir es angenommen haben. Aber das wird zweifellos sehr viel mehr kosten.

Wieviel teurer wird es, unsere Produkte fertigzustellen?

Das liegt an der Abhängigkeit von diesem Treibstoff. Bei der Nickelproduktion erhöhen sich die Kosten beispielsweise um 10 Prozent. Entscheidend ist auch die Art des Verbrauchs: Diesel, Heizöl, Benzin, Kerosin. So haben wir einen durchschnittlichen Dieselpreis von 165 Dollar für dieses Jahr erwartet. Jetzt kostet der Barrel 206 Dollar. Im Tourismussektor werden hauptsächlich Diesel und Benzin verbraucht, deren Preise mehr als andere Ölprodukte gestiegen sind. Die Energiekosten erhöhen sich dort um 15 Prozent. Beim Nickel wird im wesentlichen Heizöl benötigt, das im Vergleich am wenigsten im Preis angestiegen ist.

Welche Auswirkungen gibt es auf die Stahlproduktion?

Sie befand sich schon mit den vorherigen Preisen in einer sehr schwierigen Lage und jetzt muß sie sich verteuern, denn Antillana (kubanisches Stahlunternehmen) hat einen sehr hohen Energieverbrauch. Andere ausländische Stahlproduzenten erhöhen automatisch ihre Preise. Aber wir können nicht im selben Ausmaß verteuern, wie das Öl gestiegen ist. Unser Unternehmen setzt sich dem Wettbewerb auf einem Markt aus, wo es Stahl mit höherer Qualität gibt und außerdem Kredite und andere Käuferleichterungen gewährt werden.

Auch wenn das so ist, werden die kubanischen Exportprodukte nicht dennoch teurer werden?

Wir können kaum die Preise so heben, daß wir den Kostenanstieg kompensieren. Diese Bewegungen werden in dem Maße möglich sein, wie unsere exportfähigen Güter dem Wettbewerb standhalten können. In vielen Fällen ist die Wettbewerbsfähigkeit nicht sehr hoch. In der Tourismusindustrie, die sich zu entwickeln beginnt, können wir die Preise nicht anheben. Das Lindierungsmittel kann nur in einer größeren Effizienz gefunden werden.

Welche Konsequenzen könnten sich für die kubanische Wirtschaft ergeben, wenn die aktuellen Ölpreise bestehen blieben?

Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß die Preise hoch bleiben und auf dieser Grundlage für

das kommende Jahr planen. Aber selbst so bleiben Zucker und Nickel an der Börse gehandelte Produkte, und wir müssen uns nach dem Weltmarkt richten. Beim Tabak haben wir mehr Freiheit, neue Preise festzulegen, um über den Verkauf den Kostenanstieg auszugleichen. Doch wir können nicht willkürlich handeln, um nicht die Nachfrage absacken zu lassen. Logischerweise schädigt die Situation uns sehr. Der Preis der Produkte, die wir am nötigsten brauchen, steigt, und wir sind dagegen in vielen Fällen gezwungen, unsere Produkte zu denselben oder geringfügig höheren Preisen zu verkaufen.

Wird die Zuteilung von Benzin und Kerosin verringert werden?

Die finanzielle Lage Kubas ist schwierig. Die neuen Preise für Treibstoff, der einen Großteil der Importe ausmacht, verschlimmern sie. Eine Auswirkung auf die Benzinzuteilung wird unvermeidlich sein. Dazu kommt die Tatsache, daß im Dezember die Zuckerernte beginnt. Die knappen Mittel, die für den Rest des Jahres zur Verfügung stehen, müssen im beträchtlichen Ausmaß dafür eingesetzt werden. Die Zuteilungsmöglichkeiten für andere Bereiche sind begrenzt. Es ist daher nicht möglich, eine Besserung zu erwarten. Für jedes Privatauto gibt es abhängig vom Wagentyp in bestimmten Monaten Benzinzuteilungen. In diesem Jahr ist nur viermal Benzin zugeteilt worden. Ich kann nicht versichern, daß für die verbleibenden Monate noch eine weitere Zuteilung geben wird. Was das Kerosin angeht, so wird sehr wenig ausgehändigt. 75 Prozent der kubanischen Familien kochen mit Kerosin. Vor Jahren wurde die tägliche Nachfrage mit 1.800 Tonnen kalkuliert. Für dieses Jahr hatten wir eine Zuteilung von 1.000 Tonnen vorgesehen. Aber bisher blieb es bei etwa 650 bis 700 Tonnen täglich. Zum Jahresende wird das ähnlich wie jetzt aussehen.

Wird der Preis für das gegen Devisen verkaufte Benzin steigen?

Bisher sind die Preise nicht angehoben worden. Das ist etwas, was für das kommende Jahr überdacht werden muß.

Es gibt die Befürchtung, daß die erhöhten Ölpreise mehr Stromausfälle mit sich bringen.

In den vorhergehenden Jahren waren die Stromausfälle hauptsächlich den geringen Mitteln für die Instandhaltung der Stromwerke zu verdanken. Das drückte die Produktion. Es gab aber auch Momente, in denen es an Öl fehlte. 1994 lag die Stromproduktion bei 40 Prozent der möglichen Kapazität. Heute beträgt sie 60 Prozent, da mehr Mittel für die Instandhaltung bereitgestellt wurden. Im Rahmen der Ölimporte ist dem Brennstoff für die Stromerzeugung Vorrang eingeräumt worden.

P O O N A L - Pool de las nuevas Agencias de América Latina (Edición alemana)

Wöchentlicher Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen

Deutsche Ausgabe Nr.264, Mittwoch, den 30.10.1996

Ökonomie im Umbruch - und die Gewerkschaften?

Zu einigen Aspekten der aktuellen Aufgabenstellung der kubanischen Gewerkschaften



Gewerkschaftskongreß

Foto: Noval

Als nach wie vor eine größten Massenorganisationen und ausgehend vom "Primat der Ökonomie" stellen die kubanischen Gewerkschaften mit ihrem Dachverband CTC einen bedeutenden, wenn nicht sogar den bedeutendsten Faktor bei den weiteren Umstrukturierungsprozessen in Cuba dar. Theoretisch verfügen sie über ein zu mobilisierendes Potential wie kaum eine zweite Massenorganisation.

Die Kehrseite der Medaille ist aber, daß die Gewerkschaften lange Zeit Erfüllungshilfen bei der Umsetzung einer, ohne breite Beteiligung, bereits beschlossenen Politik waren. Hier stehen die kubanischen Gewerkschaften heute mehr denn je vor der Aufgabe, ihre Mitglieder von der Notwendigkeit, Aufrichtigkeit und Offenheit bei den Diskussionen zu überzeugen. Oder, anders formuliert, es geht um eine reale Weiterentwicklung der innerbetrieblichen, sozialistischen Demokratie.

Wenn es den kubanischen Gewerkschaften gelingt, mit Hilfe der *convenios colectivos de trabajo*, (Kollektive Arbeitsvereinbarungen - der Begriff aus der DDR dürfte wohl Betriebskollektivvertrag gewesen sein. In der alten BRD würde in Gewerkschaftskreisen wohl der Ausdruck Haustarifvertrag die treffende Übersetzung sein.), eine breite Einbeziehung und Diskussion der Beschäftigten über das Was und Wie der Produktion zu organisieren, haben sie die Chance, sich über bisher dagewesene Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitglieder hinaus zu entwickeln.

Gegen vorschnelle Schlüsse hier nur der Hinweis, daß solche Wege, wie sie in Ex-Jugoslawien beschritten wurden, die letztlich in "Formen des Betriebsyndikalismus" mündeten, auch keinen Königsweg darstellen.

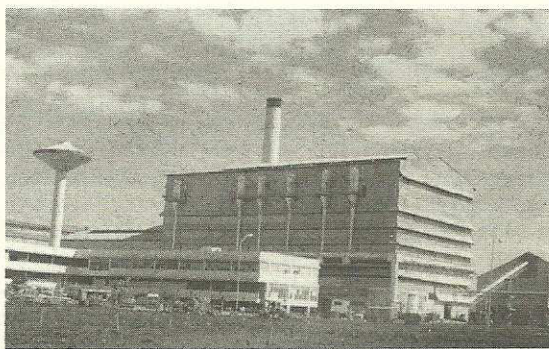
Ohne den Anspruch zu haben, die Bedingungen in den "frühsozialistischen Staaten" in Osteuropa schematisch auf die

Verhältnisse in Cuba übertragen zu wollen oder zu können, liegen gewisse Vergleiche nahezu auf der Hand.

Zu einem der wesentlichen Kriterien für ein sozialistisches Gesellschaftssystem gehört, daß der Privatbesitz an den entscheidenden Produktionsmitteln beseitigt wird. In den vormaligen sozialistischen Ländern in Osteuropa war dieses Kriterium zumindest dahingehend erfüllt, daß die Produktionsmittel vergesellschaftet wurden.

Hier wäre zum Beispiel die Frage, wer denn in der DDR oder in Cuba der Besitzer der Betriebe war bzw. ist? Formal läßt sich festhalten, daß es die werktätige Bevölkerung oder genauer die Arbeiterklasse war oder ist. Ähnlich wie in der DDR führte aber eine rein formale Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht auch zu einem sozialistischen Bewußtsein und Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Wer öfter in Cuba war kennt eine ganze Reihe von Beispielen was damit gemeint ist.

Alleine auf Grund der Tatsache, daß der sozialistische Staat, nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel an die Stelle des vormaligen ausbeutenden Kapitalisten tritt, ist noch keine Basis für die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtsein gegeben und damit entsteht kein auch entsprechendes Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Allgemeiner ausgedrückt, ist dies nicht der Weg zu einem neuen Normen- und Wertesystem, welches zu einer der tragenden Stützen des neuen, dem kapitalistischen überlegenen,



Zuckerrohrfabrik

Foto: Zuckerministerium

Gesellschaftssystems führt. Dies deshalb nicht, weil sich ein sozialistisches Eigentümbewußtsein entscheidend über die weitestgehende Mitbestimmung über das Was und Wie der Produktion erreichen lassen wird. Diese Fragen werden mittlerweile in Kreisen kubanischer Wissenschaftler und auch in den Gewerkschaften diskutiert.

In diesem Zusammenhang noch eine kurze Bemerkung zum Stichwort Normen-

und Wertesystem einer Gesellschaftsordnung. Abhängig von den verschiedensten Faktoren hatte bzw. hat jedes Gesellschaftssystem ein entsprechendes herrschendes Normen- und Wertesystem. Zum Kapitalismus gehört, daß die Mehrheit der Menschen die unter seinen Bedingungen leben, das Normen- und Wertesystem des Kapitalismus verinnerlicht haben. Dieses System wird quasi von innen heraus reproduziert, also weder hinterfragt noch infrage gestellt.

In Cuba hat der Staat, wie auch in den vormaligen sozialistischen Ländern in Osteuropa, die Rolle des "ausbeutenden Agenten", eingenommen. Zwar stand über allem nicht die private Aneignung der geschaffenen Werte, sondern der Anspruch einer Verteilung im gesamtgesellschaftlichen Sinne, mit dem Ziel eine Entwicklungsprozeß zu ermöglichen. Aber an dem Entscheidungsprozeß in welche Bereiche der Gesellschaft wieviel des geschaffenen Reichtums fließen sollte, war die Bevölkerung nur bruchstückhaft beteiligt.

Spätestens mit dem Eintritt in den RGW wurden viele Strukturen von den sozialistischen Staaten in Osteuropa übernommen. Dies gilt auch für die Arbeitsbeziehungen in Cuba. So gab und gibt es in Cuba die schon erwähnten *convenios colectivos de trabajo*.

Diese werden zwischen der zuständigen Gewerkschaft des jeweiligen Betriebes, nach Diskussion mit der Belegschaft, und der Geschäftsleitung vereinbart. Daß es sich bei diesen Verträgen um eine mehr oder weniger formale Angelegenheit gehandelt hat und sich u.U. immer noch handelt, läßt sich in den entsprechenden Dokumenten, zumindest in denen über die letzten zwei vergangenen Gewerkschaftskongresse der CTC nachlesen.

Dessen ungeachtet hat es in der Schwerpunktsetzung der gewerkschaftlichen Aufgaben eine beachtenswerte Veränderung gegeben. Das Selbstverständnis der CTC war und ist auf den vergangenen Kongressen wesentlich davon geprägt, daß es um die Planerfüllung, also die Umsetzung der von Partei und Regierung gesetzten Zielvorgaben geht. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den vergangenen und dem 16. CTC-Kongreß besteht darin, daß nun nicht nur die quantitativen, sprich mengenmäßigen,

Planziele im Mittelpunkt stehen, sondern heute neben der Quantität auch die Qualität und die Effizienz der Produktion ins Zentrum der gewerkschaftlichen Aufgabenstellung gerückt wurde.

Dieser Wandel hat sicherlich viele Gründe, wobei die veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen, die sich aus dem Zusammenbruch des RGW ergeben haben, wohl eine wesentliche Rolle gespielt

bzw. als Beschleuniger gewirkt haben. Mit Beginn der aktuellen Krisensituation sind u.a. über die Strukturen der Gewerkschaften mehr als 80.000 Versammlungen (in den sog. Arbeiterparlamenten) zur Diskussion der notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der Wirtschaft und des Staatshaushaltes durchgeführt worden.

★ Diese Diskussionen waren einerseits praktischer Ausdruck und Ergebnis einer grundsätzlichen Haltung der Regierung nach Erzielung eines gesellschaftlichen Konsenses in der Bevölkerung über notwendige und u.U. unangenehme Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung neuer Gebühren und Abgaben oder die Erhöhung der bereits bestehenden, die die Bevölkerung bei der Inanspruchnahme von staatlichen Dienstleistungen zu bezahlen hat. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen sind bekannt. Eine solche Art von Partizipation mobilisiert des weiteren auch das "kollektive Wissen". Andererseits gaben und geben solche Beteiligungsmöglichkeiten immer auch Hinweise über die Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der Regierung.

Mit einem weiteren Prinzip, dem Recht auf Arbeit, mußte in Cuba gebrochen werden. Grundsätzlich hat die kubanische Regierung, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, auf die internationalen Umbrüche nicht mit "neoliberalistischen Maßnahmen" reagiert. Die Masse der Beschäftigten wurde zunächst, auch wenn der Betrieb defacto, auf Grund von ausbleibenden Rohstoffen, Ersatzteilen oder Energiemangel, stillstand, nicht entlassen, sondern "weiterbeschäftigt". Der Hintergrund dieser Maßnahme war das Bewußtsein, daß Arbeitslosigkeit, anders als es in den kapitalistischen Ländern der Fall ist, nicht als individuelles Problem der davon betroffenen Menschen gesehen wird, sondern als gesellschaftliches oder damit auch staatliches Problem betrachtet wird.

Auf die Folgen dieser Maßnahmen, wie Anwachsen der zirkulierenden Geldmenge, steigendes Haushaltsdefizit, Abwertung der nationalen Währung im Verhältnis zum US-Dollar usw. soll hier nicht eingegangen werden.

Im weiteren Verlauf der Sanierungsmaßnahmen des Staatshaushaltes wurden die Subventionen für unrentable Betriebe schrittweise zurückgenommen. (Die Diskussion, ob und welche Betriebe wirtschaftlich, also im Sinne von mindestens kostendeckend, gearbeitet haben, soll hier nicht aufgerissen werden.) Dies führte dazu, daß Entlassungen vorgenommen werden mußten, allerdings im vorgenannten Sinne. Die Betroffenen erhielten, zumindest für die erste Zeit, eine finanzielle



Unterstützung, die 60 Prozent ihres vorherigen Lohnes umfaßte.

Bereiche, die in der Lage wären, diese Entlassungen flächendeckend zu kompensieren, sind nicht in Sicht. Es gibt bescheidene Ansätze, die Erwerbslosen in der Landwirtschaft unterzubringen, aber die dafür notwendige Infrastruktur, wie die erforderlichen Wohnungen usw., sind noch nicht in ausreichendem Maße gegeben.

Eine gewisse Entlastung auf dem Arbeitsmarkt hat sich über die Erlaubnis der "Arbeit auf eigene Rechnung" ergeben. Mit dieser neuen Einkommensmöglichkeit sind aber auch neue Probleme aufgetreten. Es gilt, daß in diesen Kleinst- und Kleinbetrieben nur Familienangehörige mithelfen dürfen. Gängige Praxis ist aber, daß in vielen dieser Betriebe Lohnarbeit verrichtet wird. Dies wird als mehr oder weniger offenes Geheimnis behandelt und in den Gewerkschaften hat die Diskussion darüber begonnen, wie denn diese "Beschäftigten" gewerkschaftlich zu organisieren sind.

Der sich entwickelnde Tourismussektor, für den im vergangenen Jahr eine eigene Gewerkschaft gegründet wurde, steht für eine Aufnahme der Erwerbslosen aus mindestens zwei Gründen ebenfalls nicht zur Verfügung. Zum einen wurde in den bereits bestehenden älteren Hotel ebenfalls stark Personal abgebaut und in den neuen Hotels, die in den letzten Jahren u.a. auch als Joint Ventures betrieben werden, ist die Belegschaftsstärke von Beginn an wesentlich geringer als in vergleichbaren Hotels nach den alten Kriterien.

Als Beispiel soll hier das Habana Libre dienen. Hier wurde die Belegschaftszahl von ca. 1.200 Beschäftigten bis zum Jahr 1993 im Zuge der Verhandlungen mit einem ausländischen Geschäftspartner und der immer noch laufenden Renovierung und Modernisierung auf unter 500 im Sommer 1996 reduziert. Dafür werden von Hotelvertretern im wesentlichen drei Gründe angeführt. Zum einen war das Habana Libre, insbesondere im internationalen Vergleich mit Beschäftigten überversorgt und konnte deshalb in der Vergangenheit nicht rentabel geführt werden, zweitens steht auf Grund der Modernisierungs- und Umbauarbeiten nicht die volle Zimmer- und Bettenkapazität zur Verfügung, so daß von der Sache her mit einer geringeren Belegschaft gearbeitet werden kann. Drittens war die Reduzierung der Beschäftigten auch eine Bedingung für den ausländische Geschäftspartner zu Beginn des Joint Ventures. Begründung: siehe erstens.

Ungeachtet dessen, daß die Arbeit wesentlich arbeits- und leistungsintensiver durchgeführt werden muß, ist eine Anstel-

lung in einem Tourismusbetrieb eine sehr lukrative Angelegenheit. Zum einen sichert eine solche Arbeit ein regelmäßiges Einkommen, welches in vielen Fällen höher ist, als in anderen Bereichen. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten, neben den Trinkgeldern, bei Plan- oder auch Planübererfüllung, in der Regel die Möglichkeit, gegen Gutscheine oder peso konvertible in den Dollar-Tiendas des Hotels oder anderswo einzukaufen. Damit sind sie gegenüber den Beschäftigten in kubanischen Unternehmen, die nicht über Deviseneinnahmen verfügen, privilegiert.

Insgesamt haben die Maßnahmen der Regierung, die von den Gewerkschaften mitgetragen werden, in den letzten drei Jahren allerdings zu einer Umkehr der wirtschaftlichen Verfalls geführt. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt, bezogen aufs Vorjahr, 1994 um 0,7 %, im Jahr 1995 um 2,5 % und im ersten Halbjahr 1996 um 9,6 %. Für das Jahr 1996 sind allerdings 5 % geplant. Ob sich diese Prognose nach den Schäden, die u.a. der Hurrikan "Lilli" angerichtet hat, bestätigen wird, bleibt abzuwarten.

Diese positive Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit noch lange nicht das Niveau vor der "periodo especial" wieder erreicht ist. Die sozialen Probleme haben zugenommen, die vormalig relativ weit entwickelte soziale Egalität wird aufgeweicht und die Schere zwischen Armen und Reichen klappt, wenn auch nicht so extrem wie in anderen vergleichbaren Ländern, doch zunehmend auseinander.

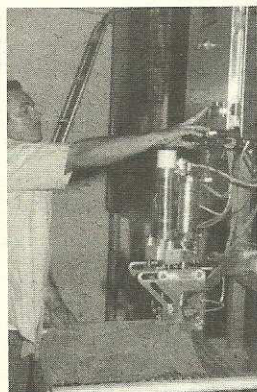


Landwirtschaft

Foto: A. Reyes

F. Mirallas Hernández (Essen)
P. Knappe (Hamburg)

Wir sind beide Studenten an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, befinden uns in der Abschlußphase unseres zweiten Diploms zum Sozialökonom im Schwerpunkt "Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Entwicklungspolitik und Entwicklungsmanagement". In diesem Jahr waren wir sechs Monate zu einem Forschungs- und Studienaufenthalt zum obenstehenden Thema in La Habana. Für Diskussionen und Info-Veranstaltungen stehen wir gerne zur Verfügung.



Lebensmittelindustrie

Foto: A. Reyes

**CUBA
LIBRE**

Die ökonomischen Entwicklungen in Cuba aus der Perspektive deutscher Unternehmer - Einschätzungen und Erwartungen:

Interview mit dem Finanzsenator a.D. der Hansestadt Hamburg Horst Gobrecht Alter: 59 Beruf: Steuerberater

Horst Gobrecht war von 1984 - 1991 Finanzsenator der Hansestadt Hamburg, und zuvor finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. 1993 schied er aus der Hamburger Bürgerschaft aus und widmete sich wieder ganz seiner Arbeit als Steuerberater. Seit April 1995 ist er auf Vermittlung der Friedrich-Ebert-Stiftung als Berater der kubanischen Regierung beim Aufbau von Steuersystem und -verwaltung tätig. Als Vizepräsident der deutsch-kubanischen Juristenvereinigung bereitet er das erste deutsch-kubanische Wirtschafts- und Rechtsseminar in Kuba zusammen mit verschiedenen kubanischen Institutionen vor. **Ihn interviewte Knut Henkel.**

Wie ist es dazu gekommen, daß Sie die kubanische Regierung bei der Erarbeitung und Einführung eines Steuersystems beraten?

Ich bin von den Mitgliedern einer Bundestagsdelegation, die Kuba 1994 besuchte, angesprochen worden. Die Delegation, die sich vor Ort ein Bild der initiierten Reformen machen wollte, wurde von den Kubanern um Hilfe beim Aufbau von Steuersystem und -verwaltung gebeten und wandte sich daraufhin an mich. Sie ließen ähnlich wie die Friedrich-Ebert-Stiftung, die groß in Kuba einsteigen wollte, nicht locker. Daraufhin traf ich den damaligen Vize-Finanzminister Kubas, heute verantwortlicher Minister, Manuel Millares, mit dem ich mir vorstellen konnte zusammenzuarbeiten. Schließlich entschied ich mich nach Kuba zu fahren und mir zumindest alles mal anzuschauen. Das war im April 1995. Ich lernte damals den sehr jungen Mitarbeiterstab im Finanzministerium kennen, der mir gefiel, und irgendwann war die Entscheidung gefallen.

Warum soll das deutsche Steuersystem, was für viele ein Buch mit sieben Siegeln ist, als Vorbild für ein kubanisches herhalten?

Das soll es ganz und gar nicht, das deutsche Steuersystem halte ich nicht für exportfähig. Aber was exportfähig und auch im internationalen Vergleich gut ist, ist die deutsche Steuerstruktur. Die Gewichtung in direkte und indirekte Steuern, die Struktur in den Gesetzen, ob es sich um Umsatzsteuer- oder Mehrwertsteuergesetz, oder um das Einkommenssteuergesetz mit Körperschafts- und Lohnsteuer handelt, von der Grundstruktur der steuerlichen Gewinnermittlung ist unser System unverändert modern und darauf kann man aufbauen, wenn man die Fehler vermeidet, die wir gemacht haben. Wenn die deutsche Steuerstruktur nicht so gut wäre, würde hier nichts mehr funktionieren. Sie ist so gut, daß sie selbst diesen Mist, den wir hier als Steuergesetz haben, trägt. Insofern läßt sie sich guten Gewissens exportieren.

Ist es für die Kubaner nicht sinnvoller ein transparenteres Steuersystem als das deutsche als Vorlage/Vorbild für den Aufbau ihres Systems zu nehmen, denn die kubanische Bevölkerung hat seit knapp dreißig Jahren keine Steuern mehr gezahlt?

Es ist nicht so, daß die Kubaner ein deutsches Steuersystem einführen. Es wird auf dem aufgebaut, was sich international bewährt hat. Es gibt gewisse Definitionsanleihen beim deutschen System, weil manches relativ gut definiert ist, aber in der Grundstruktur wird sich das wiederholen, was international üblich ist. Es wird eine Einkommenssteuer geben für natürliche und juristische Personen. Diese Gesetze sind bereits in Kraft und es wird ein Lohnsteuergesetz geben,

das derzeit vorbereitet wird. Zudem gibt es bereits eine Umsatzsteuer, die so konstruiert ist, daß sie in wenigen Jahren in die moderne Mehrwertsteuer umgewandelt werden kann. Und es wird auch einige weitere Verbrauchssteuern geben beispielsweise auf Tabak oder Alkohol. Ferner ist eine Umweltsteuer geplant, um die natürlichen Ressourcen zu schonen. Diese Steuer wird aber auch erst später kommen.

Insgesamt soll ein möglichst überschaubares Steuersystem, auf wenigen Grundpfeilern ruhend, entstehen, das einfach anzuwenden ist. Allerdings haben die jungen hochintelligenten Mitarbeiter der nationalen Steuerbehörde eine Vorliebe für möglichst raffinierte Lösungen, da muß ich manchmal bremsend eingreifen, damit eben nicht die hierzulande gebräuchlichen undurchsichtigen Vorgaben entstehen. Auch vor der Einführung der Vermögenssteuer auf Grundstücke, Häuser und Wohnungen habe ich dem Finanzminister abgeraten, weil diese Zielvorgabe, die im Steuerabsichtsgesetz, dem Gesetz Nummer 73 vom August 1994, enthalten ist, bei der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen und viel innenpolitischen Ärger hervorrufen würde. Diesen Teil der Vermögenssteuer haben wir nun erstmal auf die lange Bank geschoben, aber die Vermögenssteuer für andere Teile also landwirtschaftliche Nutzflächen usw. ist eingeführt, aber das ist auch nicht so schlimm. Aber es wird sowieso noch viel Erklärungsbedarf für die Einführung der unterschiedlichen Steuern geben, weil diese bisher als kapitalistische Erfindung galten und weil sie nun mal etwas völlig neues für die Bevölkerung sind.

Wie hoch ist der derzeitige Steueranteil am kubanischen Haushalt?

1993 erwirtschaftete der Staat rund 5 Prozent seines Haushalts aus Gebühren und rudimentären Steuern. 1994 sollen 10 Prozent des Haushalts durch Steuern gedeckt worden sein und im vorigen Jahr lag der Anteil bei etwa 35 Prozent. Für das laufende Jahr rechnen die Experten mit einem Steueraufkommen am Staatshaushalt von gut fünfzig Prozent. Wenn die Angaben richtig sind, was ich nicht nachprüfen kann, dann zeigt das, wie sehr die Gesetze bereits gegriffen haben, obwohl sie alle noch taufisch sind.

Was sind die Grundlagen des kubanischen Steuersystems?

Die Familie der Einkommenssteuern, wozu auch die Körperschaftsteuer gehört, die Umsatzsteuer, aus der dann irgendwann die Mehrwertsteuer wird, und zukünftig die Lohnsteuer.

Haben die Steuererhebungen, die teilweise recht willkürlich bemessen werden, nicht einen kontraproduktiven Effekt für den erhofften

Ausbau des privaten Sektors?

Viele der auf eigene Rechnung-Arbeitenden, die derzeit in erster Linie von den steuerlichen Neuerungen betroffen sind, zeigen sich verunsichert und teilweise außerstande die Steuern zu bezahlen, da sie zu hoch bemessen sind, wie mir im Juni des Jahres einige der neuen Selbständigen berichteten. Steuerbescheide von 400-600 US-Dollar und weiteren 1000 Peso monatlich für die Besitzer der sogenannten *paladares*, kleinen Restaurants, die über drei Tische und 12 Plätze verfügen dürfen, sind keine Seltenheit. Zwar erwirtschaften einige derartige Summen, aber viele bleiben weit unter Ihnen. Zudem stellen Lokalbehörden dann auch noch Bescheide aus, die über den staatlichen Vorgaben liegen.

Einige paladares haben daraufhin bereits geschlossen. Maßstab der Besteuerung kann doch nur das reale Einkommen sein, wie lassen sich derartige Startschwierigkeiten, die auf wenig Verständnis in der Bevölkerung treffen, ausräumen?

Es haben eine ganze Reihe der Selbständigen ihre Lizenz für diese Selbständigkeit wieder zurückgeben, da es sich nicht lohnt. Das Problem ist tatsächlich die noch unkoordinierte Mischung von Gebühren- und Steuererhebungen, die teilweise zu hoch bemessen und oft auch im voraus geschätzt und gezahlt werden ohne den notwendigen Erstattungsbericht. Da gibt es erhebliche Lücken in den gesetzlichen Regelungen und in der Koordinierung verschiedener Bestimmungen - zwischen nationalen und regionalen Vorgaben. Da liegt einiges im Argen, was noch abgestimmt werden muß, genauso wie Sie es geschildert haben. Das erfährt man erst dann, wenn man vor Ort ist. Teilweise werden die Leute auch noch schikaniert - von Steuerinspektoren, die nicht unentgeltlich von Ihnen bewirtet werden. So geht es natürlich nicht, was ich auch Carlos Lage gegenüber kritisiert habe. Da herrscht ein ausgeprägtes beidseitiges Mißtrauen. Die Steuerinspektoren denken oft, daß die Kleinunternehmer sowieso reich werden und eh soviel wie möglich unterschlagen.

Aber ist das steigende Mißtrauen von Kleinunternehmen gegenüber dem Staat und umgedreht nicht langfristig ein gravierendes Problem?

Das Mißtrauen ist beidseitig und systembedingt. Das staatliche Mißtrauen gegenüber den Bürgern und deren eigenständiger Tätigkeit ist sozusagen eingebaut; der Staat fürchtet, daß die Bürger etwas gegen Regierung und Revolution tun könnten. Der Apparat will letztlich alles organisieren und kontrollieren. Er ist der Geber und er entscheidet - die Bürger haben willig alles hinzunehmen. Das ist so in diesem Steuersystem, doch mit den ersten Wirtschaftsreformen

men beginnt sich am diesem Punkt etwas zu ändern. Die Reformen sind keine klare Ansage zur Marktwirtschaft, sie sind zwei Schritte vor und einer zurück. Von Unklarheit und Unsicherheit geprägt. Ich bin sicher, daß Carlos Lage, der oberste Wirtschaftsstratege Kubas, einen klaren Weg innerhalb des politischen Systems will, er kann aber nicht genügend klare Vorgaben geben. Der einzelne Bürger hingegen ist gegenüber dem Staat außerordentlich mißtrauisch, der Staat wurde immer wieder sehr hoheitlich erlebt, ohne die Möglichkeit irgendwelche Einwendungen zu machen, weshalb vieles als Willkür empfunden wurde.

Das Problem ist den Leuten in der Finanzbehörde klar, sie haben auch klare Vorgaben erhalten mit den Bürgern höflich umzugehen und Vertrauen herzustellen. Deshalb werden Einspruchsmöglichkeiten direkt bei der Steuerverwaltung, aber auch vor Gericht geschaffen. Demnächst werden auch entsprechende Kammern bei den Verwaltungsgerichten eingerichtet. Alles in allem ist dieses Problem aber nur langfristig zu lösen. Wer Mißtrauen abbauen möchte, muß klare Vorgaben schaffen und der Bevölkerung mit Vertrauen entgegenkommen.

Wie läßt sich das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung, mit dem es gerade bei Kleinunternehmern nicht zum besten steht, wie Sie bereits konstatierten, verbessern?

Schwierige Frage. Wir, die wir einer parlamentarischen Demokratie entstammen, würden antworten, daß freie Wahlen ein wichtiger Schritt in diese Richtung wären. Andererseits läßt sich in so einem System auch einiges über erkennbare Schritte eines Vertrauensvorschlusses von Seiten der Regierung erreichen. Zum Beispiel dadurch, daß man den Leuten, die in Eigeninitiative agieren, nicht schikaniert, sondern ihnen über entsprechende Gesetze eine gerechte und stetige Behandlung garantiert - die noch bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt. Der obrigkeitliche Staat sollte sich schlicht liberaler geben, auch gegenüber den kritischen Tönen der kubanischen Künstler. Vor allem muß aber die Wirtschaftslage weiter massiv verbessert werden, es muß wieder eine normale Lebensqualität in Kuba erreicht werden, die periodo especial muß möglichst schnell der Vergangenheit angehören. Hier ist der Anfang bereits gemacht, was sich auch Straßenbild von Havanna bemerkbar macht. Es wird repariert, restauriert, Bars und Cafés haben wieder eröffnet. Die Stadt lebt langsam wieder auf.

Was fällt Ihnen zum Stichwort Privatinitiative ein? Ein Wort, was aus ideologischer Perspektive in Kuba nicht gern gehört, aus ökonomischer Perspektive aber immer wichtiger wird, denn nach kubanischen Schätzungen werden in den nächsten Jahren rund 800.000 Arbeitnehmerinnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Gros von ihnen soll in der Privatwirtschaft, in dem noch kleinen Sektor der "auf eigene Rechnung Arbeitenden", unterkommen. Muß demzufolge nicht die Privatinitiative gefördert werden?

Das ist ein wichtiger Punkt. Der Finanzminister widmet sich der Haushaltskonsolidierung und kürzt von Jahr zu Jahr die Subventionen für die Staatsunternehmen. Wenn die Betriebe nun nicht lernen mit immer weniger Subventionen zu

wirtschaften, werden - und das ist bereits absehbar - immer mehr Staatsunternehmen Konkurs anmelden. Damit ist die Freisetzung von Arbeitnehmern verbunden. Die Arbeitslosenquote wird steigen und da ist es wichtig die Leute zu ermutigen sich in Eigeninitiative eine neue Perspektive aufzubauen, zum Beispiel im informellen Sektor. Aber dort herrscht immer noch viel Unsicherheit. Es muß klar sein, daß jeder so viel arbeiten darf, wie er möchte, daß jeder so viel verdienen darf, wie er möchte, wenn dieser Sektor Arbeitslose absorbieren soll. Je mehr jemand verdient, desto mehr Steuern muß er abführen - für den Erhalt der Errungenschaften der Revolution, so läßt es sich aus ideologischer Perspektive erklären.

Was unternimmt die kubanische Regierung um die steuerlichen Neuerungen der Bevölkerung nahezubringen?

Es gibt leider keinen breiten Informationsmöglichkeiten. Es gibt nur drei Zeitungen, zwei Fernsehsender und einige Radiostationen. Andererseits zeigen sich die Leute auf den Bauernmärkten oder in den paladares meist sehr gut informiert und kritisieren die Dinge lautstark, die ihrer Meinung nach nicht o.k. sind. Mittlerweile gibt es allerdings auch klare gut strukturierte und übersichtliche Infoblätter und die politische Führung hat sich in jüngster Zeit immer wieder zur Notwendigkeit des Steuersystems geäußert, auch Fidel. Um die Errungenschaften der Revolution, das Gesundheits- und Bildungssystem zu erhalten, müssen wir sie auch finanzieren können und das geht nur über die Steigerung der staatlichen Einnahmen und dafür sind die Steuern unerlässlich, so heißt es mittlerweile. Wert gelegt wird dabei auf die soziale Gerechtigkeit. Diejenigen, die viel verdienen müssen eben mehr dazu beitragen.

Wie hoch ist der kubanische Spitzensteuersatz?

Der Spitzensteuersatz liegt bei fünfzig Prozent und der Eingangsteuersatz bei fünf beziehungsweise zehn Prozent. Fünf Prozent pro kubanischen Peso und zehn Prozent pro US-Dollar.

Wirft die Zirkulation von zwei Währungen, dem US-Dollar und dem kubanischen Peso, zusätzliche Probleme auf?

Bei der Entwicklung des Steuersystems nicht, allerdings ist deshalb eine doppelte Buchführung notwendig. Das langfristige Ziel ist natürlich nur eine konvertible Währung zu haben, dann fällt die doppelte Buch- und Kasselführung weg.

Viele Kubaner kommen mit ihren Pesogehältern nicht aus, andere leben in Saus und Braus, z.B. durch remesas (Geldsendungen von Verwandten aus dem Ausland), aber auch durch privatwirtschaftliche Tätigkeit. Sorgt die bisher unbekannte Zweiklassengesellschaft nicht für gesellschaftliche Unzufriedenheit - für Neid?

Wer Dollars hat kann natürlich wesentlich besser leben als ohne. Derzeit sind es etwa fünfzig Prozent, die derzeit Zugang zu Dollars haben. Entweder durch Familienangehörige, die aus dem Ausland Dollar schicken oder über ihren Lohn, der ihnen teilweise in Dollar ausgezahlt wird, oder über ihre freiberufliche Tätigkeit. Das wird nur zu lösen sein über ein weiteres wirtschaftliches Wachstum, über die Ausweitung der Privatinitiative und über die stetige Zunahme der Kaufkraft der nationalen Währung - bis diese konvertibel gemacht werden kann.

Die Abschöpfungspolitik der Regierung stagniert - ist es nicht an der Zeit den Währungsüberhang von derzeit rund 5,5 Milliarden Peso durch eine Währungsreform zu beseitigen?

Sicher wäre ein Währungsschnitt zweckmäßig, die Grundlagen wie die neue Währung, der peso convertible, sind bereits da, aber viele Kubaner würden sich um ihre Ersparnisse betrogen fühlen. Wahrscheinlich wartet die Regierung bis der jetzige Kurs weiter gefallen ist, vielleicht bis er ein Verhältnis von 1:10 erreicht hat.

Was für Erfahrungen haben Sie bei Ihrer Beraterstätigkeit gemacht?

Es ist sehr interessant, wie schnell das Steuersystem Form annimmt. Ich hätte nie gedacht, daß es so flink vorangehen würde, daß die Gesetze so schnell realisiert werden. Bereits am 1. Januar diesen Jahres war das erste Einkommensteuergesetz in Kraft, am 1. April folgte das zweite, auch das Körperschaftsteuergesetz ist bereits in Kraft und das Lohnsteuergesetz ist in der Konzeption auch schon fertig. Allerdings gibt es noch kein Datum für dessen Verabschiedung. Ich habe der kubanischen Regierung vorgeschlagen das Gesetz begleitet von fühlbaren Lohnerhöhungen einzuführen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage weiter verbessert und danach sieht es augenblicklich aus, dann sollen die Löhne um etwa 12 Prozent erhöht werden. Fünf Prozent der Lohnerhöhungen sollen dann direkt bei den Arbeitnehmern ankommen, die restlichen sieben Prozent sollen auf die Lohnsteuer und die Sozialabgaben entfallen.

Fortsetzung des Interviews in der nächsten Ausgabe der CUBA LIBRE

Wer wissen will, wie sich das anhört,

- wenn z. B. in einer Tabakwerkstatt in Pinar del Rio der Leiter der Gewerkschaft zur Gitarre greift und zusammen mit den Arbeiterinnen die Schönheit Kubas besingt,
- wenn zwei Schülerinnen der sechsten Klasse eine kurze Theaterszene vorführen über die Verurteilung der Flucht nach Miami, denen die Eltern zu erliegen drohen,
- wenn die Gruppe *Fris Pol* der Pädagogischen Hochschule in Pinar del Rio mit Trommeln, Gitarre und Gesang von den schwarzen und weißen Großmüttern Kubas erzählt,
- wenn im Museum der Revolution, dem ehemaligen Präsidentenpalast Batistas in Havanna, *Das Lied von der Erde* erklingt

der kauft sich die Tonkassette

Un nuevo sol se levanta -
eine neue Sonne geht auf.
15 Liveaufnahmen aus Kuba

60 Min., DM 15. Die Hälfte der Einnahmen geht als Spende nach Kuba an den Gewerkschaftsverbandes CTC

Zu bestellen über:
Literaturvertrieb Das freie Buch, Denisstr. 21,
90429 Nürnberg, Tel. 0911/26 78 78 (Di. und
Do. 17 - 18.30 Uhr.)

Imperialismus heute

Vom 22. - 24. November tagte in Köln ein internationaler Kongreß zum Thema "Ist Lenins Imperialismustheorie noch aktuell?" Über 60 TeilnehmerInnen aus mehreren Staaten (darunter die Philippinen, Indien, Kurdistan, Cuba, Schweden, Italien, Großbritannien, Belgien und die Niederlande) machten sich die Antwort nicht leicht.

Die wohl umfassendste Darstellung und Analyse der heutigen weltweiten Situation und Arbeitsweise des Imperialismus gab gleich zu Beginn des Kongresses Harpal Brar von der Indian Workers Association aus Großbritannien in seinem fast vierstündigen Vortrag.

Er begann mit der Feststellung, daß für das Verständnis des Imperialismus die Betrachtung seiner ökonomischen Basis die wichtigste Komponente für die Analyse ist, wie es auch Lenin in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" voraussetzt. In den letzten Jahren hat die Monopolisierung auf dem Weltmarkt in bisher nicht gekanntem Ausmaß zugenommen. Dabei teilen sich ca. 500 multinationale Konzerne die Welt. Sie beherrschen 30% der Produktion, 70% des Handels und 80% der Kapitalinvestitionen. Die 100 größten Monopole (Banken ausgenommen!) machen dabei jährlich 3,1 Trillionen Dollar Umsatz, manche von ihnen haben höhere Einnahmen, als die entwickelten Industriestaaten. Die 15 größten Multis verkaufen im Jahr mehr als die Hälfte aller produzierten Güter. Für die Vermarktung der wichtigsten Güter (beispielsweise in der Lebensmittelproduktion) haben Monopole miteinander Kartellabsprachen getroffen, um weltweit Löhne niedrig und Preise hoch zu halten.

Dabei ist die Verschiebung der wirtschaftlichen Machtzentren besonders interessant. Hatten von den 200 größten Multis im Jahr 1982 noch 115 in den USA und 15 in Japan ihre Zentralen, so stammten 1995 bereits 117 von ihnen aus Japan.

Politische Machtkonzentration

Eine solche wirtschaftliche Machtkonzentration hat natürlich auch immense Auswirkungen auf die Politik, und zwar sowohl die Innen- wie die Außenpolitik aller Staaten.

Seit der Verkündung der "Neuen Weltordnung" versuchen vor allem die Industriestaaten, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen, indem sie verstärkt die große "Standortdiskussion" führen. Der Wirt-

schaftsstandort Deutschland beispielsweise sei durch Billiglohnländer und niedrigere Lohnnebenkosten in anderen Industriestaaten gefährdet, so daß die großen Konzerne sich zurückziehen würden, was zu weiterer Arbeitslosigkeit führen und soziale Sicherungssysteme unbezahlbar machen würde. Interessant daran ist aber die (verschwiegene) Tatsache, daß die 500 größten Monopole, die wie oben erwähnt einen Großteil der Produktion und den größten Teil des Handels und Kapitalinvestments beherrschen, weltweit nur 0,5% aller Arbeiter beschäftigen!

Auch die Außen- und Militärpolitik der Länder dieser Welt wird von den wirtschaftlichen Machtzentren mehr als bislang beeinflusst. Im Falle der Blockade Cubas hat dies paradoxerweise sogar positive Auswirkungen, weil im Gegensatz zum Toricelli-Gesetz das Helms-Burton-Gesetz für die US-Regierung bisher nicht voll durchsetzbar ist. Dem stehen die Ambitionen kapitalistischer Konzerne und Staaten entgegen, auch Cuba als Rohstofflieferant, Produktionsstandort und Absatzmarkt zu nutzen.

In Bezug auf Cuba war auch der Vortrag des ehemaligen CIA-Beamten Philipp Agee wichtig, der noch einmal die Auswirkungen imperialistischer Politik am Beispiel seiner eigenen Tätigkeit im Geheimdienstkrieg der 50er und 60er Jahre gegen dieses Land darstellte. Er wies darauf hin, daß auch heute die CIA in allen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens fast jedes Staates tätig ist. Die angeworbenen oder auch nur ohne ihr Wissen benutzten Agenten werden dabei aus allen Schichten und Gruppen rekrutiert, besonders auch aus Nicht-Regierungs-Organisationen, Kirchen und humanitären Hilfsinstitutionen.

Gegenwehr und Perspektiven

Es lassen sich an dieser Stelle bei weitem nicht alle Vorträge, Fakten und Diskussionen darstellen, die es auf diesem Kongreß gab. Deshalb sei noch die Abschlusdiskussion erwähnt, die sich damit beschäftigte, wie man sich weltweit

gegen die Bestrebungen der "Neuen Weltordnung" und des Imperialismus wehren kann.

Vom 14. - 17. November 1995 verabschiedete der Antiimperialistische Kongreß in Kalkutta mit 1256 Delegierten und über 300.000 TeilnehmerInnen - die Cuba Libre berichtete darüber - einen Aufruf (ebenfalls in CL dokumentiert) zum weltweiten organisatorischen Zusammenschluß aller fortschrittlichen Bewegungen, Parteien und Gruppierungen. Diese "Kalkutta-Konvention" ist der bisher stärkste Anstoß zur Gegenwehr. ★

Am Kölner Kongreß beteiligten sich auch Teilnehmer dieses Kalkutta-Forums, so Wil van der Klift aus den Niederlanden, Michael Opperskalski aus Köln und der Vizepräsident des Forums, der ehemalige Rektor der Universität Kalkutta, Dr. Manik Mukherjee. Die Diskussionen mit ihnen über weitere Perspektiven antiimperialistischer Arbeit in Deutschland dauerte bis weit nach dem offiziellen Ende des Kongresses noch an. Es wurde ins Auge gefaßt, im März/April 1997 einen Nachfolgekongreß abzuhalten, der sich in Arbeitsgruppen mit der Kalkutta-Konvention befassen und eventuell weitere Arbeitsperspektiven entwickeln soll.

Was die beiden Tage gezeigt haben: In vielen Bereichen der politischen Diskussion gab es zwischen Personen, Parteien und Gruppen Übereinstimmungen, wie sie vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. Die Stimmung und die menschliche Umgangsweise wie auch die solidarische, sachliche Diskussion waren im Vergleich zu vielen anderen Veranstaltungen der deutschen Linken besonders gut.

Zum Abschluß noch ein Novum in der Umgangsweise deutscher Behörden mit ausländischen Gästen: Trotz Einladung durch PDS-Bundestagsabgeordnete wurde den Vertretern der Opposition in Südkorea das Visum für die Teilnahme an dem Kongreß verweigert. Offensichtlich hält man schon die politische Diskussion und Information in Deutschland für zu gefährlich.

Wer sich für den vollen Wortlaut der Konvention und/oder den weiteren Fortgang des Kongresses interessiert, wende sich bitte an:

Frank Flegel
Berckhusenstr.13
30625 Hannover

Michael Opperskalski
Postfach 270324
50509 Köln
Tel/Fax: 0221/175755

Dort kann auch der Kongreß-Reader mit allen Vorträgen, Referaten und schriftlichen Stellungnahmen (beispielsweise aus Mexico) vorbestellt werden!

Weltjugendfestspiele in Cuba

27. Juli bis 5. August 1997

Die Vorbereitungen zu dem Welttreffen der Jugend, der StudentInnen und natürlich der junggebliebenen Freunde und Freundinnen Cubas nehmen konkrete Formen an.

Im Oktober hat ein zweites Internationales Vorbereitungstreffen in Neu-Delhi stattgefunden. Es wurde dort hauptsächlich über die politische Ausrichtung dieser Festspiele diskutiert und beschlossen, daß sie unter folgendem Motto stehen werden:

“Antiimperialistischen Solidarität, Frieden und Freundschaft”

Bewußt wird damit die Tradition vergangener Weltjugendfestspiele aufgegriffen, die in Moskau, in Korea und auch schon einmal in Cuba diese Losung trugen.

Für den politisch-inhaltlichen Austausch hat man/frau sich auf 13 Themenbereiche geeinigt, zu denen dann vielerlei Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Cuba angeboten werden können:

1. Frieden, Sicherheit, eine atomwaffen freie Welt und Zusammenarbeit,
2. Antiimperialistischer Kampf, Solidarität, nationale Befreiung, Souveränität und Selbstbestimmung,
3. Demokratie und Partizipation,
4. Umwelt und nachhaltige Entwicklung,
5. Beschäftigung,
6. Bildung, Wissenschaft und Technologie,
7. Kindheit,
8. Die junge Frau,
9. Gesundheit,
10. Kultur und Medien,
11. Diskriminierung, Rassismus und Neofaschismus,
12. Internationale Jugend- und Studenten,
13. Menschenrechte und Rechte der Völker.

Treffen für bestimmte Gruppen von TeilnehmerInnen wir es auch geben. So können dann junge Gläubige, junge ParlamentarierInnen, junge KünstlerInnen und JournalistInnen, Jugendliche aus der

Landwirtschaft sowie JungunternehmerInnen und AkademikerInnen zu einem speziellen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zusammenkommen.

Auch im Rahmen von internationalen Foren wird Diskussion, Information und Unterhaltung geboten. Vorbereitet werden: ein Antiimperialistisches Tribunal, ein Internationales Kinderzentrum, ein Internationales Jugend- und StudentInnenzentrum sowie ein Internationales Pressezentrum.

Es werden viele Solidaritätsveranstaltungen mit den Völkern, die unter imperialistischer Aggression und reaktionären Regimes leiden, stattfinden. Dabei wird der Blick täglich auf eine andere Region in der Welt gerichtet: “Ein Tag für Asien und Ozeanien” - “ein Tag für den Nahen Osten” - “ein Tag für Europa” - “ein Tag für Amerika”. Jede dieser Regionen wird während der Festspiele in Cuba ihre eigenen Veranstaltungsräume haben, in denen die Delegationen auch ihre Musik, ihre Tänze und Traditionen vorstellen können. Der letzte Tag des Festivals, der sicherlich bewegende Ausklang, wird “ein Tag für Cuba” sein.

Das Festival wird dezentral in verschiedenen Provinzen stattfinden, damit auch möglichst viele cubanische Jugendliche daran teilnehmen können. Die Unterbringung der Delegierten erfolgt in der Regel bei cubanischen Familien. Der erste Auftakt wird in Havanna sein, dann fahren die Delegierten in Sonderzügen in die verschiedenen Regionen. Dort werden die meisten Programmpunkte stattfinden. Zum Abschluß des Festivals werden alle wieder in Havanna eintreffen.

Wer an diesem einzigartigen Ereignis teilnehmen möchte, sollte sich baldmöglichst darum kümmern. Es gibt zwei Möglichkeiten der Teilnahme: Als Delegierte/r einer Organisation (über die dann die Meldung zu erfolgen hat) oder als “Normalreisender” mit der Möglichkeit, auch einen Teil der umfangreichen Veranstaltungen zu besuchen. Letztere müssen sich natürlich vorher auch - rechtzeitig! - um ein Quartier in Cuba kümmern. Bei der Platzvergabe für die voraussichtlich knappen Flüge werden die Delegierten Vorrang genießen..

Die Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba bietet die Möglichkeit, sich 2 Wochen vor dem Festival bereits an der traditionellen José Martí Brigade zu beteiligen, oder im Anschluß an das Festival 2 Wochen Arbeit in einer anderen Landwirtschaftsbrigade zu leisten. Die Plätze sind dieses Jahr aber sehr begrenzt rechtzeitige Vormerkung empfiehlt sich!

Für schnellstmögliche Informationsweitergabe und gemeinsame inhaltliche und organisatorische Vorbereitung unsererseits auf das Festival (welche Beiträge bringen wir ein? welche Informationen können wir über unser Land, unsere Lebensbedingungen geben? u.v.m.) empfiehlt sich die Teilnahme an den regionalen Vorbereitungskreisen und -bündnissen - oder die Initiierung eines solchen. Bitte gebt auch Berichte und Informationen über eure Aktivitäten zu den Weltjugendfestspielen weiter an unsere Geschäftsstelle. Wir werden regelmäßig in den Gruppenrundbriefen über die regionalen und überregionalen Vorbereitungen berichten.

M. S.



**Simha Rotem, Kazik - Erinnerungen eines Ghettokämpfers,
Schwarze Risse, Rote Straße, Berlin 1996,
194 S., 25 DM**

Unversöhnliche Erinnerungen. Die Goldhagen-Debatte hat vor einigen Monaten in allen Medien für Schlagzeilen und Aufregung gesorgt. Das zeigt, wie wenig bisher die Shoah, die von Deutschland ausgegangene fabrikmäßige Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas, begriffen wurde. Kurzzeitige Gefühlsaufwallungen nach der Holocaust-Serie dürfen ebenso wenig wie die Sonntagsreden verantwortlicher Politiker darüber hinwegtäuschen. Die wenigen überlebenden Juden und Jüdinnen hatten, anders die Angehörigen von SS und NSDAP, Schuldgefühle, gerade weil sie überlebt haben während ihre Angehörigen und FreundInnen ermordet wurden. Sie drängten sich nicht in die Medien und mußten oft nach Jahrzehnten von Angehörigen überredet werden, über ihre Erlebnisse zu berichten.

So ging es auch Simha Rotem, der im Warschauer Ghetto in einer Untergrundarmee organisiert war, sich mit minimalster Bewaffnung der deutschen Militärmaschinerie entgegengestellt hat und in letzter Minute auf abenteuerliche Weise in den nichtjüdischen Teil Warschaws geflohen ist. "Bei jeder Begegnung mit den Einwohnern tauchte die Frage auf: "Wie hast du überlebt?.... Ich hatte das Gefühl schuldig zu sein, weil ich noch am Leben war..." Das hatte er in erster Linie seinem 'nicht-jüdischen' Aussehen zu verdanken. Dadurch bekam er die Möglichkeit sich relativ unauffällig bewegen zu können oder auch Verhandlungen mit polnischen Widerstandskreisen zu führen. Dabei mußte er nicht vor den Deutschen auf der Hut sein, sondern auch vor Teilen der polnischen Bevölkerung. Einige nutzten die verzweifelte Situation der jüdischen Bevölkerung, um sie zu erpressen, der letzten Habseligkeiten zu berauben, um sie dann doch noch bei den deutschen Behörden zu denunzieren. Selbst Kämpfer der rechtsgerichteten polnischen Heimatarmee Armia Krajowa beteiligten sich noch im Untergrund an der Jagd auf die jüdische Bevölkerung, manchmal gemeinsam mit den deutschen Besatzern. Als der polnische Aufstand ausbrach, dachten einige jahrelang in engen Verliesen versteckte Juden, jetzt könne ihnen nichts mehr passieren. Kaum hatten sie das Haus verlassen, wurden sie von den Aufständischen auf der Straße erschlagen. Auch darüber berichtet das Buch. Akzeptiert wurden die jüdischen Untergrundkämpfer nur von der Armia Ludowa, der kommunistischen Militärorganisation. Ihnen schlossen sie sich auch an.

Ende 1968 sollten die regierenden Kommunisten den antisemitischen Druck aus der Bevölkerung nachgeben, was zur Aus-

reise eines Großteils der wenigen noch in Polen lebenden jüdischen Menschen führte. Kazik, wie Simha Rotem mit seinem Kampfnamen hieß, berichtet auch von den Problemen unter der jüdischen Bevölkerung. Viele wollten bis zum Schluß nicht glauben, daß sie von den Deutschen vernichtet werden sollten. Sie beschuldigten die Untergrundkämpfer mit ihren bewaffneten Aktionen ihre Lage zu verschlimmern. Aber auch die mußten manchmal zu Methoden der Entführung und Erpressung greifen, um von wohlhabenden Juden das nötige Geld für den Untergrundkampf zu bekommen.

Hier wird die linksdeutsche Sehnsucht, sich mit den wenigen jüdischen Widerstandskämpfern zu identifizieren und der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung vorzuwerfen, daß sie sich ja nicht gewehrt habe, sicherlich wieder ansetzen. Dabei wäre es für uns doch sinnvoller zu fragen, warum so wenige Deutsche Widerstand geleistet haben und so viele aktiv die Nazis unterstützt haben, z.B. beim Denunzieren der versteckten Juden. Die Deutschen kommen im Buch kaum vor obwohl sie als todbringende Bedrohung immer präsent sind. Nur über die unbändige Wut von Kazik und den Wunsch einige Deutsche zu bestrafen, wird häufig berichtet. Ob er seine Pläne ausgeführt hat, bleibt unbekannt. Zumindest wird angedeutet, daß Kazik, seine Abreise nach Israel verzögerte, weil er in Deutschland noch etwas zu erledigen hatte.

Das Buch ist ursprünglich für ein jüdisches und nicht für ein deutsches Publikum geschrieben worden. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß es jetzt ins Deutsche übersetzt wurde. Auch wenn sicher manche die ungeschönte, ehrliche Beschreibung Kaziks zum Anlaß nehmen werden, um die deutsche Verantwortung für die Shoah zu relativieren, indem sie auf den Antisemitismus der Polen oder die Konflikte innerhalb der jüdischen Gemeinde verweisen. Trotzdem wird Goldhagens einfache aber klare Formel "Ohne die Deutschen kein Holocaust" damit in keiner Weise infrage gestellt. Denn es bedurfte erst einer deutschen Staatspolitik und einer deutschen Wehrmacht, um den nicht nur in Deutschland vorhandenen Antisemitismus jenen eliminatorischen Charakter zu geben, für den Auschwitz ein Synonym ist. Das ist keines der hier beliebten Bücher, an deren Ende dann die Versöhnung steht. Gerade deswegen ist das Buch sehr zu empfehlen.

Peter Nowak



Che 2a
Foto: ediciones política



Che 2d
Foto: ediciones política

Nicolas Guillén und die Musik

Die Nicolas-Guillén-Stiftung beschäftigt sich mit der Wahrung, Erforschung und Verbreitung des Werkes dieses berühmten cubanischen Dichters.

Sie veranstaltet vom 30. März bis 5. April 97 zu ersten Mal ein internationales Festival und Kolloquium unter dem Titel:

"Nicolás Guillén y la Música".

Wer teilnehmen möchte, kann sich nähere Informationen direkt geben lassen vom:

Comité Organizador Nicolás Guillén y la Música
Coloquio y Festival Internacional
Fundación Nicolás Guillén
Calle 17, esquina H, Vedado
La Habana, Cuba.

Tel.: 00537-32-4552; - 4551; 4571.
Fax: 00537- 33-3158

1997 ist der 30. Todestag von Che Guevara. Von dem, was da an Kitsch und Popart auf uns zukommt, hat der Spiegel schon vor einigen Monaten mit einer mehrteiligen Serie samt Titelbild schon mal einen Vorgeschmack gegeben. Manche Linke dürfen sich da nicht beklagen, haben sie doch verzückt

Wolf Biermann gelauscht, als er in seinem "Commandante" den Che als "Jesus mit der Knarre" titulierte.

Nicht alles, was auf den Buchmarkt kommt, soll vorschnell in diese Kategorie eingeordnet werden. Dazu gehört ein Buch, daß erstmals umfassend Che's politische Arbeit in Afrika behandelt. Bisher klaffte zwischen seinem Verzicht auf den Ministerposten im Frühjahr 1965 und seinem Agieren in Bolivien 1967 eine Lücke. Es war die Zeit der wildesten Spekulationen und Verschwörungstheorien, die durch die internationale Presse verbreitet wurden und im Buch Erwähnung finden. Danach sollte Fidel Castro Che verhaftet oder gar ermordet haben. Daß nicht nur nordamerikanische Agenturen an der Verbreitung dieser Legenden Interesse hatten, ist angesichts des ominösen "Memorandums R" zu vermuten. Dieser zuerst in deutscher Sprache erschienene Text, der im Sommer 1965 weltweit für Aufsehen sorgte, suggerierte, daß sich Che mit psychischen Problemen in einer Klinik auf Kuba befinde. "Che liest unablässig Bücher, darunter Trotzki's Beschreibung der Oktoberrevolution und schreibt eine Unzahl von Briefen" erklären die unbekanntenen Verfasser. In den Briefen sei von der permanenten Revolution und dem Export der Guerillatechnik die Rede. Es wäre interessant zu untersuchen, ob es sich hier um eine raffinierte Strategie des US-Geheimdienstes handelte oder ob auch Kommunisten die Hände im Spiel hatten, worauf der Bezug schließen lassen könnte. Schließlich, das darf nicht vergessen werden, war zu dieser Zeit ein großer Streit zwischen den die Volksfronttaktik unterstützenden Kommunistischen Parteien und Che's Strategie des bewaffneten Kampfes entbrannt.

Allmählich war auch in den internationalen Medien durchgesickert, daß sich Che in der fraglichen Zeit in Afrika befand. In der Republik Kongo war der erste nachkoloniale Präsident Patrice Lumumba mit Hilfe des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA gestürzt und kurz darauf ermordet worden. Seine Anhänger versuchten durch den bewaffneten Kampf die Macht zurückzugewinnen. Diesen Kampf zu unterstützen, waren Che und seine Mitkämpfer nach Afrika gekommen. Den Autoren kam bei ihren Recherchen ein glücklicher Zufall zu Hilfe. Sie fanden Che's handschriftliche Aufzeichnungen aus dem Kongo, eine Art kongolesisches Tagebuch. Nachdem durch handschriftliche Vergleiche Che's Urheberschaft bewiesen wurde, arbeiteten die Autoren diese Notizen in das Buch ein. Etwas übertrie-

Che ohne Kitsch

Guerra Felix, Escobar Froilan, Taiboll Ignacio, Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren - Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla, Edition ID-Archiv, Berlin 1996, 253 Seiten, 29,80 DM o.V., Texte zu Che, 57 Seiten, gegen 3,50 DM zu beziehen über: Internationalistisches Komitee, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken

ben scheint es schon, wenn die Autoren im Vorwort schreiben, daß Che's Aufenthalt in Afrika "zu den bestgehütetsten Geheimnissen der kubanischen Revolution" gehörte, die nun durch das Buch gelüftet wurden. Die Autoren haben offen die verschiedensten Stellen und Personen in Kuba befragen können. Wenn sich das bestgehütetste Geheimnis so einfach und mühelos lüften läßt, scheint die kubanische Regierung zumindest nichts dagegen gehabt zu haben. Es mindert die Arbeit der Autoren keineswegs, wenn man die ganze Sache etwas tiefer hängt. Ob es sich um einen Zufall handelt oder ob Absicht dahinter steht, jedenfalls kann das Buch durch den 30. Todestag und die dadurch verstärkte Aufmerksamkeit für Che profitieren. Ebenfalls der Verlag, und das ist ihm auch zu gönnen. Denn der Verlag ID-Archiv, der seit Jahren engagierte linke Literatur herausbringt, hat kein dickes Geldpolster.

Erste Veranstaltungen, z.B. eine Gemeinschaftsveranstaltung der Tageszeitung Junge Welt mit dem Verlag in Berlin waren gut besucht. Allerdings zeigt die Diskussion, wie wenig einige aus dem Publikum mit dem Buch anfangen konnten. Statt zu begreifen, daß es sich bei den Texten um die Schwierigkeiten revolutionärer Arbeit in einem Land wie dem Kongo handelt, wo auch revolutionäre Mitkämpfer noch von Aberglauben, Geister- und Hexenglauben ergriffen waren, meinten sie moralische Urteile über Che's oft nicht besonders zierliche Äußerungen über die afrikanischen Genossen fällen zu können. "Jetzt habe ich ja eine ganz schlechte Meinung zu Che", bedauerte ein Zuhörer. Pech für ihn, aber vielleicht ist es ja noch ein zusätzliches Verdienst, daß der Kinderglaube von Che - als der gute Mensch vom Rio Grande - endgültig zerstört wird. Im Buch begegnet uns Che als ein Revolutionär, der sieht, daß viele Voraussetzungen sich als Chimären erwiesen, die ihn und die kubanischen Genossen auf Bitten afrikanischer Regierungen der jungen Nationalstaaten zum Engagement auf diesen Kontinent veranlaßten. Seine stetigen Versuche aus der vertrackten Situation immer wieder das Beste zu machen sind schon erstaunlich. Erst als die Lage völlig unhaltbar war und auch die afrikanischen Regierungen aus Angst vor internationalen Verwicklungen auf einen Abbruch drängten, zogen sich die kubanischen Genossen zurück. Es hat aber weniger mit Wundern und Aberglauben zu tun, wenn im ersten Kapitel auf Seite 11 berichtet wird, daß der 36jährige Che im Dezember 1964 von den Vereinten Nationen in

New York nach Algerien reiste und dort mit "Frantz Fanon, einem der interessantesten Vertreter der afrikanischen Revolution" Gespräche führte. Nun ist allerdings besagter Fanon schon 1961 in New York an Leukämie gestorben.

Eine besondere Aktualität, die niemand erahnen konnte, hat das Buch durch die Ereignisse in Ruanda/Zaire in den letzten Wochen bekommen. Als Sprecher der Banyamulenge-Rebellen im Osten Zaires präsentierte sich ein Laurent Kabila der internationalen Presse. Manche meldeten mit Erstaunen, daß sich mit ihm ein früherer Lumumba-Anhänger, der nach dessen Sturz in verschiedenen Guerillagruppen gegen die Regierung kämpfte, zurückgemeldet hat. Es ist jener Kabila, der als oberster militärischer Kommandeur der nordöstlichen Zone des Kongos große Anerkennung von Che erfahren hat. Die wenigsten werden bei den täglichen Meldungen über Hungerkatastrophen, Flüchtlingselend und verzweifelte Menschen daran denken, daß bei einem Erfolg von Che und seinen afrikanischen Genossen solche Bilder der Vergangenheit angehört hätten. Über die unmittelbare Hilfe hinaus ist eine revolutionäre Bewegung das beste Mittel gegen Hunger und Flüchtlingselend. Es wird sich zeigen, ob Kabila, dessen Bewegung aktuell im Kongo große militärische Erfolge zu verzeichnen hatte, noch daran denkt.

Der Revolutionär Che Guevara ist für viele politische Menschen durchaus noch aktuell. Eine kleine Broschüre faßt einige der Debatten zusammen. Die Ansprache des Ministers Che Guevara auf dem zweiten Wirtschaftsseminar der afro-asiatischen Solidarität vom Februar 1965 und sein Text "Der Sozialismus und der Mensch in Kuba", vom März 1965, geschrieben unmittelbar vor seinem Aufbruch nach Afrika sind die Rahmentexte. Weitere Texte der Bewegung Tupac Amaru aus Peru und von revolutionären Gefangenen aus Frankreich und Italien zeigen, wie Genossen die Bedeutung von Che sehen. Die Beiträge regen zu Diskussion, sicher auch zu Widerspruch an. So wird Che's moderate Kritik an zu geringer Unterstützung der trikontinentalen Befreiungsbewegung durch die sozialistischen Länder im Text der französischen Gefangenen zum von Che's Rede nicht gedeckten Angriff auf den "Sozialimperialismus". Die Broschüre kann bei obengenannter Adresse gegen Vorkasse bestellt werden.

Peter Nowak

leserInnenbriefe

Uwe Kruse
Otto Burrmeister-Ring 24
22309 Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren! Queridas companeras/os!

Habe die CUBA LIBRE Nr.4/96 gleich wieder "verschlungen" und möchte Euch schnell ein paar Zeilen dazu schreiben:
... Auf den Seiten 15, 16, 17 ist ein Interview von Cuba Libre mit dem Vorsitzenden der DKP, Heinz Stehr, abgedruckt. Auf Seite 15 in der 3.Spalte heißt es: "... Vietnam, China, die koreanische Volksrepublik, Laos versuchen, unter ihren Bedingungen ebenso wie Cuba eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen ..." Spätestens hier hätte eine kurze Nachfrage erfolgen sollen u.U. mit Begründung von seiten Cuba Libre, was denn z.B. seit Deng Xiao Ping in China noch an sozialistischer Entwicklung erfolgt. Ich spare mir die Begründung, aber China ist zum Unterschied von Cuba ein kapitalistisches Land mit totalitärer Regierung geworden. ...

... Sehr gut die Veröffentlichung des LeserInnenbriefes auf Seite 34. Nur durch Kritik mit IST-Zustand, Analyse und Soll-

Zustand kommt man weiter. Das ist sehr viel und sehr harte Arbeit. So wie Gorbis das gemacht hat, mit Sprüche klopfen und beim G7-Club um Geld betteln, geht das nicht.

Und wenn die Cubaner auf die Außenpolitik der USA, EG und Japan schon keinen Einfluß haben, dann müssen sie nach der nun einmal erfolgten Dollarfreigabe - die sehr dynamisch wirkt - sehr schnell reagieren. Ich kann keinem Cubaner erklären, warum sehr ähnliche selbständige Tätigkeiten teils erlaubt und teils verboten sind. Das Verbot alleine ist keine innere Motivation. ...

... Auf Seite 21 schreibt Deborah:"... Wenn jetzt eine Kirche kommt und sagt, wir wollen nur die Gläubigen unterstützen, sagen wir ausdrücklich, diese Solidarität möchten wir nicht ..." Dafür bin ich ehrlich dankbar. Dann ist Cuba jetzt weiter, als es Fidel Castro noch vor einigen Jahren in seinen Nachtgesprächen mit Frei Betto war. In den Gesprächen hatte ich den Eindruck gewonnen (ISBN 3-905575-5), Fidel Castro würde den Kirchen in Cuba freie Entwicklungsmöglichkeiten geben. Aus seinen Erzählungen ging aber hervor, daß die Bevölkerung Cubas vor

der Revolution absolut keine enge Bindung an die organisierten Kirchen hatte. Und das dürfte auch ein Grund gewesen sein, daß die Bevölkerung während der 50er Jahre nicht durch Pfaffen gesteuert werden konnte. Und das hat die Kirche auch aus Cuba mit der Revolution gelernt. Selbst die Volkspriester in Lateinamerika erfüllen immer noch eine Führungsfunktion und vor allen Dingen informieren sie die Kirchenoberen rechtzeitig und immer von den Entwicklungen im Volk. Und die Kirchenoberen (die Alibi-Bischöfe gehören auch zu dem Spiel) steuern dann mit den Pinochets und der CIA dagegen ...

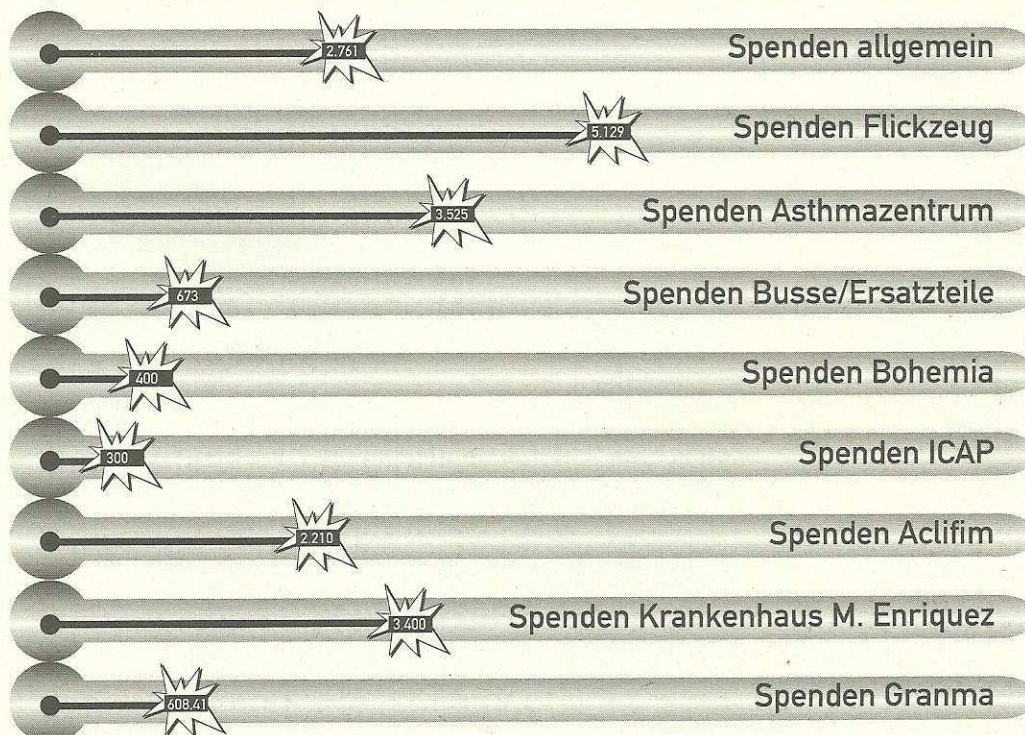
... Anbei
1 Scheck über DM 20.-- für Cuba Libre 1997
1 Scheck mit DM 100.-- für Solidaritätsspendenkonto ...

Con saludos
Uwe Kruse

Lieber Uwe Kruse, deinen Leserbrief mußten wir aus Platzgründen etwas kürzen. Auf einige deiner Anregungen werden wir in einer der nächsten Ausgaben noch eingehen.
Die Redaktion.

Spendenbarometer 1.1.96 bis 12.12.96

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.: Postgiroamt Köln: KtoNr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



Für eine spezielle Unterstützung des Krankenhauses »Hermanos Almejeiras« sind 1.050 DM eingegangen, für die Arztkittel und Medikamente besorgt werden

Für unseren Spendenaufruf zur Soforthilfe für die Hurrikan-Schäden sind eingegangen: 43.119 DM

Wir bedanken uns ganz besonders für 3 Spendensammlungen zugunsten unserer Projekte anlässlich von Todesfällen!

projekte

Soforthilfe für Cuba erfolgreich!

Hurricanschäden müssen schnell beseitigt werden.

★ Nach dem verheerenden Wirbelsturm Lili liefen in Cuba sofort die Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an. Zuerst wurden die Schäden an der Stromversorgung in Villa Clara und Cienfuegos behoben. Die Reparatur von Straßen und Gebäudeschäden in zahlreichen Provinzen wurde begonnen. Dafür sind große Mengen an verschiedensten Baustoffen und Energie notwendig. Ein großes Problem angesichts des Mangels, der in Cuba selbst unter normalen Bedingungen an diesen Materialien besteht.

Fieberhaft wurde sofort an der Beseitigung der Ernteschäden gearbeitet. Aus verwüsteten Bananen- und Citrusplantagen wurden die reifen Stauden und Früchte geborgen und in die Verkaufsstellen gebracht. Die Anbauflächen für Gemüse werden für neue Anpflanzungen vorbereitet, alle verwendbaren Teile der zerstörten Ernten wurden geborgen und zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. In den Zuckerrohrplantagen arbeiteten viele zusätzliche Kräfte daran, daß die Auswirkungen des Hurricans für die nächste Ernte keinen gravierenden Einbruch bedeuten: Viele umgeknickte Pflanzen konnten durch die Hilfe zahlreicher Freiwilliger in Handarbeit wieder aufgerichtet werden.

Aus den Städten fahren an den Wochenenden viele Brigaden aufs Land um in solchen Arbeitseinsätzen mitzuhelfen. Auch innerhalb der Städte ist die gegenseitige Solidarität groß. Die Nachbarn kümmern sich gemeinsam um die Beseitigung der Schäden oder eine Unterkunft für die am schwersten Betroffenen, wenn in ihrem Viertel Wohnungen beschädigt oder gar zerstört wurden.

Die am stärksten betroffenen Gebiete werden vorübergehend in der Lebensmittelversorgung vorrangig beliefert. Das führte leider dazu, daß z.B. in Havanna, das weniger Schäden erlitt, die Eier knapp wurden und einige Wochen nach Lili noch nicht auf Libreta zu bekommen waren. Die meisten Habaner@s zeigen aber viel Verständnis für diese vorübergehende Maßnahme.

In der BRD hat die Freundschaftsgesellschaft eine Soforthilfekampagne gestartet, um Cuba finanzielle Mittel zur Beseitigung der immensen Gebäudeschäden zur Verfügung zu stellen, damit die betroffenen Familien bald wieder in ihre Wohnungen zurückkehren können. Wir hoffen auf eine breite Resonanz unter CubafreundInnen und darüber hinaus.

Bis zum 12. Dezember waren bereits eingegangen, inzwischen wurden 43.119.-- DM bereits nach Cuba weitergeleitet.

»Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«

Dieser Satz Ché Guevaras hat eine Gruppe Stuttgarter GewerkschafterInnen, die zum Jahreswechsel 95/96 in Cuba waren, motiviert zu einer Solidaritätsaktion.

Für die Arbeiter in der Reifen- und Schuhfabrik LA GOMA sammeln sie Arbeitssicherheitsmittel, Ersatzteile und Geld auf dem Spendenkonto Nr.182889460 bei der Allgemeinen Deutschen Direktbank, BLZ 44010046. Stichwort: Anne Rieger - Cuba.

Inzwischen konnten sie über die Container in Bremen bereits 8 Kisten nach LA GOMA schicken, mit vielen Arbeitshandschuhen, Schutzhelmen, Staubmasken, Gehörschutz, Sicherheitsschuhen usw.

Kontakt und Information: Anne Rieger, Kleiner Ostring 99, 70374 Stuttgart, Tel. 0711/536318

„Das Gesundheitswesen in Kuba“

Neue Broschüre von IPPNW Deutschland (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) und Centro Felix Varela e.V. Deutschland: Preis: DM 6.-- zuzüglich Versandkosten, Bezugsadresse IPPNW Deutschland, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel. 030-6930244. Aus dem Inhalt:

- AIDS in Kuba - Einige Fakten
- Betreuung chronisch Kranker am Beispiel des Diabetes mellitus
- Medizinische Grundbetreuung - Der Familienarzt
- Gesundheitskennziffern im internationalen Vergleich
- Globaldaten Gesundheit in Kuba
- Ärzte im internationalen Einsatz
- Wirtschaftskrise, US-Blockade und Gesundheitssystem
- Tarará - Stadt der Hoffnung (Rehabilitation von Tschernobyl-Opfern)

Veranstaltungsangebote:

1) Abendveranstaltung: „Der Krieg der CIA gegen Cuba“

- Einleitung: Was ist und was will die „Central Intelligence Agency“ (CIA) der USA?
- Historische Abschnitte im Kampf der CIA gegen die cubanische Revolution (1959-1989):
die Methoden und Strategien der CIA (Mordanschläge, Desinformationskampagnen, ökonomische Sabotage, militärische Aggressionen, organisierte internationale Isolierung Cubas etc.)
-- die „Schlappen“ des Krieges der CIA gegen Cuba (z.B. Invasion in der Schweinebucht, „Operation Mongoose“)
-- Lehren, die die Strategen der CIA aus ihren Niederlagen zogen
- Aktuelle Destabilisierungsstrategien gegen Cuba:
-- Wie die Führung der cubanischen Revolution (KP Cubas) die imperialistischen Destabilisierungsstrategien einschätzt
-- Einschätzungen der CIA zur Situation in Cuba und Entwicklung einer aktuellen Strategie seit 1990/91
—aktuelle Methoden der CIA-Destabilisierung
- Schluß: zur Rolle bundesdeutscher Institutionen und Stiftungen
Dauer des Referats: ca. 45 Minuten

2) Tagesseminar: „Cuba und die ‚Neue Weltordnung‘“ Drei Referatblöcke (jeweils ca. 35 Minuten):

- Geschichte der CIA: der nordamerikanische Geheimdienst als Waffe im „Kalten Krieg“ und zur Durchsetzung der „Neuen Weltordnung“: Informationen zum Aufbau, Struktur und weltweiten Operationen wie zur aktuellen Zielsetzung
- Umriss der sogenannten „Neuen Weltordnung“: aktuelle Strategien der USA, Konflikte mit anderen Mächten, strategische Zielsetzungen
- Die Versuche, Cuba im Rahmen der sogenannten „Neuen Weltordnung“ zu destabilisieren (vor dem Hintergrund der Rolle Cubas als Hoffnungsträger vor allem in der sogenannten „Dritten Welt“)

weitere Informationen, konkrete Absprachen etc. über:
Michael Opperskalski, Postfach 270324, 50509 KÖLN
Tel: 0221-175755 • Fax (& Modem & Tel): 0221-1703980

aus der fg

Aus dem traurigen Anlaß, daß unser aktives Mitglied Bill Mahl, Sprecher unserer Bodenseeegruppe, der auch die Cuba Libre immer gern mit Fotos versorgte, in diesem Sommer unerwartet verstarb, veröffentlichen wir einen Nachruf, den die cubanische Zeitschrift "Bohemia" diesem echten Cubafreund widmete. (Übersetzung: M. Schweinesbein)

Adiós an einen Freund

Aus dem fernen Meersburg in der BRD kam die Nachricht mit einer Knappheit, wie sie schlechte Nachrichten oft begleitet. Bill Mahl ist am Morgen des 11. Septembers dieses Jahres gestorben. Ein kalter und verhangener Tag, der Unglück anzukündigen schien, schon seit dem Moment des Tagesanbruchs.

Wer war dieser Unbekannte, daß er es wert ist, daß wir an ihn erinnern, die wir so weit weg sind von den Weinbergen, die sein Haus umgeben, weit von dem sanften Rauschen der Wellen, die sich nahe der Straße 'Burgundertreppe' am Ufer brechen. Er war einfach ein Mensch, der über seinem Wohlergehen weder seine einfache Herkunft vergessen hat, noch seine Jugend, die von den Schrecken eines Krieges geprägt war, der Spuren in seinem

Herzen und in seiner Erinnerung hinterlassen hatte. Jemand, der nie das Vertrauen verloren hat, daß die Existenz einer Welt möglich sei, die wenigstens ein wenig gerechter wäre, in der zwischen den einen Wesen und den anderen Eintracht herrschen könnte.

Schließlich war er ein Mensch, der sah, wie sich in Cuba einige seiner innersten Hoffnungen verwirklichten und er hegte in seinem Herzen eine aufrichtige Liebe für dieses Land und sein Volk.

Architekt von Beruf und anerkannter Fotograf, war er Cuba seit den längst vergangenen 60er Jahren verbunden. Er kam das erste Mal nach Havanna auf den noch frischen Spuren des revolutionären Triumphes, um an dem VII. Internationalen Architektenkongreß teilzunehmen. Dort hatte er die Gelegenheit, Fidel zu hören, sich mit verschiedenen der "bärtigen" jungen Revolutionäre zu unterhalten und Che kennenzulernen.

Die Verbindung zu unserer Insel wurde mit den Jahren ausgeweitet, in deren Verlauf er in verschiedenen Solidaritätsorganisationen aktiv war, zunächst für Cuba und später auch für Nicaragua, bis er an der Spitze der Gruppe Bodensee der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba tätig blieb.

Mit guten Beziehungen zu den Mitgliedern der IG Metall in Friedrichshafen führte er mit ihnen zusammen Aktionen durch, um uns Spenden von Kleidung, Medikamenten und Unterrichtsmaterial zukommen, von denen er wußte, daß sie hier dringend nötig sind.

In diesen dramatischen Jahren der verletzten Ideale und der zunehmenden Bedrohungen waren seine Besuche in Holguín und Havanna häufig. Er kam zusammen mit Freunden, unter denen er um eine

aktivere Unterstützung für die Insel warb.

Weder er, noch wir, die wir ihn hier gernhätten, hätten uns vorstellen können, daß er in diesem Juli 1996 zum letzten Mal unter uns sein würde. Er gestand, daß er von der Idee bewegt sei, einen Workshop über die Fotografie der Tänze afrikanischen Ursprungs zu initiieren, deren Gestik und Farbigkeit ihn faszinierten. Der Tod aber holte ihn ein und wenige Stunden, ehe er die Heimreise in sein Land antrat, erlitt er einen Schlaganfall.

Nur wenig halfen ihm die Erfahrung und Professionalität der cubanischen Ärzte, die ihm die erforderliche Behandlung zuteil werden ließen, damit er nach Deutschland transportiert werden konnte, wie es der Wunsch seiner Familie war. Vergeblich war auch die Behandlung, die ihm die deutschen Spezialisten zuteil werden ließen, selbst sein Lebenswille nützte nichts, er sollte sich nicht mehr erholen. Der absurde, unerwünschte Tod überwältigte ihn einige Wochen später.

Die Leere, die dieser Herzensfreund bei uns hinterläßt, die wir ihn zu schätzen wußten, ist so tief wie die Dankbarkeit, die er gesät hat und die heute seinen erwachsenen Söhnen entgegengebracht wird. Jene baten in seinem Sinne die übrigen Familienmitglieder, Kollegen und Freunde, anstatt eines Blumengesteckes bei der Beerdigungsfeier um einen Spendenbeitrag für "Medikamente für Cuba", auf das Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba.

Ein letztes Adiós nun, dem Architekten Bill Mahl, dessen Andenken - wie das anderer guter Freunde Cubas - unter uns weiterleben wird und uns verpflichtet, weiter voranzukommen. ■

Bitte vormerken • Bitte vormerken • Bitte vormerken • Bitte vormerken

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Regionalgruppe Essen lädt ein:

Auftakt zum INTERNATIONALEN CHE-GUEVARA-JAHR,
38. Jahr seit dem Sieg der cubanischen Revolution.

Samstag, 1. Februar 1996
DKP-Haus, Hoffnungsstraße 18, Essen

11.00 - 17.00 Uhr

Tagesseminar: "Der Krieg der CIA gegen Cuba"

Referent: Michael Opperskalski/Köln

Redakteur der Zeitschrift "Geheim", langjähriges FG-Mitglied und Vorsitzender des "Vereins zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung, Köln e.V."

Themenblöcke: 1. Geschichte der CIA von den Anfängen bis heute
2. Geschichte des CIA-Krieges gegen Cuba bis heute
3. "Neue Weltordnung" und imperialistische Globalstrategie

ab 18.00 Uhr

Fiesta de Solidaridad - Gegen Helms und Burton

Musik, Tanz, Cubanisches Essen nebst Cocktails, informelle Gespräche, Relaxen zu Beginn eines stürmischen Jahres ...

Begegnungsreise nach Vietnam

Ron Wiesner von Hautnah-reisen in Dahlen hat eine Mischung aus Urlaub, Information und Begegnung zusammengestellt. Das Programm führt zu den landschaftlichen Schönheiten Vietnams, Museen und Sehenswürdigkeiten sowie in gesellschaftliche Einrichtungen, zu Begegnungen und Gesprächen mit Gewerkschaftern, Studenten u.a.

**Rundreise: Hanoi - Halong -
Da Nang - Hue - Saigon**

Reisetermin: 11.3. - 25.3.97

Grundpreis im DZ 4.600.--
im Einzelzimmer 5.390.--

Informationen: Hautnah-reisen, Ron Wiesner, Bahnhofstr. 64a, 04774 Dahlen, Tel./Fax 034361-51539

Verlässliche Freunde Cubas

Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.
vom 8. - 10.11.1996

★ Mit großer Freude konnten wir viele kubanische Gäste herzlich begrüßen, die, alle neu in ihrer Funktion, unsere diesjährige BDK bereicherten:

- **Julio Alvarez Dorta** (2. Botschafter der Republik Kuba und Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Kuba, Berlin) und seine Frau
- **Leila Marin Ferrer** (3. Botschaftssekretärin)
- **Gerardo Pénalver Portal** (3. Sekretär der Botschaft der Republik Kuba, Bonn) und seine Frau
- **Mara Bilbao Diaz** (Konsulin der Botschaft der Republik Kuba, Bonn)
- **Luis Barrera** (Mitarbeiter der Außenstelle der kubanischen Botschaft, Berlin)

Weiter konnte Wolfgang Peter aus 15 Regionalgruppen ca. 40 Mitglieder willkommen heißen.

Nach dem üblichen Procedere der Wahlen der verschiedenen ordentlich gewählten Kommissionen und der jeweils einstimmigen Verabschiedung der Geschäfts- und Tagesordnung legten alle Anwesenden eine Gedenkminute für die im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder ein.

Pünktlich begann der Vorstand mit dem Rechenschaftsberichten der einzelnen Ressorts im letzten Jahr.

Aus dem politischen Bericht der Vorsitzenden Marianne Schweinesbein

Als wichtigstes Ergebnis der Arbeit des Vorstands ist festzuhalten, daß es ihm gelungen ist, die noch vor einem Jahr bestehenden ökonomischen Probleme zu überwinden, die FG zu sanieren. Die Konten bewegen sich stabil im positiven Bereich, hervorgerufen vor allem durch einen strikten sparsamen Haushaltskurs, der auch weiterhin beibehalten werden soll - ohne damit allerdings die politische Arbeit allzusehr einzuschränken. Damit sind wieder die Grundlagen geschaffen, sich verstärkt auf die politisch-inhaltliche Seite der Arbeit in der FG zu konzentrieren.

Um sich den Rücken dafür freizuhalten, sind Vorstand und Geschäftsstelle weiterhin sehr auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen. Hagen hat bisher schon mehr an zusätzlicher Arbeit geleistet als mit ihm vereinbart wurde. Es wird auch darüber nachgedacht - langfristig gesehen - die Personalkosten bzgl. der Geschäftsstelle aufzustocken, um die verschiedensten Anliegen, mit denen sich Menschen an die Freundschaftsgesellschaft wenden, zufriedenstellen zu können.

Daß aber nicht nur in der organisatorischen Küche gekocht wurde, sondern auch

andere Flammen im Herd der Freundschaftsgesellschaft loderten, zeigt die Arbeit mit den vielen Projekten, die der Vorstand im Laufe des letzten Jahres betreute, stabilisierte und politisch-solidarisch für das kubanische Volk umsetzte.

Weil es in Kuba gerade den Krankenhäusern zugute kommt, die jeweils den dringlichsten Bedarf haben, hat man sich wieder stärker um eines der ältesten Solidaritätsprojekte der FG gekümmert - das "Flickzeug". In Zusammenarbeit mit einer schweizerischen Firma kann bei entsprechendem Spendenaufkommen wieder günstig beschafftes Nahtmaterial für Operationen, das so dringend benötigt wird, nach Kuba geliefert werden.

Sehr viele positive Reaktionen erhielt die Freundschaftsgesellschaft auf den Hilfeaufruf, der Bevölkerung Kubas finanziell unter die Arme zu greifen, nachdem der Wirbelsturm "Lili" über die Insel fegte und einen großen Teil der Landwirtschaft und eine große Anzahl von Häusern vernichtete. Nur dank umfangreicher Vorsichtsmaßnahmen und einer groß angelegten Evakuierung konnten Verluste an Menschen verhindert werden.

Die 1993, während des damals stattfindenden Europatreffens der Cubasolidarität, ins Leben gerufene Partnerschaft mit Nationalen Asthmazentrum in Havanna entwickelt sich sehr positiv. Es bestehen enge Beziehungen zu dem leitenden Arzt Dr. Enrique Fernandez, der der FG regelmäßig aktuelle Listen über benötigte Materialien und Medikamente zukommen läßt. Ebenso regelmäßig berichtet er über die im Krankenhaus stattfindenden Fortschritte, die mit Hilfe von FG-Spenden vorwärtlich werden konnten. Jeder, der möchte, kann bei einem Besuch in Havanna das Asthmazentrum besuchen, um einen Eindruck über die dortigen Aktivitäten zu bekommen und sich vom "step-by-step"-Fortschritt der Klinik zu überzeugen.

Besonders hat es die FG gefreut, daß sie im Berichtszeitraum Dr. Enrique Fernandez als Gast in der BRD begrüßen konnte und er persönlich seine Anliegen bei Interessierten und FreundInnen vortragen konnte.

In ähnlicher Weise unterstützt die Freundschaftsgesellschaft das Krankenhaus Miguel Enriquez in Havanna, das in seinen Behandlungsmöglichkeiten oft von fehlenden Medikamenten eingeschränkt ist. Hier kann die FG ihren Reisegruppen einen Informationsbesuch über das kubanische Gesundheitswesen ermöglichen und gleichzeitig auf gravierende Engpässe - wie sie überall auf der Insel vorherrschen - aufmerksam machen, die vor allem durch die Blockadepolitik seitens der USA gegen Kuba entstanden sind.

Im übrigen werden hier die Patienten des Asthmazentrums eingeliefert, für die eine stationäre Behandlung notwendig ist.

Entwickelt und vertieft haben sich im Lauf der letzten Jahre die Kontakte zu ACLIFIM, dem kubanischen Verband für Körperbehinderte. Traditionsgemäß hat auch dieses Jahr wieder die Arbeitsbrigade José Martí die Hälfte der mitgebrachten Spenden an diese Einrichtung übergeben.

Die andere Hälfte der Spenden erhielt das ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft), das u. a. für die Verteilung aller eingehenden Spendengüter verantwortlich ist. Nicht nur der Einsatz aller MitarbeiterInnen ist hier gefordert, es müssen auch Geldmittel vorhanden sein, um diese Sachspenden an ihre Bestimmungsorte im ganzen Land zu transportieren. Bei allem Spendenaufkommen sollte auch daran gedacht werden, ab und an dem ICAP Geldspenden zukommen zu lassen, damit die Sachspenden in Cuba auch schnell ihrem Bestimmungsort zugeführt werden können und nicht wegen fehlender Transportmittel erstmal in Havanna gelagert werden müssen.

Um Transporte im allgemeinen zu gewährleisten, beteiligt sich die FG seit der Solidaritätskarawane 1994 an einer Kampagne, die zur Instandhaltung der bereits eingesetzten Transportmittel - auch aus technischer Sicht - beiträgt. Das Stichwort des Spendenkontos läuft unter dem Namen "Busse/Ersatzteile". Claro, daß hier nicht erwartet wird, daß z. B. Motoren gespendet werden sollen; Geldmittel sind wesentlich flexibler einsetzbar!

Mit der "Bohemía" unterstützt die Freundschaftsgesellschaft die älteste Zeitschrift ganz Lateinamerikas, in der alle Themen aus dem Leben Kubas aufgegriffen werden - aus kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Sicht. Für die ab und zu in der "Cuba Libre" in Deutsch veröffentlichten Artikel aus der Bohemía, bedankt sich die Freundschaftsgesellschaft mit Fotopapier und weiteren Sach- und Geldspenden. Inzwischen ist es auch möglich - und empfehlenswert - die europäische Ausgabe dieser Zeitschrift monatlich in spanischer Sprache zu abonnieren.

Ein weiteres Projekt, das der Freundschaftsgesellschaft sehr am Herzen liegt und mit dem man sich den Originalton aus Kuba ins Wohnzimmer holen kann, ist die deutschsprachige Ausgabe der GRANMA Internacional. Dieses sehr politische Projekt läuft inzwischen sehr gut mit einer eingespielten Redaktion in Havanna und einem zuverlässigen Vertrieb in der BRD. Und es wäre wünschenswert, diese Zeitung, die gut geeignet für Diskussionen rund um Kuba ist, noch mehr im Freiver-

kauf einzusetzen und noch mehr AbonentInnen zu werben, um damit Kubas Situation noch mehr bekanntzumachen.

Auch bei diesem Solidaritätsprojekt sind wir auf Geldspenden angewiesen, damit in der Redaktion in Kuba optimal gearbeitet werden kann und die pünktliche und regelmäßige Übersendung der Artikel in die BRD und der hiesige Vertrieb gesichert sind.

Bei all diesen aufgeführten Solidaritätsprojekten, die Kuba dringend benötigt, kann die Freundschaftsgesellschaft nicht genug darauf hinweisen, daß sie nur am Leben erhalten werden können, wenn genügend Hilfe und Mittel zur Verfügung stehen. Keiner sollte sich Gelegenheiten entgehen lassen, in jeder Situation um Spenden für Kuba zu bitten und dem Spendenaufkommen damit wieder mehr Auftrieb zu verleihen.

Vor allem zollen wir mit diesem Vorgehen den arbeitenden Menschen in Kuba uneingeschränkte Anerkennung, die sich seit den letzten sechs Jahren unter großen Anstrengungen den ökonomischen, politischen und sozialen Herausforderungen stellen, ohne zu resignieren.

Die großen Anstrengungen, die Kuba zur Verteidigung seiner sozialistischen Errungenschaften erbringt, sollten auch uns motivieren, in einer nicht nachlassenden politischen und materiellen Solidarität unsere Freundschaft mit der Insel zum Ausdruck zu bringen.

Gelegenheit dazu bietet uns das Ché-Jahr 1997, das dem Gedenken an die Ermordung Chés, Tanjas und ihrer Mitkämpfer gewidmet ist. Mit einer zentralen Veranstaltung sollen Leben, Schriften und Ideen Chés wieder stärker bekanntgemacht werden, u. U. mit Referenten aus Kuba und eventuell Weggefährtinnen von Ché und Tanja. Daß bei dieser Vorbereitung der Vorstand auf tatkräftige Unterstützung aus den Regionalgruppen angewiesen ist und alle aufgefordert sind, dieser Veranstaltung zu einem vollen Erfolg für Kuba und uns zu verhelfen, ist selbstredend.

Ein weiteres großes Ereignis wird im Jahr 1997 stattfinden, zu dem wir der kubanischen Bevölkerung unsere uneingeschränkte Solidarität beweisen können: die 14. Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen.

Es ist ein großer politischer Erfolg, daß die Idee der Weltfestspiele wieder aufgegriffen werden konnte und 1997 in die Tat umgesetzt wird - vor allem angesichts dessen, daß sich das politische Kräfteverhältnis hin zu einer unipolaren neuen Weltordnung verschiebt, in der es Kuba immer schwerer gemacht wird, als eigenständiger, sozialistischer Staat zu überleben.

Nur durch breitgefächerte Mobilisierung in allen Ländern der Welt, auch in der BRD, kann gezeigt werden, was Solidarität bedeutet, wozu sie in der Lage ist und daß Kuba nicht allein ist.

Diese Vorhaben realisieren sich nicht

von alleine, auch nicht allein durch den Vorstand der Freundschaftsgesellschaft. Um alle politischen und organisatorischen Arbeiten und Projekte optimal durchführen zu können, ist ein Vorstand auf seine Regionalgruppen und Mitglieder angewiesen. Ein Vorstand arbeitet immer nur so gut, wie er Unterstützung bekommt - sei es als neues Vorstandsmitglied oder als Unterstützer an der Basis. Nur eine gut zusammenarbeitende Organisation ist in der Lage, Kuba so gut und effektiv zu unterstützen wie es unser Anspruch ist: Politische und materielle Solidarität mit einem Land zu üben, das den Kampf um Selbstbestimmung und gegen die Blockadepolitik der USA führt.

Aus dem Rechenschaftsbericht des stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Peter:

Bereich Spenden:

Als eine der ersten Maßnahmen leitete der Bundesvorstand, gemäß dem Auftrag der letzten BDK, die aufgelaufenen Spendengelder an Kuba weiter. Alle eingegangenen Spenden aus 1995 wurden den kubanischen Einrichtungen zweckgebunden zugeführt.

1996 wurden bereits alle eingehenden Spenden für das Asthmazentrum, ICAP und ACLIFIM weitergeleitet. Die zuletzt eingegangenen Spenden für das Asthmazentrum, das Krankenhaus Miguel Enriquez und die Bohemía würden im November von Marianne persönlich übergeben. (Ist bereits erfolgt!)

Gemäß einer Beschlußfassung des Bundesvorstandes wurde seit der Ausgabe der "Cuba Libre" 2/96 regelmäßig ein Spendenbarometer abgedruckt, das einen Überblick über Spendenaktivitäten und deren Verwendung gibt.

Wolfgang wies trotz der 'Tendenzen zur Gesundung der Wirtschaft in Kuba' (Zitat: Cro. Carlos Lage) darauf hin, daß die Lebensbedingungen für die Bevölkerung weiterhin sehr hart, sehr schwierig und von großen Mangelerscheinungen begleitet sind. Trotz der positiven Tendenzen haben Spenden nach wie vor eine große Bedeutung und die Freundschaftsgesellschaft darf nichts unversucht lassen, ihre politische Arbeit mit der Ausschöpfung bestehender und neuer Möglichkeiten zur materiellen Unterstützung Kubas zu verbinden. Seien die Beiträge auch noch so gering, sie helfen Kuba, seine revolutionären Errungenschaften zu verteidigen.

Wolfgang gab eine Übersicht über die verschiedenen Spenden, deren Beträge jeweils aktualisiert der "Cuba Libre" entnommen werden können.

Bereich Brigadetätigkeit

Für die Brigade 1996 wurden die Preise nur geringfügig angehoben, Projektbeschreibungen wurden aktualisiert und Interessierten zugeschickt. In verschiedenen Zeitungen wurden mehrere Anzeigen geschaltet. Trotz dieser und weiterer Akti-

vitäten war die Resonanz im Gegensatz zu den vorherigen Jahren sehr gering. Eine Mitarbeiterin des ICAP erklärte sich spontan bereit, auf ihrer Rundreise durch die BRD weiter für die Brigade zu mobilisieren. Auch danach war das Ergebnis enttäuschend und eines der absolut negativsten der letzten Jahre. Trotzdem sollte die Brigade weiterhin, gegebenenfalls auch zusammen mit anderen Organisationen durchgeführt werden.

Der sonst so politisch relevante Bestandteil der Brigadearbeit - die Planung der Aktivitäten der Brigade - erübrigte sich diesmal aufgrund der geringen Teilnehmerzahl. Trotzdem wurde das Treffen von den Teilnehmern als sehr informativ und notwendig eingeschätzt.

Auch das ICAP bewertet die Brigadetätigkeit als eines der wichtigsten Projekte der Freundschaftsgesellschaft und will daran festhalten. Die letztjährige Brigade wurde von Seiten des ICAP als überaus motiviert und sehr gut vorbereitet eingeschätzt.

Im Ausblick auf die Brigade 1997 sieht es etwas besser aus. Günstiger Faktor für die Brigade wird ihr Zeitpunkt sein - in der Ferienzeit vom 12. - 25.7.1997. Sie findet im Vorfeld der Weltfestspiele statt, so daß beide Ereignisse gut miteinander verbunden werden können. Die Preise werden stabil bleiben.

Um dieser Brigade aber wieder richtig Leben einzuhauchen, muß klar sein, daß es inzwischen nicht nur die Brigade der Freundschaftsgesellschaft gibt und es muß klar sein, daß ein solches Projekt nicht nur auf den Schultern eines einzigen Verantwortlichen liegen kann und darf. Zur Mobilisierung sind alle Mitglieder aufgerufen, die dann evtl. auch ein spezielles Gremium bilden, um diesem Projekt wieder zum Erfolg zu verhelfen und dessen politische Bedeutung hervorzuheben. Das kommende Ché-Jahr sollte hier für alle Verpflichtung genug sein.

Bereich Reisen

Die Aktivitäten im Berichtszeitraum konnten erheblich ausgeweitet werden. Mit der Erstellung eines neuen Reiseprogramms und der Erweiterung der Angebote unter Einklang mit den Zielsetzungen der Freundschaftsgesellschaft konnte ein breiteres Publikum angesprochen werden.

Das Programm wurde in Zusammenarbeit mit dem Reisebüro "Vacancia" und mit Repro-Profis professioneller gestaltet, an alle Mitglieder und regionalen Gruppen versandt, mit der Bitte um Verbreitung. Im Laufe des Jahres nahmen die Bestellungen dieser Broschüre merklich zu. Große Unterstützung für dieses Projekt erhielt die Freundschaftsgesellschaft auch von der Botschaft der Republik Kuba in Bonn und seiner Außenstelle in Berlin. Die Zusammenarbeit mit dem kubanischen Fremdenverkehrsbüro in

Bonn verlief ebenfalls sehr positiv. Neben Gruppenreisen wurden viele Individualreisen an Einzelpersonen aus Universitäten, Parteien und Gewerkschaften vermittelt. Nach wie vor sind Sprachreisen sehr gefragt, die von der Freundschaftsgesellschaft durch Verträge mit der Universität Havanna und dem 'Centro de Idiomas para Extranjeros José Martí' günstig angeboten werden kann.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das finanzielle Ergebnis um 50 % gesteigert werden, nicht zuletzt wegen des großen Engagements der Mitarbeiterinnen des Reisebüros. Einen wesentlichen Anteil an diesem Ergebnis haben auch unsere deutsche Reisegruppenbetreuerin in Havanna und Amistur, die für Organisation und Realisation dieses Sektors in Havanna zuständig sind. Letztere und das ICAP bezeichnen die Durchführung der FG-Reisen sowie die finanzielle Abwicklung als vorbildlich und beispielhaft.

Nichtsdestotrotz liegt noch ein großer Teil potentieller Reisender brach und der Vorstand wäre über Tips, wer noch mit unserem Reiseprospekt bestückt werden könnte, dankbar. Eine Vorschau für Reisen im ersten Quartal 1997 liegt in der Geschäftsstelle bereits vor.

Gerade für das Jahr 1997 sollen viele Menschen zu den Weltfestspielen mobilisiert werden. Mit preisgünstigen Flügen und Unterbringungsmöglichkeiten sollte dies gelingen. Vorreservierungen können bereits jetzt vorgenommen werden.

Je mehr Menschen von der Freundschaftsgesellschaft und ihrem Reiseangebot geworben werden können, um so mehr ist es möglich, ein von den hiesigen Medien geschaffenes Kubabild zu korrigieren. Genau das zeichnet nämlich die Freundschaftsgesellschaft als Reiseveranstalterin vor allen anderen kommerziellen Veranstaltern aus.

Eindrücke von Ralf Minkenberg

Ralf resümiert über sein erstes Jahr als Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft - und staunte.

Viele Arbeitsabläufe, die jemand, der nicht regelmäßig an Vorstandssitzungen teilnimmt, kaum nachvollziehen kann, durfte Ralf in seinem ersten Jahr kennenlernen.

Wie schwierig es z. B. ist, eine finanzielle solide Basis für die Arbeit der Freundschaftsgesellschaft zu schaffen, wieviele Kleinigkeiten hier zu berücksichtigen sind, wie zeitaufwendig dies mitunter sein kann.

Regelmäßige Kontakte zur Geschäftsstelle zu halten, sich hier mit vielen organisatorischen Dingen auseinanderzusetzen zu müssen, wie der Reparatur nicht selbstverschuldeter Wasserschäden, zusammengekrachter Regale bis hin zum Einkauf von Büromaterial und zur Suche nach/Installation von geeigneter Software, um ein Arbeiten in der Geschäftsstelle effizienter zu gestalten.

Berichte über Mitgliederentwicklungen müssen abgefragt werden, Fragen von Interessenten und Mitgliedern müssen beantwortet werden.... die Liste ließe sich unendlich fortführen. Wo bleibt hier noch Zeit für die politisch-inhaltliche Arbeit? Ralf ist zuversichtlich. Nachdem eine solide finanzielle Grundlage geschaffen und ebenso in der Geschäftsstelle wieder die Grundlagen für einen geregelten Arbeitsablauf gelegt wurde, kann sich der Vorstand wieder mehr um seine Hauptaufgaben in den politischen Diskussionen und deren Umsetzungen widmen.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Kassierers Hugo Heller

Da auf die finanzielle Situation bereits mehrmals eingegangen wurde, sollen hier keine Wiederholungen stattfinden. Hugo gab einen allgemeinen, sehr ausführlichen Bericht über Einnahmen und Ausgaben der Freundschaftsgesellschaft ab. Die Ausführungen betrafen die Ausgaben und Einnahmen folgender Bereiche:

Cuba Libre, Vorstand, Veranstaltungen/politische Arbeit/Infos, Bank/Post, Büro/Geschäftsführung, Gruppen, Versicherungen, Rechtskosten, Granma, Spenden, Brigade, Materialeinkauf/-verkauf, Geschäftsführer/Lohnkosten, Aushilfen, Finanzamt, Reisen, Beiträge an andere Organisationen wie z. B. Netzwerk, Steuerberater.

Und natürlich Mitgliedsbeiträge. Wie bekannt, wurde auf der letzten BDK eine Beitragserhöhung ab April 1996 beschlossen. Bis zum heutigen Zeitpunkt hat sich die Umsetzung dieses Beschlusses verzögert. Inzwischen sind aber die banktechnischen Details, die dies erfordert, weitgehend geklärt, der Vorstand wird alle Mitglieder noch darüber informieren und bittet sie um Verständnis und Unterstützung.

Vermißt wurde in Hugos Bericht lediglich eine genaue zahlenmäßige Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben.

Aus dem Bericht der Geschäftsstelle von Dr.Hagen Blau

Hagens Arbeit in der Geschäftsstelle wurde zwischenzeitlich durch höhere Gewalten erschwert; Personalwechsel, Wasserrohrbruch und den damit verbundenen Folgeschäden. Dank der Mithilfe von Freiwilligen konnten die Schäden relativ schnell beseitigt werden, um die aktive Arbeit in der Geschäftsstelle wieder aufnehmen zu können. Inzwischen läuft's wieder.

Sowohl in der Mitgliederentwicklung wie auch bei den CL-Abos hielten sich die Zahlen im Berichtszeitraum stabil. Die Abos für die Bohemia und die La Habanera (Zeitung des ICAP) halten sich leider sehr, sehr in Grenzen.

Hagen zeichnet dann einen Abriß seiner zu erledigenden Arbeiten in der Geschäftsstelle und stellt fest, daß am Ende eines Arbeitstages immer noch etli-

che Arbeit übrigbleibt.

Erleichterung würde es ihm z. B. schon bringen, wenn Gruppen und Einzelkunden ihre bestellten Artikel auch bezahlen würden und er deswegen nicht endlos nachfassen müßte. Ebenso würden Änderungsmitteilungen über Ansprechpartner bei den Regionalgruppen weiterhelfen usw. usw.

Zur Unterstützung der Geschäftsstelle wäre es wünschenswert, wenn sich freiwillige Helfer aus der näheren Umgebung bei Hagen melden würden, um die Geschäftsstelle wieder zu einer zentralen Vermittlungsstelle werden zu lassen und die Vorstandsmitglieder damit zu entlasten.

Die anschließende Diskussion der Rechenschaftsberichte fand in einer entspannten, von Solidarität geprägten Atmosphäre statt. Es wurden Mängel, aber auch sich daraus ergebende Verbesserungen für das nächste Jahr besprochen in Zusammenhang mit den Arbeitsschwerpunkten für das nächste Jahr.

Festgehalten werden kann, daß die zentralen Themen für das nächste Jahr unter Beibehaltung der finanziellen Stabilität der Freundschaftsgesellschaft verstärkt auf die zwei Schwerpunktthemen mobilisiert werden soll: das Weltjugendfestival und die zentrale Veranstaltung des Ché-Jahrs.

Der Samstag Nachmittag wurde mit dem Beitrag von Julio Alvarez über die "Ökonomische Entwicklung und Perspektiven in Kuba" eingeleitet. Diesen Ausführungen folgte ein Bericht von Gerardo Pénalver über den Stand und die Vorbereitungen der Weltjugendfestspiele vom 28.7. - 15.8.1997 in Kuba. (Nähere Erläuterungen zu den beiden Themen müssen hier leider entfallen, das würde den Rahmen sprengen.)

Die anschließenden Diskussion über die beiden Beiträge ging in die Diskussion um die Umsetzung des Ché-Jahrs über. In diesem Zusammenhang stellte die Gruppe München ein relativ konkretes Grobkonzept vor.

Dieser Diskussion folgte die Mandatsprüfung, bei der Beschlussfähigkeit festgestellt wurde und einzelne Mitglieder einstimmig in den Delegiertenstatus erhoben wurden.

Im Anschluß wurde auf Empfehlung der Revisionskommission der Vorstand - ebenfalls einstimmig - entlastet.

Nach diesem konzentriert durchgeführten und erfolgreichen Tag klang der Abend mit einer Fiesta Cubana und der Gruppe Tierra Nueva in entspannter Atmosphäre aus.

Die Fortsetzung der Diskussion am Sonntag konzentrierten sich auf die Neuwahlen des Bundesvorstandes und die eingereichten Anträge.

•Als erstes werden die Vorschläge zur Wahlkommission einstimmig angenommen unter Vorsitz von W. Smuda.

•Die Abstimmung einen Bundesvorstand nach dem Sprecher-Modell oder dem bis-

herigen Modell (ein Vorsitz, ein Stellvertreter) zu wählen fällt mit einer Stimme Enthaltung auf letzteres.

•Einen Vorstand mit 7 Vorstandsmitgliedern zu wählen, wird einstimmig beschlossen.

Die Wahl des Bundesvorstandes brachte folgende Ergebnisse:

Vorsitzende: Marianne Schweinesbein, Nürnberg

stellvertretender Vorsitzender: Ralf Minkenberg, Aachen

Kassierer: Gunter Lenner, Oettingen;

weitere Vorstandsmitglieder:

Gudrun Ehlert, Essen,

Hartmut Meinert, Velbert,

Wolfgang Peter, Ulm,

Franz Egeter, Augsburg.

Alle vorgeschlagenen Kandidaten nahmen die Wahl (mit Freude?) an.

In die Revisionskommission wurden E. M. Bayola, W. Smuda, R. Armbruster und B. Ostermeier gewählt. Auch diese vorgeschlagenen Kandidaten nahmen die Wahl an.

Die anschließende Fortsetzung der Diskussion über die Arbeit der Freundschaftsgesellschaft und ihre Projekte wurde mit dem TOP Antragsdebatte und eventueller Beschlußfassung verbunden. Es wurde über acht, schriftlich und fristgerecht vorgelegte Anträge diskutiert und beschlossen.

Im folgenden wird lediglich eine inhaltliche Zusammenfassung der Anträge wiedergegeben.

1. Antrag (angenommen):

Die Mitglieder- und Gruppenbetreuung soll verstärkt werden. Eine Liste der Kontaktadressen soll in der "Cuba Libre" veröffentlicht werden - den Regionalgruppen geht periodisch rein aktuelles Exemplar zu -, damit auch unter den Gruppen besser kommuniziert werden kann. Inhaltliche Vorschläge aus den Regionalgruppen werden an den Bundesvorstand geschickt und über den Gruppenrundbrief in der Freundschaftsgesellschaft zur Diskussion gestellt.

2. Antrag (angenommen):

Der Vorstand soll zur nächsten BDK einen erwarteten Jahresabschluß (31.12.1997) vorlegen und einen Haushaltsplan (Wirtschafts- und Finanzplan) für das darauffolgende Jahr vorstellen.

3. Antrag (angenommen):

Die FG unterstützt die Vorbereitungen zu den Weltfestspielen auf lokaler und zentraler Ebene durch Verbreitung von Informationen, Mobilisierung zur Teilnahme, Schaffung von örtlichen Arbeitsgruppen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Beteiligung an überregionalen Koordinierungsbestrebungen etc.

4. Antrag (angenommen):

Zusammen mit dem Netzwerk Cuba

und der Österreichischen FG sollen im Ché-Jahr mit ReferentInnen aus Kuba eine oder zwei Schwerpunktveranstaltungen zum Leben und Werk Ché Guevaras durchgeführt werden. Die ReferentInnen sollen auch den Regionalgruppen zur Verfügung stehen.

5. Antrag (angenommen):

Die Gruppe München, Südbayern schlägt zu einem würdigen Gedenken an Ché das Oratorium "Das Floß der Medusa" von Hans Werner Henze und Ernst Schnabel aufzuführen. Dieses Oratorium ist von den beiden Genannten als Trauerallegorie für Ché nach seiner Ermordung geschrieben worden. Seine Uraufführung wurde im Dez. 1968 durch Polizeieinsatz verhindert. Im Zusammenhang damit wäre auch ein Kongreß vorstellbar. Das Kulturreferat der LH München wäre auch bereit diese Gedenkveranstaltung zu unterstützen, sowohl finanziell als auch logistisch.

6. Antrag (angenommen):

Die FG lädt zusammen mit der Gruppe Gießen den Arzt Reynaldo Menendez Garcia ein mit Ziel und Zweck in unserem Land über Kubas Gesundheitswesen zu informieren und Kontakte herzustellen.

7. Antrag (angenommen):

Nach dem Erfolg im letzten Jahr soll die FG die von der Republik Kuba beschlossene Aktion "Spielzeug für Kubas Kinder" zu unterstützen und die notwendige Organisationsstruktur zu schaffen.

8. Antrag (abgelehnt):

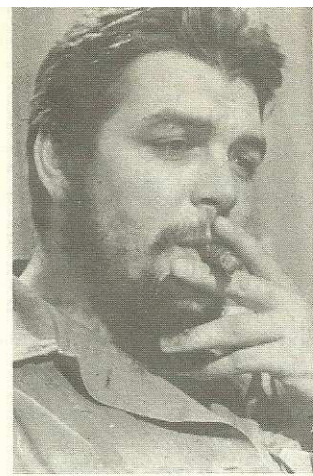
Der Bundesvorstand soll beauftragt werden die vorgeschlagene Tournee mit der Gruppe Sangre Africana" zusammen mit der Gruppe Saarbrücken durchzuführen. (Abgelehnt, da wegen großer Anzahl von Musikern zu teuer.)

Pünktlich um 12.00 Uhr mittags wurde die 22. Bundesdelegiertenkonferenz mit einem optimistischen Schlußwort durch die alte und neue Vorsitzende beendet.

Gabriele Winkelmann-Ströhlein



Fidel 1h
Foto: ain



Che 2b
Foto: ediciones politica

Auf einen Blick:

Die FG-Regionalgruppen und ihre AnsprechpartnerInnen

(für Hinweise an die Geschäftsstelle, die zur Aktualisierung dieser Liste beitragen können, sind wir dankbar)

Hamburg:	Lars Stubbe, Vereinsstr.40, 20357 Hamburg;
Oldenburg:	Doris Fasting, Graf-Spee-Str.16, 26123 Oldenburg;
Bremen:	Elka Pralle, Friesenstr.109, 28203 Bremen;
Hannover:	Maine Aranda, Königswörtherstr.13, 30167 Hannover;
Bielefeld:	Jürgen Bäumer, Im Bracksick 26a, 33611 Bielefeld;
Marburg:	Beatrice Pinker, Im Grunel 12, 35041 Marburg;
Giessen:	Erika Beltz, Diezstr. 7, 35390 Giessen;
Göttingen:	Sabine Sánchez-Rodríguez, Stellwanne 7, 37083 Göttingen;
Braunschweig:	Georg Philipp Beuchel, ? (früher Wabestr.1), 38106 Braunschweig;
Düsseldorf:	Dr. Hagen Blau, Apollinarisstr.30, 40227 Düsseldorf;
Mönchengladbach:	Gaby Friedrich, Wirkrather Str.81, 41236 Mönchengladbach;
Wuppertal:	Dirk E. Werner, Marienstr.67, 42105 Wuppertal;
Velbert:	Hartmut Meinert, Händelstr.3, 42549 Velbert;
Dortmund:	Carmen Guther, Hermannstr.80, 44267 Dortmund;
Essen:	Heinz W.Hammer, Im Klipp 23, 45143 Essen;
Gelsenkirchen:	Christa Grewe, Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen;
Duisburg:	Uwe Schneider, Sternstr.15, 47475 Kamp-Lintfort;
Münster:	Klaus Ravenberg, Gaitlingstiege 5, 48282 Emsdetten;
Köln:	Maria-Luz Kremp, Kasparstr.3, 50670 Köln;
Aachen:	Dr.Eva Hacker, Eynattener Str.24a, 52064 Aachen;
Trier:	Eduard Bredin, Brückenstr.6, 54329 Konz;
Bonn:	Manfred Sill, Friedenstr.10, 55128 Königswinter;
Mainz:	Holger Behrndt, Holländerweg 5, 55128 Mainz;
Koblenz:	Willi Mathias, ?(früher Hohenzollernstr.16), 56068 Koblenz;
Frankfurt:	Lüko Willms, Nußzeil 54, 60433 Frankfurt;
Saarbrücken:	Bärbel Wiemer, Forsterstr.27, 6 6111 Saarbrücken;
Kaiserslautern:	Helga Maier, Heißenbergstr.9, 66851 Queidersbach;
Stuttgart:	Charlotte Renkl, Seeäckerstr.23, 71229 Leonberg;
Ludwigsburg:	Karl Bühn, Mühlwiesenstr.26, 71696 Möglingen;
Tübingen:	Werner Egert, Sandackerstr.34, 72070 Tübingen;
Esslingen:	Frieda Hafenrichter, Eugen-Bolz-Str.?, 73372 Esslingen;
Karlsruhe:	Roland Armbruster, Wilhelmstr.85, 76137 Karlsruhe;
Freiburg:	Carmen Giesin, Weinbergstr.6, 79111 Freiburg;
München:	Werner Ströhlein, Klementinenstr.41, 80605 München;
Traumstein:	Franz Lindlacher, Aicha-Point 2, 83224 Staudach;
Augsburg:	Franz Egeter, Berliner Allee 22b, 86153 Augsburg;
Konstanz:	Michaela u. Gottfried Heil, Teuringer Str.42, 88045 Friedrichshafen;
Ulm:	Wolfgang Peter, Fichtestr. 2, 89129 Langenau;
Nürnberg:	Marianne Schweinesbein, Denisstr.8, 90429 Nürnberg;
Regensburg:	Bernhard Ostermeier, Sandhofstr.25, 93173 Wenzelnbach;
Würzburg:	Michael Meyer, Sanderstr.35, 97070 Würzburg;

VON DER GESCHÄFTSSTELLE DER FG BRD-KUBA LIEFERBARE MATERIALIEN

Verkaufspreis/Gruppenpreis in DM

1) Bücher, Zeitschriften, Broschüren

CUBA LIBRE

(1/4jähr. Zeitschrift der FG BRD/Kuba) 6.00 4,00

★ GRANMA INTERNACIONAL (deutsche Ausgabe, mtl.) 2.50 2,00

NETZWERK CUBA Nachrichten

(4-5mal jhrl.) 4.00 4,00

F. u. I. Hönsch:

Kuba - Geographische Landeskunde 22.00 19.80

E.Hacker/C.Messerschmid/O.Sack/U.Weinzierl:

José Martí - Zum 100.Todestag (1995) 7.50 6.00

Eberhard Panitz: Tamara Bunke -

Mit Che Guevara in Bolivien 19.80 16.00

Klaus Huhn/Leo Burghart:

Überlebt Kuba? (1995) 9.90 8.50

Klaus Huhn: Companero Castro (1996) 9.90 8.50

Ron Ridenour; Backfire -

Der größte Flop der CIA 18.00 15.00

M.Franzbach/Ivan Canas/R. Romero:

Trinidad auf Kuba. Zur Mentalität einer Stadt 8.00 5.00

Winnie Mandela: Parte de mi alma (span.) 6.00 4.50

IV.Parteitag der Kommunistischen Partei Cubas

(Dokumente,1991) 15.00 12.00

W. Muder: Zur Herausbildung und zum Stand

des Verhältnisses von Kirche und Staat in Cuba

(1992) 20.00 17.00

Solidarität mit Cuba -

Demonstration am 16.10.93 3.00 2.00

Edicion CUBA LIBRE 1/94:

Interview mit Raúl Castro 7.00 5.00

Edicion CUBA LIBRE 2/94:

Interview mit Fidel Castro 7.00 5.00

Trikont-Veranstaltung

(Cuba/Südafrika/Vietnam)-1994 4.00 3.00

Bildmappe (12 Photos, Format ca. 40x38cm, ehem.Kalender,

zur Gestaltung von Info-Ständen) 5.00 4.00

Photo-Ausstellungskatalog ("Bilder vom Menschen"

Cubanische Photographie 1959 bis heute (1992) 4.00 2.00

Carlos Lage Dávila:

Wir stellen uns der Herausforderung(1993) 4.50 3.50

In Kopien vorhanden:

Fidel Castro: Sozialismus oder Tod 3.00 2.50

Fidel Castro: Kuba: Bastion des Sozialismus 4.00 3.00

Fidel Castro: Kuba bleibt beim Sozialismus 4.00 3.00

Fidel Castro: Uns zwingt niemand auf die Knie 4.00 3.00

Fidel Castro: Berichtigung von Fehlern 4.00 3.00

Fidel Castro: Die Revolution zu retten 5.00 4.00

2) Aufkleber

Cuba-Flagge mit Fidel-Portrait (Format 15x7) 2.50 1.50

3) Textilien

T-Shirts/ T-Shirt-Sets

mit Palme/Schmetterling 15.00 10.00

mit Aufdruck CUBA

original cubanische Herren-Oberhemden

in hellblau und beige 20.00 10.00

4) CD's / Kassetten mit kubanischer Musik

Cuba MUSICA Y REVOLUCION - CD 26.00 23.00

Cuba MUSICA Y REVOLUCION - Kassette 13.00 10.00

Weitere Musik-CD's können bei Interesse über die Geschäftsstelle bestellt werden; Verzeichnis der lieferbaren CD's (ca. 50 zur Auswahl) wird auf Anfrage zugesandt.

5) Getränke

Rum, 3jhrig. je Flasche 25.00 20.00

Rum, 5jhrig. je Flasche 30.00 24.00

Rum, 7jhrig. je Flasche 35.00 28.00

Rum kann nur in Kartons von je 6 Flaschen geliefert werden.

Außerdem ist Vorkasse - aufgrund schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit - erforderlich.

6) Münzen

"Tania la Guerrillera" - 1 Peso 10.00 7.00

7) Wimpel, Schlüsselanhänger, Anstecknadeln

Wimpel - Kuba-Flagge/Che-Portrait (Format 15x10cm)

7.00 5.00

Schlüsselanhänger (Kuba-Flagge, Che-Portrait) 4.00 3.00

Anstecknadeln (Cuba-Fahne) 4.00 3.00

Neue Materialien der Freundschaftsgesellschaft in der Geschäftsstelle erhältlich:

Cuba-Fahne, groß 30.00 25.00

Cuba-Fahne, mittel 25.00 20.00

Cuba-Fahne, klein 20.00 15.00

Schlüsselanhänger rund, Ché-Portrait (silbern) 5.00 4.00

Bildmappe "Ché in Bolivien" (12 Bilder, Format 15x10.50cm)

11.00 9.00

Bildmappe "Guerrilleros" (42 Portraits

von Ché's Mitkämpfern in Bolivien, Format 7x6 cm)

11.00 9.00

Originalphotos von Ché

(5 versch.Motive, Format 20x12.50cm) je 8.00 6.00

Originalphotos von Fidel

(10 Motive, Format ca. 9x12cm) je 7.00 5.00

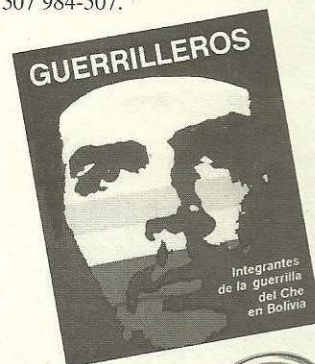
Ché-Guevara-Plakat DIN A2

(Motiv auf der Rückseite dieser CL) 7.00 5.00

Die verschiedenen Bildmotive von Fidel und Che sind in dieser Cuba Libre alle abgedruckt und mit Bestellnummern versehen!

Alle Materialien werden mit Rechnung und unter Berechnung der Versandkosten (Porto) versandt. Rum vorher! (s.o.)

Überweisungen für bestellte und gelieferte Materialien bitte nur auf das Konto der Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 38 101 11, Kto.-Nr. 1 202 999 900 - Spenden für Solidaritätsprojekte auf das Spendenkonto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. -Nr. 307 984-507.



kuba-kurz

Washington - Nach langen Bemühungen um die wirtschaftliche Isolierung Kubas, mußten die USA einräumen, daß ihnen dies nicht gelungen ist und sie mit diesem Ansinnen weitgehend allein dastehen. Der Einsatz des Beauftragten für Kubasanktionen, Stuart Eizenstat, hat keine Fortschritte erbracht. Die EU und andere Staaten wie Mexiko und Kanada sehen in dem zur Isolierung Kubas verabschiedeten Helms-Burton-Gesetz eine Verletzung des freien Welthandels.

New York - Am Dienstag, den 12.11.1996 verabschiedete die UNO-Vollversammlung die 5. Resolution seit 1992, in der sich die UNO für das Ende des Kuba-Embargos seitens der USA einsetzt. 137 Länder unterstützten diesen Appell, lediglich die USA, Israel und Usbekistan stimmten dagegen, 25 Länder enthielten sich der Stimme. Damit kann Kuba einen großartigen Erfolg für sich verbuchen.

Santiago de Chile - Zum Ibero-Amerika-Gipfel traf auch Fidel Castro erstmals nach 25 Jahren wieder in Chile ein. Zuletzt war er 1971 während der Regierungszeit Salvador Allendes in Chile. Fidel Castro

wurde am Samstag, den 10.11.1996 mit allen militärischen Ehren empfangen. Auf dem Gipfel äußerten sich alle 23 anwesenden Regierungschefs (21 aus Lateinamerika, 1 aus Spanien, 1 aus Portugal) gegen Washingtons Kubapolitik. Eklat am Rande: Pinochet - immer noch an der Spitze des chilenischen Heeres - verweigerte Fidel Castro die übliche gepanzerte Limousine. Präsident Eduardo Frei unterließ diesen Boykott und stellte sein Auto zur Verfügung. Pinochet verließ während des Gipfels demonstrativ die Hauptstadt.

Rom - Schon mal in Rom, besuchte Fidel Castro den Papst im Vatikan - eine historische Begegnung. 35 Minuten sprachen die beiden miteinander; anschließend traf sich der kubanische Regierungschef mit den Kardinälen und Bischöfen. Fidel Castro verließ den Vatikan mit der Gewißheit, daß auch der Vatikan das US-Embargo gegen Kuba generell ablehne und der Zusage des Papstes, Kuba 1997 erstmals zu besuchen.

Havanna - Zur Eröffnung der Havanna-Messe (Messe der kubanischen Zigarrenindustrie) traf der niedersächsische Mini-

ster G. Schröder ein. Seine Reise soll dem Ausbau der Beziehungen zwischen dem Land Niedersachsen und Kuba dienen. Um dies zu erreichen, traf er sich mit verschiedenen kubanischen Regierungsmitgliedern. ★

Havanna - Rund 30 Tonnen amerikanischer Hilfsgüter sind in Havanna für die Opfer des Wirbelsturms "Lili" eingetroffen. 7 Tonnen davon wurden über die Caritas-Organisation wieder zurückgegeben, da die von Exilkubanern gespendeten Nahrungsmittelhilfen konterrevolutionäre Aufschriften trugen.

Und zum Schluß:

Kubas Staatspräsident Fidel Castro zu ausländischen Investoren:

"Investieren Sie in Kuba - es ist das einzige Land ohne das Risiko einer kommunistischen Revolution."

*zusammengestellt:
G. Winkelmann-Ströhlein*

Im Jahr des Comandante Ché Guevara

Auf nach Cuba! - Zu den 14. Weltjugendfestspielen!

Unter dem Motto "Antiimperialistische Solidarität. Frieden und Freundschaft" wird in Cuba die Tradition der Weltfestspiele fortgesetzt.

Unsere Option 1: 3 Wochen Cuba (für Delegierte)

1 Woche Teilnahme an den Weltjugendfestspielen, Unterbringung bei cubanischen Familien.

250.-- USDollar.-- (in Cuba zu bezahlen) incl. VP, alle Transfers. anschließend: 1 Woche Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft, Unterbringung in einem Campamento mit Ü/VP, danach 3 Ü/HP in Havanna mit Besichtigungen, dann 3 Ü/HP Playas del Este, Strand. incl. Flug DM 1.850.--. Termin: 26.7.

Unsere Option 2: 2 Wochen Cuba

26.7. - 8.8. Teilnahme an den Weltjugendfestspielen, Unterbringung in der Apartmentanlage "Las Terrazas" am Strand, 45 Min. von Havanna, incl. Frühstück, ohne Transfers, incl. Flug DM 1.595.--.

Unsere Option 3: 2 Wochen Cuba

26.7. - 8.8. Teilnahme an den Weltjugendfestspielen, Unterbringung im Hotel "Lido", Havanna, ohne Verpflegung und Transfers, incl. Flug DM 1.695.--.

Nur Flüge: Preise bei Drucklegung noch nicht fest - bitte ab Februar nachfragen!

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Zülpicher Str.7, 50674 Köln.
Unser Gesamtreiseprogramm 1997 erscheint Anfang Januar.

Weitere Informationen, Buchung und Beratung: Tel. 0241-406435, tagsüber.

Internationale Arbeitsbrigade José Martí 1997. 12.7. - 25.7.

Arbeit in der Landwirtschaft, Kennenlernen der cubanischen Realität, Erfahrungen austauschen - zusammen mit Menschen aus ganz Europa! Im Jahr des Comandante che guevara kommt diesem cubanischen Projekt besondere Bedeutung zu - jetzt schon anmelden! Unser Kontingent ist dieses Jahr begrenzt. Der Preis steht noch nicht fest (ca. 1.900.-- incl. Flug, Transfers, Besichtigungen, Unterbringung und Verpflegung).

Einmalige Gelegenheit: Teilnahme an der Brigade und an den Weltfestspielen!

Im Anschluß an die José Martí Brigade:

*1 Woche Teilnahme an den Weltjugendfestspielen, Unterbringung bei cubanischen Familien.
250.-- USDollar.-- (in Cuba zu bezahlen) incl. VP, alle Transfers.*

Weitere Informationen zu dem cubanischen Projekt Brigade José Martí:
Wolfgang Peter, Fichtestr.2, 89129 Langenau,
Telefon 97345/5352

G 7911F
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.
Zülpicher Straße 7
50674 Köln

